Antifaschistisches info Blatt

Nr. 122 | Frühjahr 2019 | 3,50 EUR | Ausland 4,50 EUR



KAMERADSCHAFT BLAULICHT

RECHTE NETZWERKE IN DEN SICHERHEITSBEHÖRDEN

www.antifainfoblatt.de



Foto: Sören Kohlhuber

KAMERADSCHAFT BLAULICHT

Von der Neutralitätspflicht von Beamtinnen und Beamten ist in der Praxis häufig nur wenig zu sehen. Extrem Rechte Netzwerke und Einzelpersonen arbeiten in den Sicherheitsbehörden. Eine Bestandsaufnahme.



Foto: Henrik Merker

DIE „ARYANS" IN HALLE VOR GERICHT

Mitglieder der neonazistischen Kameradschaft „Aryans" griffen am 1. Mai 2017 im Anschluss an einen blockierten Aufmarsch der Partei „Die Rechte" Teilnehmende des Gegenprotests und eine unpolitische Wandergruppe an. Jetzt wurden die Urteile gesprochen.



Foto: Piratenpartei Bayern (CC BY-SA 2.0)

ANKERZENTREN

Schlacht der Euphemismen könnte man die offizielle Namensgebung der deutschen Asylpolitik nennen. Alle Bezeichnungen versuchen die „Irrsinnswelt" von Geflüchteten-Lagern zu verharmlosen.



POLEN: DIE REGIERUNG JONGLIERT AM RECHTEN RAND

Der nationalistische sogenannte Unabhängigkeitsmarsch in Warschau hat sich zu einem Schaulaufen der internationalen rechten Szene entwickelt. In diesem Jahr nahm auch die PiS-Regierung offiziell teil.

Titel: Symbolbild

TITEL

NS-SZENE

BRAUNZONE

ANTIFA

RASSISMUS

GESCHICHTE

GESELLSCHAFT

REPRESSION

INTERNATIONAL

RUBRIKEN

Liebe Antifas, Freund_innen und Genoss_innen, liebe Leser_innen

Hatten wir uns in der letzten Ausgabe noch den rechten Tendenzen im privaten Sicherheitsgewerbe gewidmet, wenden wir uns im aktuellen Schwerpunkt den staatlichen Akteuren zu. Anlässe gab es dafür genug, seien es die hessischen Polizisten, die als „NSU 2.0" eine Frankfurter Rechtsanwältin bedrohen oder Netzwerke wie „Nordkreuz", in denen Soldaten, Polizisten und andere Beamte Feindeslisten anlegen, an Waffen trainieren und sich auf einen Umsturz vorbereiten, um nur die prominentesten Fälle zu nennen.

Behörden mit Sicherheitsaufgaben, in erster Linie Polizei und Bundeswehr, sind nicht einfach Spiegel der Gesellschaft und damit auch ihrer negativen Erscheinungsformen. Sie weisen seit jeher eine große Attraktivität und Anziehungskraft für (extrem) rechte und andere autoritäre Charaktere auf, sei es durch die staatlich verliehene Macht und Sonderstellung, den Zugang zu Waffen und legaler Gewaltausübung - Volker Eick spricht in seinem Gastbeitrag von der „Organisation mit Gewaltlizenz" - oder ihrem „Korpsgeist" und der mangelnden gesellschaftlichen Kontrolle. Institutioneller Rassismus ist dabei noch nicht einmal mitgedacht. Das ist weder neu, noch sollte es überraschen, gerade auch im Hinblick auf den NSU-Komplex. Dass in der Öffentlichkeit bei rechten Aktivitäten und Zusammenschlüssen von Beamten dennoch weitgehend das Bild von vermeintlichen Einzelfällen dominiert, dürfte auch der Klientelpolitik sogenannter Polizei-„Gewerkschaften" geschuldet sein. Wir wollen mit der Zusammenstellung von „Einzelfällen" und mit einem Gastbeitrag von Volker Eick aufzeigen, dass das Problem mit (extrem) Rechten in Uniform kein zufälliges ist, sondern systeminhärent und bei entsprechender gesellschaftlicher Entwicklung wie dem anhaltenden Rechtsruck und der zunehmenden Militarisierung der Polizei ein enormes Gefahrenpotential birgt. Ein Drohbrief an Linke mit Daten aus dem Polizeicomputer, über den wir aus Berlin berichten, ist dabei noch einer der harmloseren Vorfälle.

Dass dies kein regionales Problem ist, sondern mit der Sonderrolle dieser Institutionen im Staat einher geht, zeigen mehrere Beispiele aus dem Ausland. So wurde letztes Jahr in Frankreich eine rechtsterroristische Gruppierung aufgedeckt, deren Mitglieder sich auch aus Soldaten, Polizisten und Gendarmen rekrutierten. In Spanien lässt sich mit der Guardia Civil das Erbe Francos finden, was sich bis heute in den politischen Auseinandersetzungen niederschlägt. Ein US-Polizist, der gleichzeitig gute Kontakte zu „Blood & Honour" aufweist und Überschneidungen von Militärs mit der „Goldenen Morgenröte" in Griechenland runden den exemplarischen Überblick ab.

Wie wenig neu diese Herausforderung für Antifaschist_innen ist, lässt sich anhand der Polizei in der Weimarer Republik und dem Umgang der Beamten mit der aufsteigenden NSDAP belegen. Waren anfänglich die Nazizellen innerhalb der Behörde überschaubar, dominierten nach 1933 schnell die NSDAP-Anhänger. In unserem Beitrag kommen wir zu dem Schluss, der „Übergang der demokratischen Polizei in ein nationalsozialistisches Terrorinstrument vollzog sich ab 1933 nahezu reibungslos".

Gefreut haben wir uns darüber, dass unsere Recherchen aus der letzten Ausgabe über Neuköllner Neonazis, die scheinbar unter der Beobachtung des Berliner Verfassungsschutzes Brandanschläge begehen können, von verschiedenen Medien aufgegriffen wurden. Dabei wurde mittlerweile bekannt, dass auch das Berliner LKA die Tatverdächtigen in dem Zeitraum observierte, aber untätig blieb. Die Fragen, die sich daraus ergeben, passen wie die Faust aufs Auge zu unserem Schwerpunkt. Wir müssen mittlerweile vom Schlimmsten ausgehen. Kürzlich wurde bekannt, das der Berliner Polizist Michael W., der selbst mehrfach durch rechte Äußerungen aufgefallen war, einen Hinweis des von ihm geführten Polizei-Informanten Thomas Starke auf das flüchtige (spätere) NSU-Trio nicht weitergegeben haben soll. Starke war immerhin ein Sprengstofflieferant von Uwe Mundlos und Michael W. im polizeilichen Staatsschutz eingesetzt gewesen.

Im neuseeländischen Christchurch stürmte am 15. März ein Neonazi zwei Moscheen und schoss gezielt auf die Anwesenden. Bei dem Attentat wurden 50 Menschen getötet und ebenso viele verletzt. Seine extrem rechte Motivation brachte der Mörder zu Papier, das mit „Der große Austausch", dem zentralen Verschwörungsmythos von „Identitären" und anderen neurechten Gruppierungen bis hin zur AfD überschrieben ist. Der Anschlag ereignete sich während unserer Endredaktion. Wir haben unsere Rubrik Kurzmeldungen deswegen neu sortiert und dem Thema eine Seite gewidmet.

Im Gedenken an Sayyad Milne, Mucad Ibrahim, Syed Areeb Ahmed, Naeem Rashid, Talha Rashid, Atta Mohammed Elayyan, Haroon Mehmood, Amjad Hamid, Osama Adnan Abu Kweik, Sohail Shahid, Abdul Fattah Qassim al-Daqqah, Ali Elmadani, Kamel Darwish, Maheboob Khokhar, Asif Vora, Ramiz Vora, Ansi Alibava, Ozair Kadir, Munir Suleiman, Ahmed Jamal al-Din, Abdul Ghani, Ashraf Morsi, Ashraf al-Masri, Matiullah Safi, Zeeshan Raza, Ghulam Husain, Karam Bibi, Khaled Mustafa, Abdukadir Elmi, Jahandad Ali, Lilik Abdul Hamid, Ashraf Ali, Daoud Nabi, Farhaj Ahsan, Hafiz Musa Vali Patel, Hamza Mustafa, Hosne Ahmed, Hussain al-Umari, Hussein Moustafa, Junaid Kara, Linda Armstrong, Mohammed Imran Khan, Omar Faruk, Mohsen Mohammed Al Harbi, Mozammel Haque, Mounir Suleiman, Musa Nur Awale, Tariq Omar, Zakaria Bhuiya, Muhammad Haziq bin Mohd Tarmizi, Mohamad Moosi Mohamedhosen.

Schließlich noch ein Hinweis: Bald stehen auf verschiedenen Ebenen Wahlen an. Bitte schickt rechte Propaganda an die antifaschistischen Archive wie aida in München oder das apabiz in Berlin. •

Gab AfD-Mitarbeiter Brandanschlag in Auftrag?

Der Chefredakteur des extrem rechten „ZUERST!"-Magazins Manuel Ochsenreiter soll einen Brandanschlag in der Ukraine beauftragt haben. Dies behauptet ein angeklagter Neonazi in seinem Geständnis. Pikant dabei ist, dass Ochsenreiter zum Zeitpunkt der Aussage im Bundestag für den AfD-Abgeordneten Markus Frohnmaier arbeitete. Mittlerweile hat sich dieser von ihm getrennt.

Am 4. Februar 2018 sollen die polnischen Neonazis Tomasz Rafal Szymkowiak, Adrian Marglewski und Michał Prokopowicz, der zu den polnischen, pro-russischen Gruppierungen „Falanga" und „Zmiana" gehörte, in der ukrainischen Stadt Uschhorod ein ungarisches Kulturinstitut mit Molotow-Cocktails in Brand gesteckt haben. Ziel der Aktion war es, Spannungen zwischen der Ukraine und Ungarn zu verschärfen. Es sollte der Eindruck erweckt werden, als seien ukrainischen Nationalisten gegen die ungarische Minderheit vorgegangen.

Der ukrainische Geheimdienst SBU ermittelte durch Videoaufnahmen und Handydaten Szymkowiak und Marglewski als Täter, an deren Kleidung auch Brandspuren gefunden wurden. Der SBU gab die Informationen an polnische Behörden weiter, denen gegenüber die beiden erklärten, Prokopowicz sei der Urheber des Anschlags gewesen. Seit Januar stehen die drei Angeklagten nun in Krakau vor Gericht. Auch Prokopowicz zeigte sich geständig und erklärte, die Aktion sei von Manuel Ochsenreiter in Auftrag gegeben worden. Dieser habe ihm für die Tat 1.500 Euro gezahlt, davon seien jeweils 200 Euro an die beiden Mitangeklagten gegangen. Ochsenreiter bestreitet eine Beteiligung, allerdings belasten ihn Chatprotokolle die das ARD-Politikmagazin „Kontraste" in den Ermittlungsakten einsehen konnte, zusätzlich. Nach Prokopowicz' Darstellung habe ihm Ochsenreiter zunächst 500 Euro als Anzahlung in einem Buch per Post zukommen lassen und kurz nach der Tat bei einem Treffen am 7. Februar am Flughafen Berlin-Tegel die restlichen 1.000 Euro übergeben. In den Prozessakten finden sich sowohl ein Postbeleg über eine Sendung von Ochsenreiter, als auch Fluggastdaten der polnischen LOT-Fluggesellschaft, die Prokopowicz Reise bestätigen. Zudem lassen sich darin Chatverläufe mit seiner Frau finden sowie von den Behörden rekonstruierte Chatprotokolle des Messengerdienstes „Telegram" zwischen ihm und Ochsenreiter, die seine Angaben bestätigen sollen.

Bild: Screenshot Facebook

Oben: V.l.n.r.: Mateusz Piskorski (Vorsitzender „Zmiana", wegen Spionagevorwürfen inhaftert), Manuel Ochsenreiter (Chefredakteur „ZUERST!", mutmaßlicher Auftraggeber des Brandanschlags) und Michał Prokopowicz (Neonazi und geständiger Hauptangeklagter im Krakauer Prozess) im Juni 2015
Unten: Kulturzentrum der ungarischen Minderheit in der ukrainischen Stadt Uschhorod direkt nach dem Anschlag


Polizeifoto

Die ganze Aktion muss im Kontext des Konflikts zwischen Russland und der Ukraine gesehen werden. Die Vorwürfe erscheinen auch deswegen als denkbar, weil Ochsenreiter seit Jahren als umtriebiger pro-russischer Aktivist tätig ist, „Wahlbeobachtermissionen" mit AfD-Abgeordneten in der umkämpften Ostukraine und der russisch-besetzten Krim organisierte sowie enger Freund des Putin-Vertrauten Aleksander Dugin ist. Zusammen mit Mateusz Piskorski, dem Chef von „Zmiana" gründete er 2016 den Verein „Deutsches Zentrum für Eurasische Studien". Kurz darauf wurde Piskorski im Mai 2016 in Polen wegen angeblicher Spionage für Russland inhaftiert. Ebenfalls ein Gründungsmitglied des Vereins ist Ochsenreiters ehemaliger Arbeitgeber Markus Frohnmaier.

Nach Bekanntwerden der Aussage in Krakau ermittelt mittlerweile die Berliner Staatsanwaltschaft gegen Ochsenreiter wegen Anstiftung zu einer schweren Brandstiftung. •

Rassistisches Attentat in Christchurch / Neuseeland

Am 15. März 2019 drang ein 28-jähriger Australier in zwei Moscheen der neuseeländischen Stadt Christchurch ein, wo gerade die Freitagsgebete abgehalten wurden. Dort begann er auf die Menschen zu schießen: 50 Personen wurden getötet, mehrere Dutzend verletzt. Der Attentäter Brenton Tarrant streamte den Anschlag dabei live. Kurz zuvor hatte er eine Schrift mit dem Titel „The great replacement" (Der große Austausch) über das US-amerikanische Online-Forum 8chan veröffentlicht und an die neuseeländische Premierministerin verschickt. Aufgrund dieses Bekenntnisses wurde die Tat von den neuseeländischen Behörden sofort als rechtsextremer Terroranschlag eingeordnet. Die medial als „Manifest" rezipierten 74 Seiten verdeutlichen die ideologischen Hintergründe des Täters, der sich darin selbst als Faschist, Öko-Faschist oder auch Ethno-Nationalist bezeichnet. Zentrale Fragmente extrem rechter Ideologie ziehen sich wie ein roter Faden durch die Schrift. Dabei stehen originär neurechte Ideologeme, etwa der sogenannte Ethnopluralismus, neben klar neonazistischen Inhalten, so die Rede vom „white genocide" oder die „14 words" des US-amerikanischen Neonazis David Lane, die mehrfach in abgewandelter Form zitiert werden. Der Täter zeichnet ein rassistisch grundiertes Endzeit-Szenario, das durch Migration („invaders"), aber auch eine vermeintliche mangelnde europäische Abwehrbereitschaft, Dekadenz sowie die vermeintlich niedrigen Geburtenraten in westlichen Gesellschaften bevorstehe. Dieses zentrale Narrativ, wie auch weitere Fragmente, etwa der Titel oder die Bezugnahme auf verschiedene historische Schlachten, die der Attentäter auf seine Waffen geschrieben hatte, haben wiederum deutliche Parallelen zu identitärer Propaganda. Laut dem „Manifest" habe sich Terrant auf Reisen u.a. in Europa in den vergangenen zwei Jahren radikalisiert und insbesondere von Anders Breivik „inspirieren" lassen, von dem er sich gar den „Segen" für seine „Mission" geholt haben will. In der Tat sind die zahlreichen Bezüge zum Diskurs der europäischen Rechten im „Manifest" auffällig. Sicherheitsbehörden in mehreren europäischen Ländern haben angekündigt, etwaige Kontakte des Attentäters zur lokalen Neonaziszene zu prüfen.

Nachdem am Tag des Anschlags zunächst weitere Personen festgenommen worden waren, geht die neuseeländische Polizei eine Woche nach dem Anschlag von einem „Einzeltäter" aus. Ob Tarrant in direktem Kontakt zu anderen Neonazis gestanden hat, ist derzeit unklar. Nicht zuletzt am Duktus seines „Manifests" wird jedoch deutlich, dass er sich viel im Internet bewegt hat und andere User zu seiner Zielgruppe gehören. Dass ein Teil der Internet- und Gamer-Szene, die stark männlich geprägt ist und rechtsaffine Züge aufweist dafür empfänglich ist, verdeutlichen etliche Kommentare im thread von 8chan während des Attentates, die Tarrant als Helden feiern. Gerade diese Form anonymisierter Kommunikation kann sicherlich als ein Merkmal von modernem Terrorismus angesehen werden. Austausch und Radikalisierung werden über extrem rechte Internetseiten, aber auch unmoderierte Foren wie 8chan ermöglicht. Gleichzeitig zielen die Attentate auch auf dieses Milieu, um eine gewalttätige Eskalation zu befeuern. In seiner Schrift fordert Tarrant die „Männer des Westens" zu weiteren Anschlägen und Morden auf: „Make your plans, get training, form alliances, get equipped and then act. (...) Men of the West must be men once more." Laut Angaben von Facebook, auf dessen Streaming-Portal der Anschlag zu sehen war, wurden allein in den ersten 24 Stunden weltweit 1,5 Millionen Kopien des Videos hochgeladen und von dem Unternehmen wieder gelöscht. Während einige Medien bewusst auf die Reproduktion von Bildern aus dem Video verzichteten und ihre Berichterstattung auch den Opfern des Attentates widmeten, verbreitete die Bild-Zeitung auf ihrer Online-Präsenz sensationsheischend Teile des Videos sowie zahlreiche Screenshots. In Reaktion darauf sah sich der Deutsche Journalisten-Verband genötigt, in Sachen Presseethik Nachhilfe zu erteilen und stellte klar, dass das „Massaker-Video für Medien tabu" sei. •

TITEL

Zur Rolle der Polizei im Staat

GASTBEITRAG VON VOLKER EICK

Die Frage der AIB-Redaktion, „warum in der Polizei mit einem erhöhten Aufkommen von Personen mit (extrem) rechten Weltbildern zu rechnen" ist, hat ihren Reiz, wirft aber auch einige Probleme auf. Das historische Wissen – von den Polizeieinsätzen in den deutschen ›Schutzgebieten‹ bis zum ›Reserve-Polizei-Bataillon 101‹ –, das in diesem Heft (und anderswo) ausgebreitete empirische Material der jüngeren Vergangenheit (und Gegenwart) zu polizeilichen Nazi-Banden und nazistischen Polizei-Bünden sowie sozialwissenschaftliche Studien, die sich etwa mit dem ›autoritären Charakter‹ von Polizeikräften auseinandersetzen und deren ›wertkonservative Weltbilder‹ herausarbeiten, legen das zwar nahe, sind für die in der Frage angelegte These aber noch kein valider Beleg.

Allerdings bringt es die gegenwärtige Struktur der Polizeien – institutionalisierte Intransparenz nach Außen, vehemente Verweigerung von unabhängigen Kontrollinstanzen, um zunächst nur zwei Aspekte zu nennen – mit sich, dass Polizeikräfte gute Voraussetzungen für rechtes Engagement vorfinden.

Dass in der Polizei sich mehr rechte Gesinnungskameraden finden als in anderen verbeamteten Berufsgruppen (und nur die wären ja sinnvoll als Vergleich heranzuziehen), gewinnt seine Plausibilität zunächst aus der spezifischen Ausbildung von Polizeikräften, die auf allgegenwärtiges Misstrauen und kontingenten Verdacht, auf selektive Wahrnehmung und eindimensionale Erfahrungshaushalte sowie auf deren Rolle als bewaffnete[1] ›Frontkämpfer‹ für ›Recht und Ordnung‹ gegen ein vermeintlich permanent drohendes ›Chaos‹ zielt;[2] das alles impliziert die (präventive) Stigmatisierung des ›polizeilichen Gegenübers‹, des ›Polizeifremden‹ – um zwei polizeioffizielle Begriffe zu verwenden. Ein dergestalt geformtes Bewusstsein darf als notwendige, kann aber nicht als hinreichende Bedingung für die These von der besonderen Anfälligkeit des Polizeiberufs und des Polizeiapparats für (extrem) rechte Weltbilder betrachtet werden.[3]

Damit wären wir bei der Besonderung des Staates, wenn auch noch nicht zwingend bei der besonderen Anfälligkeit der Polizei für rechtes Gedankengut: Mit der Ende der 1920er-Jahre vom Juristen Eugen Paschukanis aufgeworfenen Frage, warum nimmt die Klassenherrschaft „die Form einer offiziellen staatlichen Herrschaft an, oder – was dasselbe ist – warum wird der Apparat des staatlichen Zwanges nicht als privater Apparat der herrschenden Klasse geschaffen, warum spaltet er sich von der letzteren ab und nimmt die Form eines unpersönlichen, von der Gesellschaft losgelösten Apparates der öffentlichen Macht an?",[4] ist das Problem skizziert.

Kapitalistische Klassen- und Ausbeutungsbeziehungen sind so strukturiert, dass die ökonomisch herrschende Klasse nicht unmittelbar politisch herrschen kann, sondern für ihre Herrschaft eine politische Form, den Staat, benötigt. Dabei ist der Staat weder ein neutrales Instrument, das sich die eine oder andere Klasse beliebig nutzbar machen kann, noch gar ein eigenständiges Subjekt, sondern ein struktureller Bestandteil des kapitalistischen Produktionsverhältnisses. Er steht aber nicht außerhalb des Kapitals, sondern bleibt in seiner Besonderung oder „relativen Autonomie" (Poulantzas) – wie die anderen sozialen Formen (Ware, Geld, Kapital, Recht) auch[5] – der Struktur- und Funktionslogik kapitalistischer Gesellschaften unterworfen. Sein Handeln ist, in den Worten von Nicos Poulantzas, „größtenteils [...] ein reaktives und punktuelles Zusammenbasteln von Maßnahmen gegenüber Bedingungen, die der vom Staat nicht zu beherrschende Verwertungsprozess des Kapitals bereits fixiert hat".[6] Insoweit ist der bürgerliche Staat zwar Klassenstaat, aber ohne unmittelbar Instrument einer Klasse zu sein, zumal auch seine ›Bediensteten‹ – also die politischen und bürokratischen Funktionstragenden, zu denen die Polizei gehört – „ein Interesse an sich selbst" (Claus Offe) und insoweit auch an der Reproduktion des kapitalistischen Systems haben, das sie gegen unmittelbare politische und ökonomische Einflüsse zumindest teilimprägniert.

Die Organisation mit Gewaltlizenz

So ist im Staat als „materielle Verdichtung von Kräfteverhältnissen" (Poulantzas) die physische Zwangsgewalt monopolisiert zusammengefasst, deren zentrale Funktion darin besteht, das Privateigentum an Produktionsmitteln zu gewährleisten. Denn nur wenn die ökonomisch herrschende Klasse auf unmittelbare Gewaltanwendung verzichtet und die physische Zwangsgewalt von allen gesellschaftlichen Klassen getrennt ist, können sich formelle Freiheit der Lohnabhängigen, Privatproduktion, Konkurrenz und ungehinderter



Foto: PM Cheung

Warentausch auf dem Markt, also kapitalistische Verhältnisse voll herausbilden.[7] Aus dieser Notwendigkeit heraus erklärt sich das staatliche Gewaltmonopol.

Was die Polizeien als (potentiell extrem rechte) Akteure besonders gefährlich macht, sind die ihnen zugestandenen Besonderungen, also die ihnen konzedierten Zwangsmittel bzw. Eingriffs- und Befugnisrechte, die konstitutiv sind für die Sicherstellung der kapitalistischen Vergesellschaftungsweise. Zuvörderst gehört dazu die an sie vom Staat übertragene Aufgabe, mit der Durchsetzung des „Monopols legitimer physischer Gewaltsamkeit“[8] zu drohen. Wenn wir einige Sonderfälle außer Acht lassen,[9] ist die Polizei die Organisation mit Gewaltlizenz, die sie, mit Beginn ihrer Existenz, zunächst gegen Arbeiterinnen und Arbeiter sowie Arme, bald auch gegen Nicht-Deutsche und andere Minderheiten weidlich zu nutzen begann.

Die Polizei ist – neben den Geheimdiensten – auch die Organisation, die ihre Erkenntnisse, also ihr ›Wissen‹, das sie aus nahezu allen verfügbaren Datenbanken und eigenen statistisch aufbereiteten Alltagserfahrungen generiert, monopolisieren kann. Und auch unkontrolliert so interpretiert, dass es zu ›gesichertem Wissen‹ und zu polizei-politischer Praxis gerinnen kann. Ihr Wissensdurst ist dabei tendenziell unendlich und die Löschung dieses Durstes einer öffentlichen Kontrolle weitgehend und zunehmend entzogen.

Schließlich, eine dritte Besonderung von anderen Berufsgruppen, die im Englischen mit dem Begriff ›discretion‹, also Ermessen, gefasst wird, bezieht sich darauf, dass sie – ob als „street level bureaucrat“ (Michael Lipsky) oder „street corner politician“ (William K. Muir Jr.) – Entscheidungsfreiheit dahingehend haben, was sie vor Ort tun oder lassen; wieder weitgehend ohne eine öffentliche Kontrolle, die diesen Namen verdient, und kaum kontrollierbar durch Vorgesetzte, wie zuletzt die (z.T. erfolgreichen) Skandalisierungen des polizeilichen racial profiling gezeigt haben. Wollte man es mit den Besonderungen noch weitertreiben, dann sähen wir in der Bundespolizei gar einen Apparat, dessen Kernaufgabe sie zu einer veritablen Migrationspolizei hat werden lassen.

Eine wirksame Kritik an der Besonderung des Staates – d.h. am Herrschaftsanspruch des Staates qua Gewaltmonopol insgesamt sowie an illegitimer Gewalt im Besonderen – und an den skizzierten Besonderungen der Polizei wird sich, nach Lage der Dinge, nur gegen den Staat durchsetzen lassen. Das sollte die Forderung zunächst nach mehr demokratischer Kontrolle und gleicher Teilhabe umfassen; unabhängige Polizeibeauftragte wären dazu ein erster Schritt. Zur Aufhebung der Besonderung gehörte es aber auch, sich an gesellschaftspolitische Alternativen heranzuarbeiten[10] – möglichst, bevor die polizeilichen Besonderungen sie wieder in die Katastrophe führen. •

1 Eine spezifische Affinität zu Gewalt und Waffen der einzelnen Polizeiindividuen, soll hier als weiteres Indiz für rechte Neigungen einmal ausgeklammert bleiben – auch weil die Geschichte lehrt, dass das analytisch vermutlich nicht sehr weit führt, jedenfalls nicht nach nur rechts, sondern viel fundamentaler in aggressive Maskulinitätsvorstellungen und -praktiken; vgl. R. Gerwarth und J. Horne (Hg.), Paramilitärische Gewalt in Europa nach dem Ersten Weltkrieg. Göttingen 2013, S. 19f, 289ff. **2** E. Bittner, The Functions of the Police in Modern Society. Washington D.C. 1970; R. Reiner, The Politics of the Police. New York 1992, S. 138ff.; deutschsprachige Auszüge in: D. Klimke, A. Legnaro (Hg.), Kriminologische Grundlagentexte. Wiesbaden 2016, S. 187-201. **3** Insgesamt ist das sozialwissenschaftliche Wissen selbst zur Frage rassistischer Stereotypen im Polizeiapparat prekär, nicht zuletzt, weil das Polizeiführungen und Innenministerien – mithin Teile des Staatsapparats – so wollen: K. Ahlheim, B. Heger, ›Fremdenfeindlichkeit und Polizei‹ als Thema politischer Bildung in der Aus- und Fortbildung der Polizei, in: Kuratorium der Polizei-Führungsakademie (Hg.), Fremdenfeindlichkeit in der Polizei? Ergebnisse einer wissenschaftlichen Studie. Münster 1996, S. 167-198; M. Quent et al., ›Die haben uns nicht ernst genommen‹. Neudietendorf 2014; H.-J. Asmus, T. Enke, Der Umgang der Polizei mit migrantischen Opfern. Wiesbaden 2016; R.C. van Ooyen, Polizei und Fremde – zu einem (ver)störenden Thema im Spiegel neuerer Literatur, in: C. Kopke, W. Kühnel (Hg.), Demokratie, Freiheit und Sicherheit. Baden-Baden 2017, S. 273-282; vgl. T. Konicz, Inflation der Einzelfälle? (28.12.2018), unter: https://www.heise.de/tp/features/Inflation-der-Einzelfaelle-4259590.html; BT-Drs. 19/5793 (Die Polizei und die Bekämpfung des Rechtsextremismus) v. 15.11.2018, S. 6. **4** Eugen Paschukanis, Allgemeine Rechtslehre und Marxismus. Frankfurt/M. 1970 [russ. Orig. 1924], S. 119f. **5** „Mit sozialen Formen werden also den Menschen äußerlich und fremd gegenüberstehende Objektverhältnisse bezeichnet, in denen ihr gesellschaftlicher Zusammenhang in einer verstellten, nicht unmittelbar durchschaubaren Weise zum Ausdruck kommt“, vgl. J. Hirsch, Materialistische Staatstheorie. Hamburg 2005, S. 24. **6** N. Poulantzas, Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Sozialistische Demokratie. Hamburg 1978, S. 177. **7** Hirsch (En 5), S. 23ff. **8** „Heute dagegen werden wir sagen müssen: Staat ist diejenige menschliche Gemeinschaft, welche innerhalb eines bestimmten Gebietes – dies: das ›Gebiet‹, gehört zum Merkmal – das Monopol legitimer physischer Gewaltsamkeit für sich (mit Erfolg) beansprucht“, vgl. M. Weber, Wirtschaft und Gesellschaft. Tübingen 1980 [Orig. 1921], S. 822. **9** Dazu gehören etwa die ›Beleihung‹, die auch nichtstaatlichen Akteuren hoheitliche Aufgaben überträgt, oder die sog. Jedermann-Rechte, die das gewaltsame Eingreifen und die gewaltsame Selbstverteidigung gestatten. **10** Vgl. K. Williams, Our Enemies in Blue. Brooklyn/NY 2004, S. 261ff.

TITEL

Bei den Ermittlungen gegen den extrem rechten Bundeswehrsoldaten Franco A. ist ein Veteranenverein in den Fokus geraten, der enge Verbindungen in die Schweiz hat – und sich mit fremden Federn schmückt.

Schweiz: Hannibal und der Uno-Schwindel

NOËMI LANDOLT UND JAN JIRÁT
NACHDRUCK MIT FREUNDLICHER GENEHMIGUNG DER WOZ (SCHWEIZ)

Eine Schattenarmee, ein Tag X, Todeslisten, ein Elitesoldat namens „Hannibal" und ein öffentlichkeitsscheuer Verein sorgen seit Monaten in Deutschland für Schlagzeilen. Der Verein heisst Uniter und hat sich gemäss eigenen Angaben der Unterstützung und Vernetzung von Veteranen sowie der Wohltätigkeit verschrieben. Ende vergangenen Jahres deckten Recherchen der „taz" und des „Focus" auf, dass es Verbindungen zwischen dem Elitesoldaten und Uniter-Gründer André S. und dem extrem rechten Franco A. gibt.

Der Bundeswehrsoldat Franco A. sass 2017 mehrere Monate in Haft, gegen ihn wurde wegen Terrorverdacht ermittelt. Derzeit hängt der Fall zwischen den Instanzen. Hintergrund der Ermittlungen war, dass Franco A. Anschläge auf Politiker_innen geplant haben soll. Zu diesem Zweck hatte er sich im Jahr 2016 als syrischer Flüchtling getarnt, um in Deutschland Asyl zu beantragen. Zudem war er auch in Chatgruppen aktiv, die sich auf den „Tag X" vorbereiteten, an dem die öffentliche Ordnung zusammenbrechen soll. Im Umfeld von Beteiligten in den Chats dieser sogenannten Preppers (von „to be prepared": bereit sein) war die Rede von Waffenlagern, „Safe Houses" und auch einer Liste mit unliebsamen Personen, die „liquidiert" werden sollten. Der Administrator dieser Chats nannte sich Hannibal – mit bürgerlichem Namen André S.

Schon bei den ersten Enthüllungen zur Schattenarmee war von der Schweiz die Rede. So wird vermutet, dass auch Personen aus der Schweiz in diesen Prepper-Chats aktiv waren. Wie die Schweizer Bundesanwaltschaft gegenüber der WOZ bestätigt, hat die deutsche Generalbundesanwaltschaft bei den Ermittlungen gegen Franco A. im September 2017 ein Rechtshilfeersuchen an die Schweiz gerichtet, das zwei Monate später abgeschlossen wurde. Die deutsche Generalbundesanwaltschaft gibt keine weitere Auskunft, da es sich um ein laufendes Verfahren handle.

Zigarrenrauch und Datenschutz

Auch bei Hannibals Verein Uniter finden sich Hinweise auf Verbindungen in die Schweiz. Eine Zeit lang wurde die Schweiz bei Uniter – ursprünglich als Verein ehemaliger und aktiver Elitesoldaten gegründet, mittlerweile aber offen für alle Interessierten – als eigener „Distrikt" geführt. Gemäss mehreren Quellen aus dem Vereinsumfeld ist die Schweiz bei Uniter aber kein aktiver Distrikt mehr, obwohl mehrere Uniter-Mitglieder hier wohnen und sich regelmässig treffen: an sogenannten Security Round Tables (SRT). Auch Hannibal soll mehrmals in die Schweiz gereist sein. Auf Instagram findet man Fotos von einem SRT im Zürcher Hotel Atlantis oder in „edler Atmosphäre" in einem Lokal in der Zürcher Agglo: „Ein unglaubliches Ambiente der Gemütlichkeit", wo „ideenreiche Gespräche bei Zigarre und Whisky" im „gemütlichen, altenglischen Herrenzimmer" stattfinden. Wichtig dreinschauende Männer um die dreissig sitzen dabei in schweren Ledersesseln. Der letzte Schweizer SRT fand am 1. März in Basel statt: Wiederum in „entspannter Atmosphäre" und „edlem Ambiente" wurde den Anwesenden Uniter und die Partnerorganisation Lazarus Union vorgestellt.

Die in Wien ansässige Lazarus Union ist laut eigenen Angaben „eine weltweit tätige karitative Hilfsorganisation für alle, die Hilfe, Freundschaft, Trost und Zuwendung brauchen", und kümmert sich vor allem um Obdachlose. Die Lazarus Union verfügt über einen Sonderberaterstatus beim Wirtschafts- und Sozialrat der Uno.

Seit 2017 ist Uniter eine Partnerorganisation der Lazarus Union, brüstet sich in Mitteilungen damit, selbst über einen Uno-Sonderberaterstatus zu verfügen, und berichtet von „internationalen Aktivitäten im Zusammenhang mit den Mandaten der Vereinten Nationen". Auf Nachfragen will Uniter zunächst „aus Datenschutzgründen" keine Auskunft geben. Die Lazarus Union selbst gibt an, zwar einen Sonderberaterstatus, aber kein Uno-Mandat innezuhaben. Nach der Anfrage suspendierte die Lazarus Union zudem die Gruppenmitgliedschaft von Uniter, „bis die Vorwürfe entweder entkräftet sind oder ein rechtskräftiges Gerichtsurteil gegen den Verein vorliegt". Auch die Uno in Genf weiss nichts von einer Zusammenarbeit mit Uniter. Damit konfrontiert, dementiert Uniter plötzlich, jemals behauptet zu haben, einen Sonderberaterstatus innezuhaben, und löscht die entsprechende Pressemitteilung von der Website.

„Keinerlei Distanzierung“

Die Verbindungen in die Schweiz bleiben aber bestehen. Diese Woche machte die „taz“ publik, dass ein Gründungsmitglied von Uniter beim Verfassungsschutz in Baden-Württemberg angestellt ist. Der Betreffende war bis letzte Woche noch als Vorsitzender im Stuttgarter Vereinsregister aufgeführt, obwohl er laut der „taz“ schon länger von dieser Funktion zurückgetreten sei. Am Montag liess Uniter nun einen neuen Vorstand eintragen: Sowohl besagter Verfassungsschützer als auch Uniter-Mastermind André S. sind nicht mehr dabei.

Zudem fällt auf: Sowohl der neue Vorsitzende als auch sein Stellvertreter leben in der Innerschweiz. Sie gehörten schon vor der Ernennung zum Vorstand zu den zentralen Figuren von Uniter, bekleideten aber keine offizielle Funktion. Auf Anfrage teilt Uniter zum Vereinsvorstand lediglich mit: „Es gibt seitens des Vereins keinerlei Bestrebung einer Distanzierung, da sämtliche Vorwürfe gegen Herrn S. nachweislich haltlos sind.“ •



Mangelnder Aufklärungswillen

Im vergangenen November deckten die „taz“ und der „Focus“ praktisch zeitgleich ein Schattennetzwerk aus Bundeswehr-soldaten, Polizisten und Behördenmitarbeitern auf, das sich auf einen sogenannten Tag X vorbereitet. Einen Tag X, an dem die öffentliche Ordnung aufgrund einer extremen Krise zusammenbrechen würde. Die zentrale Figur innerhalb dieser Schattenarmee heisst André S.: ein ehemaliger Elitesoldat des KSK (Kommando Spezialkräfte) der Bundeswehr mit Decknamen Hannibal. André S. war der Administrator mehrerer (mittlerweile gelöschter) Chatgruppen, in denen sich das Netzwerk austauschte und organisierte. Auch Franco A. war in einem dieser Chats aktiv, der Bundeswehrsoldat, der als syrischer Flüchtling getarnt Attentate vorbereitet haben soll. Aus dem Umfeld dieser Chats stammen auch zwei Männer aus Norddeutschland, denen die Generalbundesanwaltschaft vorwirft, sie hätten geplant, PolitikerInnen und AktivistInnen aus dem linken Spektrum zu töten. Hannibal war bis vor kurzem auch der Chef des Vereins Uniter. Dieser wurde einst gegründet, um Spezialkräfte nach deren Heimkehr aus geheimen Einsätzen zu unterstützen und zu vernetzen. Dabei hat sich Uniter in den letzten Jahren von einem Vernetzungsprojekt für ausgediente Elitesoldaten hin zu einem angeblich gemeinnützigen Verein, der allen offensteht, entwickelt. Entsprechend ist der Verein gewachsen. Und wie die „taz“ recherchierte, werde bei Uniter derzeit auch daran gearbeitet, Zivilisten kampftüchtig zu machen, ja, sogar eine eigene Kampfeinheit aufzubauen – Uniter nenne diese Einheit „Defense Corp“. Es geht beim „Hannibal-Komplex“ also sehr konkret um die Gefahr von rechtem Terror. Es geht um einen Verein, der eine Kampfeinheit aufbaut, um sich für einen herbeifantasierten Tag X zu wappnen. Und es geht um Männer, die auf Grund ihrer Erfahrungen beim Bund oder der Polizei genau wissen, was sie tun. Eigentlich müssten nach den vielen Recherchen zum Komplex, auch in Österreich („Standard“) sowie in der Schweiz (WOZ und NZZ), sämtliche Alarmglocken schrillen bei der Politik, der Justiz und bei den Sicherheitsbehörden. Während diverse PolitikerInnen immerhin Anfragen stellen und die Generalbundesanwaltschaft in den drei erwähnten Fällen von geplanten Attentaten ermittelt, scheint bei den Sicherheitsbehörden jeglicher Aufklärungswillen zu fehlen. Insbesondere das Bundesamt für Verfassungsschutz hüllt sich in Schweigen, Uniter sei nun mal kein Beobachtungsstand, heißt es. Es besteht Hoffnung, dass Bewegung in die Aufklärung kommt. Mitte März enthüllte die „taz“, dass ein Mitarbeiter des Landesverfassungsschutzes Baden-Württemberg bis Anfang 2017 Vorstandsmitglied von Uniter war. Er hat den Verein sogar mitgegründet. Unmittelbar bevor Franco A. festgenommen wurde, stieg er wieder aus. Der Verfassungsschutzmitarbeiter war früher in derselben Bereitschaftspolizei tätig, wie Michèle Kiesewetter, das zehnte und einzige nicht-migrantische Todesopfer des NSU. Wie die „taz“ festhält, besteht nach bisherigen Kenntnissen aber keine Verbindung zwischen Hannibals Schattennetzwerk und den NSU-Tätern. Fakt ist jedenfalls: Der Landesverfassungsschutz aus Baden-Württemberg dürfte angesichts der neuesten Recherche zum „Hannibal-Komplex“ sehr viel mehr wissen, als er bisher zugab.

Noch sind (zu) viele, relevante Fragen offen: Welche Rolle spielte Franco A. innerhalb des Schattennetzwerkes? Wie konkret waren die Planungen und ergriffenen Massnahmen bezüglich Tag X? In welchem Zusammenhang steht das große Wachstum des Vereins? Geht es darum, möglichst viel Geld zu machen? Oder um genug Masse für Tag X? (jj) •

TITEL

Krisenvorsorge oder Terror?

Das Nordkreuz-Netzwerk in Mecklenburg-Vorpommern

Die Wellen der medialen Berichterstattung schlugen hoch, als am 28. August 2017 ein Sondereinsatzkommando des BKA mehrere Hausdurchsuchungen in Mecklenburg-Vorpommern durchführte. Die Bundesanwaltschaft, die die Razzien bei zwei Beschuldigten sowie bei „weiteren nicht tatverdächtigen Dritten" anwies, erklärte, dass sie dem Verdacht auf Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat, nachgehe. Die Tatverdächtigen hätten sich auf den Zusammenbruch des Staates vorbereitet und darin gleichzeitig die Chance gesehen, „Vertreter des politisch linken Spektrums festzusetzen und mit ihren Waffen zu töten."[1]

Auffallend war, dass keine Landesbehörden in die Maßnahmen eingebunden wurden. Selbst der Innenminister Mecklenburg-Vorpommerns, Lorenz Caffier (CDU), wurde erst am frühen Morgen über die Durchsuchungen informiert. Man misstraute den Landeskolleg_innen, denn in den Fokus der Bundesanwaltschaft gerieten u.a. Polizisten und Angehörige der Bundeswehr, deren Verbindungen bis in die Landespolitik reichen. Obwohl das BKA im April 2018 erneut zu landesweiten Hausdurchsuchungen ausrückte, herrschte in der Causa Nordkreuz lange Zeit weitgehend Stille. Erst umfangreiche Recherchen der taz legten im November vergangenen Jahres ein bundesweites rechtes Netzwerk innerhalb der Bundeswehr offen, in dem auch Mitglieder von Nordkreuz mitmischten und das bis zum Terrorverdächtigen Franco A. reicht.[2]

Nadelstiche bis zum „Tag X"

Einer der Beschuldigten ist der Rostocker



Bild: Screenshot: panorama

Anwalt Jan Hendrik Hammer. Der ehemalige NVA-Kampfschwimmer soll Ordner mit Namen, Adressen und Fotos von Linken angelegt haben, die es am „Tag X" zu töten gelte. Wer ins Fadenkreuz genommen wurde ist noch unklar, doch auch Mitglieder der Rostocker Bürgerschaft sollen betroffen sein. Hammer ist dort stellvertretender Vorsitzender für die Fraktion „Unabhängige für Rostock" (UFR)[3]. Im Parlament der Hansestadt traf er regelmäßig auf Holger Arppe, damaliges AfD-Mitglied sowie Kommunal- und Landtagsabgeordneter, und baute eine Nähe zu ihm auf. Arppe geriet regelrecht ins Schwärmen, als er seinen Parteifreunden über H. berichtete: „Der Typ würde perfekt in unsere Reihen passen. Er hasst die Linken, hat einen gut gefüllten Waffenschrank in der Garage [...]." Während Arppe wegen gewaltverherrlichender und kinderpornografischer Chats auf Beschluss der Bürgerschaft aus allen Ausschüssen ausgeschlossen wurde, entschieden sich die Stadtvertreter_innen gegen eine Abwahl des Terrorverdächtigen. Bereits im Juni 2015 stilisierte er sich zum zentralen Agitator gegen einen geplanten Bauwagenplatz in Rostock Alt-Barteldorf. In einem Rundschreiben an Anwohner_innen signalisiert Hammer, dass er als Mitglied der Bürgerschaft über einen vorteilhaften Wissensvorsprung verfüge und zu Interventionsmöglichkeiten Auskunft geben könne. Der privilegierte Zugang zu Informationen erfährt beim zweiten Tatverdächtigen eine gesteigerte Brisanz. So steht der schwerwiegende Verdacht im Raum, dass der Kriminaloberkommissar Haik J. seinen Dienstrechner in der Polizeiinspektion Ludwigslust nutzte, um die Meldeadressen politischer Aktivist_innen auszuforschen. Diese hätten später verwendet werden sollen, um die Personen unter einem Vorwand von zu Hause abzuholen, bevor sie schließlich an einem unbekannten Ort verschleppt werden, um sie dort zu töten. Inwieweit J. weiterhin Zugang zu diesen Daten haben wird, ist unklar. Auf eine Kleine Anfrage antwortete die Landesregierung lediglich, dass gegen zwei Beamte Disziplinarverfahren eingeleitet wurden, „welche jedoch bis zum Ab-



Bild: Screenshot Homepage

Links: Der LKA-Beamte Marko G. inszenierte sich im ARD-Magazin Panorama als Opfer einer staatlichen „Hexenjagd".
Oben: Der Rostocker Anwalt und ehemalige NVA-Kampfschwimmer Jan Hendrik Hammer.

schluss von strafrechtlichen Ermittlungsverfahren ausgesetzt sind."[4] Mittlerweile ist J. Mitglied im parteiinternen Beratungsgremium zur „inneren Sicherheit" der AfD. Die beiden Hauptbeschuldigten im Fall Nordkreuz verdeutlichen mit ihrer Bindung zur AfD das Wechselspiel zwischen einer Partei, die auf der einen Seite durch eine Politik der kontinuierlichen „Nadelstiche" versucht, die Destabilisierung eines Landes voranzutreiben und radikalisierten Personen auf der anderen Seite, die auf den Zusammenbruch der staatlichen Ordnung hinfiebern, um mit Waffengewalt die Machtfrage zu ihren Gunsten zu verschieben.

Die Reserve hält sich bereit

Der zweite Beamte, gegen den die disziplinarrechtlichen Maßnahmen zur Zeit ausgesetzt sind, dürfte der LKA-Beamte Marko G. sein. Nachdem sein Haus in Banzkow vom BKA durchsucht wurde, inszenierte er sich im ARD-Magazin Panorama als Opfer einer staatlichen „Hexenjagd".[5] Obwohl er von der Bundesanwaltschaft lediglich als Zeuge geführt wird, wurde kürzlich bekannt, dass auch gegen ihn ein Verfahren wegen Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontroll- sowie das Sprengstoffgesetz eingeleitet wurde. Innerhalb des Nordkreuz-Netzwerks nahm der ehemalige SEK-Angehörige eine zentrale Position ein. Er sammelte Geld ein, um „Safe-Häuser" für den „Tag X" auszustatten. Zudem richtete er u.a. die Nordkreuz-Chatgruppe ein, in denen die Mitglieder mit sensiblen Informationen versorgt wurden.

Zum „inner circle" des Netzwerks, das mehr als 30 feste Mitglieder verband, schien auch der ehemalige Bundeswehrsoldat Jörg S. aus Rostock gehört zu haben. S. ist mittlerweile als unabhängiger Finanzberater tätig - seine Spezialgebiete: Vermögenssicherung und Enteignungsschutz. Dass S. Migration als Gefahr des Wohlstandes ausmacht, überrascht wenig. So wirbt er auf seiner Homepage u.a. mit den einwanderungsfeindlichen Ideen Roy Becks, dem Gründer der Organisation „NumbersUSA". Inwiefern S. - neben den anderen Nordkreuz-Mitgliedern - auch im UNITER-Netzwerk von André Schmitt (Hannibal), der ebenfalls Teil des Nordkreuz-Chats war, involviert ist, ist derzeit unklar. Gewisse Ähnlichkeiten zwischen dem Logo seines Unternehmens „Scholze Finance" und dem von UNITER sind jedoch auffällig.[6]

So relevant wie die Seilschaften der Bundeswehr für „Hannibals Schattenarmee" sind, so bedeutend ist der Reservistenverband in Mecklenburg-Vorpommern für Nordkreuz. Einem Tatverdächtigen zufolge könnten die Uniformträger die geplante Tötung missliebiger Menschen vereinfachen, da sie mögliche Polizeikontrollen leichter passieren könnten. Unter dem Dachverband ehemaliger Soldaten war es den Mitgliedern möglich legale Schießtrainings durchzuführen. Zudem konnten neue „Rekruten", wie der in Krakow am See lebende Reserveoffizier Horst S., geworben werden. S. - bis März 2016 selbst Vizevorsitzender des Reservistenverbandes - war den Sicherheitsbehörden kein Unbekannter. Bereits im Vorfeld des G20-Gipfels wurde er als Kompaniechef von einem Einsatz abgezogen, nachdem bekannt wurde, dass er über das extrem rechte „Thule-Seminar" Bücher erwarb. S. ist nach wie vor Schießsportleiter der Krakower Schützengarde.

Diskursverschiebung der Landespolitik

Das Aufkommen potentieller rechter Terrorstrukturen führt nicht selten zum Schweigen der Mehrheitsgesellschaft. Vor allem das Innenministerium in Mecklenburg-Vorpommern scheint ein Interesse daran zu haben, die politische Brisanz um Nordkreuz zu relativieren. Anstatt die Aufklärung rechter Netzwerke von Polizisten und (ehemaligen) Soldaten voranzutreiben, findet von Seiten politisch Verantwortlicher, die nicht selten ebenfalls dem prestigeträchtigen Reservistenverband angehören, eine verharmlosende Diskursverschiebung statt. Zwar richtete das Innenministerium zügig eine sogenannte Prepper-Kommission ein, um das Phänomen der „Endzeit-Experten" zu untersuchen. Doch entgegen der Ankündigungen lieferte diese Kommission bislang keine Ergebnisse. Seinen eigentlichen Auftrag hat das Gremium womöglich schon längst erfüllt. Die Landesregierung signalisiert Handlungsbereitschaft, verweist auf die Untersuchungen des Prepperwesens und lenkt damit - bewusst oder unbewusst - den Blick von möglichen rechtsterroristischen Bestrebungen innerhalb der Sicherheitsbehörden des Landes weg. •

1 Pressemitteilung des Generalbundesanwalts vom 28. August 2017: www.generalbundesanwalt.de/de/showpress.php?themenid=19&newsid=728 **2** Rechtes Netzwerk in der Bundeswehr Hannibals Schattenarmee (taz) www.taz.de/!5548926 **3** Nicht der erste Eklat fur die UFR. Bis 2014 saß Volker Beecken für das Wahler*innenbündis, dem auch der Bürgermeister der Hansestadt angehört, in der Bürgerschaft, der eng in die Produktion der „Weltkrieg-Erlebnisberichte" eingebunden war. AIB 104 / 3.2014 **4** Kleine Anfrage des Linken-Abgeordneten Peter Ritter vom 23.01.2019: http://www dokumentation.landtag-mv.de/parldok/dokument/42230/ermittlungs_und_disziplinarmassnahmen_bezueglich_der_gruppierung_nordkreuz.pdf **5** https://daserste.ndr.de/panorama/archiv/2017/Rechtsterror-Ermittlungen-Gruender-der-Prepper-Gruppe-ist-Polizist,prepper100.html **6** Vgl. bundeswehr-journal.de vom 26. Dezember 2018: Uniter e.V. ist nach Auskunft des Deutschen Patent- und Markenamtes am 17. April 2015 von André Schmitt unter der Marke 302015034967 zum Registereintrag angemeldet worden.

TITEL

In Frankreich schlossen sich Polizisten, Gendarmen, Berufssoldaten und weitere Personen zu einer rechtsterroristischen Gruppierung zusammen.

Frankreich: Rechte „Geheimarmee" aufgeflogen

BERNARD SCHMID (PARIS)

„Alles begann in Frankreich": Unter diesen Titel stellte die französische Boulevardzeitung „Le Parisien-Aujourd'hui en France" einen Beitrag vom 16. März 2019, in welchem sie den Werdegang des Massenmörders von Christchurch behandelte. Am Vortag hatte der australische Staatsbürger Brenton Tarrant dort, im Nachbarstaat Neuseeland, fünfzig Menschen in zwei Moscheen ermordet. Kurz zuvor hatte er ein 73-Seitiges „Manifest", inspiriert von jenem des norwegischen Massenmörders Anders Behring Breivik – er tötete am 22. Juli 2011 insgesamt 77 Menschen –, im Internet veröffentlicht. Diesem Text zufolge fand der Rassist Brenton Tarrant, der sich als Anhänger einer „weißen Vorherrschaft" versteht, seine ideologische Inspiration während einer Frankreichreise im Jahr 2017. Denn dort habe er, auf dem Parkplatz eines Supermarkts in Ostfrankreich, bezüglich der Einwanderung verstanden: „Die Invasoren sind überall."

Tarrant fügt dem hinzu, im Hinblick auf die Wahlniederlage von Marine Le Pen im zweiten Durchgang der französischen Präsidentschaftswahl am 7. Mai 2017: „Der mögliche Sieg einer Beinahe-Nationalistin war für mich das Anzeichen dafür, dass eine politische Lösung noch immer möglich war." Nachdem Marine Le Pen jedoch (mit 33,9 Prozent der abgegebenen Stimmen) gegen den Kandidaten Emmanuel Macron scheiterte, sei ihm klar geworden, dass dieser Weg verbaut sei, weshalb er beschlossen habe, dass der Griff zur Waffe erforderlich sei. Ziemlich ähnliche Überlegungen stellten in den vergangenen beiden Jahren offenkundig auch französische Gesinnungskameraden des Mörders aus dem Südpazifik an.

Ende Juni 2018 hoben die französischen Behörden eine mutmaßliche rechtsterroristische Gruppierung unter dem Kürzel AFO aus. Dies steht für die Bezeichnung, welche die Struktur sich selbst gegeben hatte, also „Action des forces opérationnelles", ungefähr: „Aktion der einsatzbereiten / einsatzfähigen Kräfte".

Der polizeiliche Zugriff erfolgte im westfranzösischen Bezirk Charente-Maritime – dem Verwaltungsbezirk von La Rochelle –, im ebenfalls westfranzösischen Bezirk Vienne, im Großraum Paris sowie auf Korsika. Zehn Personen, darunter neun Männer, u.a. Berufssoldaten, Polizisten und Gendarmen wurden dabei im Laufe des Wochenendes 23./24. Juni 2018 festgenommen. Die Beschuldigten sind zwischen 32 und 69 Jahre alt und waren zum Teil seit mehreren Monaten überwacht worden, hieß es von behördlicher Seite.

32 Feuerwaffen und mehrere tausend Schuss Munition wurden bei ihnen aufgefunden, aber auch eine Substanz, die in die Herstellung des Sprengstoffs TATP einfließt. Letzterer, den etwa auch die jihadistischen Attentäter vom 13. November 2015 in Frankreich benutzten, ist relativ leicht zu fabrizieren, jedoch gefährlich im Umgang, weil er instabil ist und deswegen leicht detoniert. Insofern sind gewisse Spezialkenntnisse im Umgang mit Chemikalien zu seiner Erzeugung erforderlich.

Die Aktionsplanung des Zusammenschlusses, dessen Mitglieder unter anderem auch Erste Hilfe- sowie Survival-Trainings durchliefen, war laut Auffassung der Sicherheitsbehörden noch nicht vollständig festgelegt worden. Offensichtlich gab es einen Streit über die Vorgehensweise unter den Mitgliedern. Ein Teil von ihnen wollte, im Namen des „Kriegs gegen die Islamisierung" in Frankreich und Europa, den die rechte Zelle ausrief, als halal eingestufte – also muslimischen Speisevorschriften genügende – Nahrungsmittel vergiften, um einen möglichst großen Effekt zu erzielen. Dieses „Halal-Projekt", wie es laut jüngsten Medienberichten intern bezeichnet wurde, war jedoch innerorganisatorisch umstritten. Andere Angehörige der sich formierenden rechten Untergrundorganisation plädierten eher für gezieltere Angriffe auf Personen. Einige wollten dabei Imame mit angeblicher oder tatsächlicher salafistischer Tendenz attackieren, andere Strafgefangene mit islamistischem Hintergrund. Wieder Andere plädierten den Sicherheitsbehörden zufolge dafür, Kopftuch tragende Frauen auf der Straße oder im öffentlichen Raum zu attackieren.

Als Vorbild diente unter anderem die OAS oder „Bewegung der Geheimarmee"



Der 65-jährige pensionierte Polizist Guy Sibra posiert auf Facebook mit einer Schusswaffe.

(Organisation de l'armée secrète), die ab 1961 in der Schlussphase der Entkolonisierung Algeriens bombte und mordete und in der europäischen Siedlerbevölkerung Nordafrikas sowie unter französischen Berufsmilitärs eine relevante Basis aufwies.

Als Kopf der Gruppierung wurde ein gewisser Guy Sibra identifiziert. Es handelt sich bei ihm um einen 65-jährigen pensionierten Polizisten, der seine Laufbahn als Uniformträger 2004 in Marseille beendete, wo er bereits als aktiver extrem Rechter eingestuft worden war. Derzeit lebt er im westfranzösischen Tonnay-Charente. Dort wirkte er bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im April, Mai und Juni 2017 als Beisitzer in einem Wahlbüro. Das heißt, er wachte im Namen erst einer Präsidentschaftskandidatin und dann einer Partei über den Ablauf der Abstimmung. Ernannt worden war er für diese Aufgabe, um die Bewerberin Marine Le Pen sowie ihre Partei, den extrem rechten „Front National" (inzwischen „Rassemblement National", RN) zu vertreten.

Die Aktivisten der AFO waren zuvor bei einer legal agierenden extrem rechten Gruppierung unter dem Namen „Volontaires pour la France" (VPF, ungefähr: „Freiwillige für Frankreich") aktiv. Deren denkender Kopf ist ein gewisser Yvan Blot, den man in der Vergangenheit als extrem rechten Multifunktionär kannte, bevor er sich weitgehend auf eine Position als Schriftsteller zurückzog. Blot baute in den 1970er Jahren den rechtsintellektuellen „Club de l'Horloge" mit auf, machte sich dann zusammen mit dessen Kadern auf einen „Marsch durch die Institutionen" in den Parteien der bürgerlichen Rechten und schlug parallel dazu eine gehobene Beamtenlaufbahn ein. In den 1980er Jahren war er ein Führungsmitglied der neogaullistischen Partei RPR – eines der Vorläufer der heutigen konservativen Rechtspartei „Les Républicains" (LR) –, bevor er 1989 zum FN überlief. Die Spaltung zwischen den Anhängern Jean-Marie Le Pens und Bruno Mégrets sorgte für seinen Rückzug aus der Parteipolitik. Zum Ende des vorigen Jahrzehnts bemühte er sich um Aufnahme bei der konservativen UMP, Nachfolgerin des RPR und Vorläuferin der heutigen Partei LR, zog sich jedoch später von ihr zurück. Er arbeitete zugleich als hoher Beamter im Innenministerium. Heute ist er im Rentenalter und berät den „internationalen Diskussionsclub Waldai", der der russischen Regierung ausgesprochen nahe steht.

Allerdings waren die diskursiven Bemühungen eines Yvan Blot, zu dessen Hobbythemen das zivilisatorische Erbe des antiken Griechenland – und generell die nicht-christlichen, heidnischen „Wurzeln Europas" – sowie das vehemente Plädoyer für eine „allen menschlichen Gesellschaften notwendige Ungleichheit" zählen, den Aktivisten der Dissidentenfraktion auf die Dauer zu ermüdend.

Ein Dreivierteljahr vor dieser Gruppierung war ein anderer Kreis aufgeflogen, der möglicherweise rechtsterroristische Aktionen vorbereitete. Im Juni 2017 wurde dessen mutmaßlicher Kopf festgenommen, ein junger Mann namens Alexander Logan Nisin. Der damals 21-Jährige hatte sich zuvor zunächst am Wahlkampf des „Front National" zu Anfang jenes Jahres engagiert und war im März 2017 damit beauftragt worden, eine Jugendgruppe der Partei in Vitrolles – einer Vorstadt von Marseille – aufzubauen. Allerdings glaubte auch er nicht hinreichend an den demokratischen Weg und tauschte sich mit Gesinnungskumpanen darüber aus, dass man „Dealer, Migranten und Islamisten" töten wolle. Zehn weitere Personen wurden im Oktober 2017 verhaftet, neun junge Männer im Alter zwischen 17 und 25 sowie Nisins Mutter. Die Mutter wurde relativ schnell wieder freigelassen.

Die Gefahr ist real, dass auch in Frankreich vom Scheitern des „demokratischen Weges" zur Macht enttäuschte Nationalisten und Rassisten ähnliche Schlussfolgerungen ziehen wie ihr australischer Kamerad im Geiste. •

TITEL

Ende 2017 beschrieb die Zeitschrift „New Yorker" in einem Kommentar zum Referendumsverbot und den hunderten Verletzten in Katalonien Spanien als „Francoland". Das spanische Establishment links wie rechts war empört: Spanien sei seit 1978 eine konsolidierte europäische Demokratie.

Spanien: Guardia Civil im Francoland

JONAN LEKUE
BASKISCHER JURIST UND LINKER AKTIVIST

Inwieweit ist das Erbe des „spanischen Faschismus" unter Francisco Franco in den politischen Strukturen noch am Leben? Wie tief sind die heutige Armee, die Sicherheitskräfte, die Justiz und die Wirtschaft von Francos Diktatur geprägt? Um diese Fragen zu beantworten, müssen wir Francos Regime kurz skizzieren. Die 40 Jahre Franco-Herrschaft begannen mit einem Militärputsch 1936 und verankerten sich in drei Jahren blutigen Krieges. Während des Krieges und nach dem Sieg begann eine „Säuberung" von allen oppositionellen Kräften: Anarchist_innen, Kommunist_innen, Sozialdemokrat_innen, baskische und katalanische Unabhängigkeitsbefürworter_innen, progressive Lehrer_innen und Intellektuelle wurden getötet. Über 100.000 Leichen liegen bis heute in Massengräbern begraben, 250.000 Menschen sind ins Exil gegangen und jahrelang wurden über eine Million Menschen in Arbeitslagern inhaftiert. Die politischen Stützen des Francoregimes waren die katholische Kirche, eine wirtschaftliche Oligarchie und die verschiedenen Sicherheitskräfte. Unter diesen spielte die Guardia Civil eine führende Rolle. Gravierende Menschenrechtsverstöße wie Folter oder außergerichtliche Hinrichtungen waren ihre grausame Realität.

Der Übergang

Nach 40 Jahren Diktatur starb Franco 1975 friedlich – im Gegensatz zu anderen Diktatoren wie Mussolini oder Hitler – im Bett. Die zukünftigen Strukturen Spaniens hatte er festgelegt. Die Monarchie von König Juan Carlos soll die Kontinuität des Regimes sichern sowie die Gefahr einer Abspaltung des Baskenlandes und eines kommunistischen Landes verhindern. Carlos sollte die sogenannte „Transición", den Übergang von der Diktatur zur glaubwürdigen europäischen Demokratie, führen. Dieser Übergang bestand aus einer rein oberflächlichen Änderung der Mächte. Armee, Polizei und Guardia Civil blieben unverändert, der Justizapparat änderte nur seinen Namen. Politiker, die jahrelang das Regime vertreten hatten, wurden plötzlich „Demokraten". Oppositionelle Parteien und Wahlen wurden erlaubt, aber im Gegenzug mussten diese die Monarchie und die „Änderung" der franquistischen Strukturen akzeptieren. Diese sogenannte „Versöhnung" ermöglichte Straflosigkeit für tausende Verbrechen. 40 Jahre Diktatur blieben ohne Aufarbeitung und die Androhung einer Machtübernahme seitens der Armee war bis Ende der 1980er Jahre präsent. 1981 übernahmen hunderte Putschisten der Guardia Civil das Parlament. Nach außen war der Putsch erfolglos, seine politische Ziele aber wurden erreicht: Monarchie und Armee wurden legitimiert und der Prozess einer regionalen Dezentralisierung wurde deutlich begrenzt.

Staatsterrorismus und Sozialdemokratie

Im Baskenland wurden die neue spanische Verfassung und die politischen „Änderungen" abgelehnt. Der bewaffnete Kampf der ETA und eine starke linksorientierte Bewegung für Selbstbestimmung stellten die neue „Demokratie" in Frage. Die Sozialdemokratische Partei Spaniens (PSOE) übernahm Ende 1982 die Macht. Unter Franco war ihre Rolle als Regimegegner gering. Die angepasste Haltung an die neue Monarchie, sowie die internationale Unterstützung (sie wurde von der SPD beeinflusst und finanziert) gab ihr viel Luft. Die PSOE war ein Instrument, um neoliberale wirtschaftliche Reformen umzusetzen, Spanien als glaubwürdige Demokratie in die EU zu holen und dabei die Guardia Civil, Polizei, Justiz und Armee im weiterhin (post-)franquistischen Staatsapparat zu führen. 1983 wurden in einem Aufstandsbekämpfungsplans – bekannt als „Zona Especial Norte" (ZEN) – Todesschwadronen der „Grupos Antiterroristas de Liberación" (GAL) vom spanischen Innenministerium gegründet, dirigiert und finanziert. Die GAL setzte sich aus Neofaschisten, Teilen der Guardia Civil und Polizisten zusammen. Sie verübte hunderte Anschläge gegen Personen und Gewerbe der baskischen linken Unabhängigkeitsbewegung. 28 Tote, darunter ein Journalist und ein Abgeordneter, sowie dutzende Verletzte sind die Bilanz der GAL. Mitte der 1990er wurden u.a. mehrere hochrangige Polizeibeamte, Politiker und Personen der Guardia-Civil wegen Mordes zu mehreren Jah-



Der General der Guardia-Civil Enrique Rodriguez Galindo saß trotz rechtskräftigen Urteil wegen Entführung, Folter und Mord nur vier von 70 Jahren Haft ab.

Francos Grabstätte, das Valle de los Caídos (Nationalmonument des Heiligen Kreuzes im Tal der Gefallenen) ist eines der größten Mausoleen der Welt.

ren Haft verurteilt. Nur wenige davon saßen mehr als zwei Jahre im Gefängnis. Der Guardia-Civil-General Enrique Rodriguez Galindo etwa wurde im Jahr 2000 wegen der Entführung, Folter und Ermordung zweier ETA-Mitglieder (Joxean Lasa und Josi Zabala) zu mehr als 70 Jahren Haft verurteilt. Tatsächlich saß er nur 4 Jahre im Gefängnis und wurde 2004 freigelassen. Die GAL sind nur ein Teil der „Anti-Terror-Bekämpfung" gewesen. Gegen die Guardia Civil sind in den letzten 40 Jahren tausende Folteranzeigen erstattet worden. Nur Wenige mussten deswegen vor Gericht und noch weniger wurden verurteilt. Eine Mehrheit der Verurteilten wurde – von der rechten wie von der sozialdemokratischen Regierung – begnadigt. Die Regierungen haben somit die postfranquistischen Strukturen stets geschützt.

Verbotspolitik

Ende der 1990er Jahre setzte eine neue Verbotspolitik ein, die vom Justizapparat umgesetzt wurde. José María Aznar und seine postfranquistische, rechte Partido Popular (PP) – gegründet von Manuel Fraga (Innenminister unter Franco) – waren zurück an der Macht. Unter dem Motto „alles ist ETA", begründet in pseudojuristischen Theorien der „Audiencia Nacional", also dem „Sondergerichtshof" in Madrid (direkter Nachfolger des Gerichtshof „Tribunal de Orden Público" unter Franco) und unterstützt mit einer Medienkampagne, wurden zahlreiche Zeitschriften, Rundfunksender, Parteien, Gefangenenhilfe-Vernetzungen, Jugendorganisationen, und Kulturvereine im Baskenland verboten. Dazu kamen Verhaftungswellen der Polizei und Guardia Civil. Die Schließung von Egunkaria (einer Tageszeitung auf Baskisch) zeigte diese neue Strategie. Egunkaria wurde von der Guardia Civil geschlossen, die Redaktion und der Direktor verhaftet und drei Tage lang gefoltert. Die Zeitung solle Teil der „Propagandaabteilung der ETA" sein. Sieben Jahre später wurden alle Angeklagten freigesprochen. Viel früher wurden die Folteranzeigen eingestellt. Spanien wurde im Jahr 2012 vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte wegen der Folter von Martxelo Otamendi, dem Chefredakteur von Egunkarias, verurteilt. Doch die Nachfolger der Staatsstrukturen Francos blieben gestärkt und das ursprünglich regional geplante, nationale Sicherheitskonzept gilt nun für Dissident_innen im ganzen Staat.

Spaniens Krise und eine neofranquistische Offensive

Die Finanzkrise und das einseitige Ende des bewaffneten Kampfes der ETA haben seit 2011 andere politische Bedingungen geschaffen. Die „15. Mai-Bewegung" ist auch eine Mobilisierung gegen den status quo nach Francos Tod. Parallel ist in Katalonien die Unabhängigkeit zur Option einer Mehrheit der dortigen Bevölkerung geworden. Die einseitige Einschränkung der Autonomie, die Verachtung ihrer Sprache und Kultur als auch die katastrophalen Folgen der spanischen Wirtschaftspolitik stehen hinter diesen Änderungen. Das starke Auftreten von Podemos (ursprünglich eine Wahlplattform der Bewegung) bei den Europawahlen 2014 hat beim Post-Franco-Establishment die Alarmlichter angeschaltet. Die Reaktion war schnell: Der alte König Juan Carlos trat zurück, eine neue neoliberale Partei (Ciudadanos) als Vertretung der Empörten wurde gegründet und eine „nationale" Kampagne gegen Katalanen, Basken, „Kommunisten" und „Systemgegner" von 15M/Podemos in Kraft gesetzt. Seit 2015 gibt es eine neofranquistische Offensive, um Spanien zu retten. Die Krise Spaniens betrifft das Wirtschaftsmodell (korrupt und von alten Eliten kontrolliert), territoriale Fragen (Unfähigkeit zum Dialog mit den Unabhängigkeitsbewegungen), die Kontrolle sozialer Kräfte (feministische Bewegung vs. katholische Kirche, Arbeiter vs. Unternehmen) und den schlicht verrotteten alten Justizapparat. Die „nationale" Offensive richtet sich somit gegen „Separatisten", „kriminelle Migrant_innen" oder Feminist_innen. Die offen extrem rechte Partei VOX liegt über 10 Prozent in den Umfragen und der rechtsnationale Block (PP, VOX und Ciudadanos) könnten eine Regierungsmehrheit erreichen. Die mögliche Regierungsalternative von PSOE und Podemos (die kein Regimewechsel mehr fordert) ist kein Hoffnungsträger für eine Demokratisierung Spaniens. •

TITEL

Seit fast sieben Jahren sitzt mit „Chrysi Avgi", der „Goldenen Morgenröte" eine militante Neonaziorganisation im griechischen Parlament. Die bald vier Jahrzehnte alte Gruppierung erlangte in Zeiten der Krise unverhofften Zuwachs und setzte sich trotz kontinuierlicher Gewalthandlungen und eines laufenden Verbotsverfahrens als drittstärkste Partei im politischen System fest.

Griechenland: Tiefe Verstrickungen von extremer Rechter und dem Staat

MAIK FIELITZ

Bei den kommenden Europawahlen wird die Partei wieder an der 10 Prozent Marke kratzen. Als Gründe des Erfolgs werden auch der laxe staatliche Umgang und die starken Überschneidungen mit verschiedenen staatlichen Institutionen angeführt. Über Jahre hinweg zieht sich eine Spur des Wegschauens, des schweigenden Zustimmens und des offenen Kollaborierens. Oft wird in diesem Zusammenhang das Bild eines ‚tiefen Staates' gezeichnet, einer Art Parallelwelt, deren Akteure innerhalb des Staates einer extrem rechten Agenda folgen und zentrale Positionen besetzen.

Was zunächst nach Verschwörungstheorie klingen mag, ist ein jahrelang gewachsenes, loses Netzwerk aus Juntatreuen Militärs, rassistischen Polizist_innen und antisemitischen Kirchenoffiziellen, das eng mit den oligarchischen, ultra-konservativen Strukturen in Wirtschaft und Politik verwoben ist. Nach der antiautoritären Revolte 2008 und der damit einhergehenden Polarisierung wurden diese Strukturen reaktiviert und fanden mit der „Goldenen Morgenröte" eine Verbündete im Kampf gegen die radikale Linke und die griechische Demokratie.

Horte des Nationalismus

Nach dem Fall der Militärdiktatur 1974 war die extreme Rechte in Griechenland zerstreut und weitgehend bedeutungslos. Trotz hoher Zustimmungswerte zu rassistischen, antisemitischen und chauvinistischen Einstellungen in der Bevölkerung konnte sie sich lange Zeit weder auf der Straße noch in den Parlamenten etablieren. Das änderte sich mit der ultrarechten Partei „Laikós Orthódoxos Synagermós" (LAOS), die 2004 erstmalig ins Parlament einzog. LAOS predigte einen aggressiven, christlich-orthodoxen Traditionalismus und hetzte gegen Jüd_innen, Migrant_innen und Homosexuelle. Sie reaktivierte Slogans aus der Junta-Zeit, pries das Militär als letzte Bastion des griechischen Nationalismus und betätigte sich in der Umschreibung der Geschichte – mit Unterstützung orthodoxer Priester. Kirche und Militär, als Horte des griechischen Nationalismus, sind bedeutende Scharniere für die extreme Rechte, über die sie in die Gesellschaft wirken. Nachdem LAOS 2011 als Teil der Übergangsregierung die Sparmaßnahmen mit legitimierte, sank ihr Stern in rechten Kreisen und ebnete den Weg für die „Goldene Morgenröte", die bereits versuchte, erste Nachbarschaften in Athen unter ihre Kontrolle zu bringen. Unweit entfernt vom linken Stadtteil Exarchia proklamierte sie den Bezirk Agios Panteleimonas als ihre Hochburg. Sie inszenierte sich als Ordnungsmacht und wurde dabei von der Kirche hofiert.[1] Auf dem zentralen Platz vor der Kirche prangte jahrelang der Slogan „Ausländer raus aus Griechenland", ohne dass es die Geistlichen gestört hätte.

Antifaschistische Demonstrationen wurden gemeinsam von Polizei und „Morgenrötlern" angegriffen; bei rassistischen Hassverbrechen ermittelte die Polizei wiederholt gegen die Opfer und drückte bei rechten Tätern gern ein Auge zu. Selbst aus der Regierung gab es Rückendeckung. 2013 äußerte der konservative Abgeordnete Michalis Tamilos, dass der Regierung die „Goldene Morgenröte" mit ihren Aktionen, die Nachbarschaften ‚von den Ausländern' zu säubern, gelegen kam und somit keine politischen Kosten für Regierung und Polizei entstanden.[2]

Kurzer Draht: Polizei und Neonazis

Im Jahr 2012 wählten 50 Prozent der Polizei die „Goldene Morgenröte". Ilias Kasidiaris, Pressesprecher der Partei, betont in Interviews die guten Beziehungen zur Polizei. Dokumente, die bei Razzien sichergestellt wurden, zeigen, wie die Stoßtrupps der Organisation von Militärs ausgebildet wurden. Es gehört zur Ironie des Schicksals, dass Kasidiaris selbst wegen der Anstiftung zu Gewalt gegen die Polizei bei einer Veranstaltung in Kreta im Jahr 2012 auf der Anklagebank saß.[3]

Über Jahre hinweg versuchte seine Partei, verschiedene Einheiten zu infiltrieren, etwa die Polizeiwache in Nikaia, der Nachbarschaft, in der der antifaschistische



Bild: Screenshot youTube

17. Januar 2018: Eine Demonstration („Mazedonien ist Griechisch") von Priestern um Bischof Amvrosios von Kalavryta (Mitte mit Gandalfbart) in Aegio.

Rapper Pavlos Fyssas ermordet wurde. Nach dem Mord, bei dem anwesende Beamte einer Motorradeinheit nicht einschritten[4], wurde eine gesamte Einheit aufgelöst. Es stellte sich heraus, dass ein permanenter Draht zwischen der „Goldenen Morgenröte" und der Wache bestand.

Es ist auch kein Zufall, dass sich innerhalb der „Goldenen Morgenröte" eine Reihe von (Ex-) Militärs finden. So zogen etwa zwei ehemalige Generäle für die Partei ins Europaparlament ein. Die Nähe zu hochrangigen Militärs polierte das Image der Partei auch in moderateren Kreisen auf.

Straflosigkeit

Eine weitere Dimension der Koalition zwischen Staat und extremer Rechten stellt die Inaktivität der Justiz dar, die rassistische Straftaten kaum ahndet und damit einer Kultur der Straffreiheit Vorschub leistet. Diskriminierende Sprache kann so offen wie in kaum einem anderen Land geäußert werden. Für Empörung sorgten jüngst die Aussagen des Metropoliten von Kalavrita Amvrosius. „Abschaum der Gesellschaft! Reden wir Klartext: spuckt auf sie!" postete er auf seinem Blog.[5] Erst in zweiter Instanz wurde der Geistliche für Hassrede und Gewaltaufrufe gegen Homosexuelle verurteilt. Amvrosios selbst war General unter der Militär-Junta und im Polizeidienst der griechischen Demokratie. Er bezeichnete die „Goldene Morgenröte" als „eine süße Hoffnung für die verzweifelten griechischen Bürger".[6] Dass solche Einstellungen keine isolierten Fälle sind, zeigte sich während der nationalistischen Demonstrationen gegen das Mazedonien-Abkommen, wo Priester gemeinsam mit militanten Neonazis aufmarschierten.

Der linke (Un)Willen

Alles sollte anders werden. So war zumindest der Plan, als die linke Partei Syriza in Aussicht auf die Regierungsübernahme ein denkwürdiges Treffen einberief. Im November 2014 versammelte sich eine einmalige Mischung aus Linksradikalen, kritischen Wissenschaftler_innen, Syriza-Parteikadern und Mitgliedern der Polizeigewerkschaft, um über Wege und Möglichkeiten der Demokratisierung des griechischen Polizeiapparats zu diskutieren.[7]

Die Expertise versandete so schnell wie die markigen Sprüche. Großspurig tönte man, die strukturellen Defizite anzugehen, eine neue Polizeikultur zu etablieren und stärker gegen Amtsmissbrauch vorzugehen. Was bleibt ist Ernüchterung. Der bis September 2015 zuständige Minister war der Ansicht, dass die Polizei in der Lage sei, sich selbst zu säubern. Für seinen Nachfolger erhielt das Thema keine Priorität. Auch das für Rechte prestigeträchtige Verteidigungsministerium hat unter der Leitung des Vorsitzenden der nationalistischen Partei „Anexartiti Ellines" (ANEL), Panos Kammenos, den Status Quo verteidigt. Georgios Papanicolaou, einer der Autoren einer 2014 verfassten Studie zu den Möglichkeiten der Demokratisierung des Sicherheitsapparats[8], kam auf Nachfrage zu folgendem Schluss: „Ich fürchte, dass Syriza diese Diskussionen selbst unterdrückt, da es weder die politische Fähigkeit noch die politische Entschlossenheit oder den Wunsch hat, politisch in den Polizeiapparat einzugreifen." Dies zeigt auch der (diskursive) Umgang mit Fällen von Polizeigewalt unter Syriza. Der Mord am queeren Aktivisten Zak Kostopoulos und der Tod von Ebuka S. in Polizeiarrest – beide mit einer sehr fragwürdigen Rolle der Polizei – wurden von Syriza öffentlich kaum thematisiert.[9]

Regieren und Herrschen sind bei weitem nicht deckungsgleich. Es war klar, dass Polizei, Kirche und Militär nicht auf einen Schlag von ihren reaktionären Kräften gesäubert werden. Allerdings wurde eine Chance vertan, mit den anti-demokratischen Strukturen zu brechen, die ihren Einfluss auf Wirtschaft, Politik und Medien geltend machen. Mit Blick auf die Zukunft sieht es umso düsterer aus: In der in Umfragen führenden konservativen Partei Nea Dimokratia haben Abgeordnete mit extrem rechter Vita das Sagen. Somit beschränkt sich das Problem bei weitem nicht auf eine Neonazipartei. Ganz im Gegenteil: Ideologen nutzen bestehende Strukturen, um die Gesellschaft umzugestalten. Der Faschismus entsteht somit auch und vor allem „in den bestehenden autoritären Strukturen, in den am stärksten von der Öffentlichkeit abgeschirmten Räumen, wie Polizei und Geheimdiensten, die sich als perfekte Brutstätten erweisen."[10] •

1 Dalakoglou, Dimitris; Vradis, Antonis (2011): Spatial Legacies of December and the Right to the City. In Antonis Vradis, Dimitris Dalakoglou (Hg.): Revolt and crisis in Greece. Between a present yet to pass and a future still to come. Oakland, Calif.: AK Press & Occupied London. **2** Kauder, Jonas (2013): Spannung ohne Strategie. Jungle World. **3** Kasidiaris wurde aus Mangeln an Beweisen freigesprochen. Allerdings gibt es weiteres Videomaterial, das ihn als Teil nationalistischer Ausschreitungen zu erkennen gibt, die sich u.a. auch gegen die Polizei richteten. **4** Forensic Architecture (2018) The Murder of Pavlos Fyssas. **5** Aswestopoulos, Wassilis (03.02.2019): Was darf die Kirche. Telepolis. **6** ebd. **7** Papanicolaou, Georgios, Rigakos, George (2015): Golden Dawn and the "Dark Forces". Jacobin. **8** Papanicolaou, Georgios; Rigakos, George S. (2014): Democratizing the Police in Europe with a particular Emphasis on Greece. Hg. v. Transform, Poulantzas Institute und Rosa Luxemburg Foundation. **9** Fielitz, Maik (2018): Lynchjustiz in Athen. In: Jungle World 40/2018; The Press Project (18.02.2019): Migrant wurde in Omonoia von der Polizei ermordet **10** Fekete, Liz (2016): Europe's Far Right in Flux. In: Maik Fielitz und Laura Lotte Laloire (Hg.): Trouble on the Far Right. Contemporary Right-Wing Strategies and Practices in Europe. Bielefeld: transcript Verlag, S. 30

TITEL

In den USA kann man alles werden, so sagt man. Auch Polizist, selbst wenn man ein führender Neonazi innerhalb des „Blood & Honour“-Netzwerkes war. 2017 berichteten wir über den zum kommissarischen Polizeichef in Oklahoma ernannten Bart Alsbrook und seine Vergangenheit in der militanten Neonazi-Szene[1]. Folgend ein Update zu diesem Fall und warum Alsbrooks Aktivitäten nicht „water under the bridge“ sind.

Man with a badge

Neonazi im Polizeidienst der USA

„Ich würde wirklich gerne wissen, was all die C18-Krieger so tun (...) “. So kommentierte Yves Rahmel einen Ausschnitt eines „Kriegsberichter“-Videos in den sozialen Netzwerken. Das Video zeigt ein Interview mit Alsbrook zum Thema „Musikalischer Aktivismus vs. Kampf im realen Leben“[2]. Alsbrook war bis in die 2000er Jahre einer der wichtigsten Ansprechpartner des „Blood & Honour“(B&H)-Netzwerkes und dessen bewaffneten Arm „Combat 18“ (C18) in Texas und erschien in zahlreichen Videos von „Kriegsberichter“. Kommentator Rahmel aus Chemnitz ist bis heute eine der einflussreichsten Schnittstellen im RechtsRock-Geschäft in Europa, u.a. durch seine enge Anbindung an das Neonazi-Label „PC Records“. Auf die Frage von Rahmel antwortet Alsbrook: „Klar. Weil dir ja auch jeder sofort Bericht erstattet.“ „Bart Alsbrook, du bist der Polizist. Ich denke du bekommst diese Information zuvor“, kontert wiederum Rahmel. Die Kommentarspalte ist lang und wirkt wie ein Who-Is-Who der alten B&H-Riege. Neben Rahmel findet man dort exponierte Personen dieses Netzwerks aus Europa, sowie weitere aus den USA. Etwa Jon Pressley aus North Carolina, der sich bis heute als Kopf von C18 in den USA ausgibt. 2018 reiste er u.a. ins sächsische Ostritz, wo sich im April zahlreiche C18-AktivistInnen aus ganz Europa auf dem Neonazi-Festival „Schild & Schwert“ trafen. Das Video, unter dem Alsbrook zahlreiche Kommentare zur Rolle von „Blood & Honour“ hinterließ, wurde am 1. September 2018 von



Marko „Jäsa“ Jarvinen veröffentlicht. Er ist der Hauptverantwortliche der „Kriegsberichter“-Videoreihe und inszeniert sich bis heute als Repräsentant von C18 in Finnland.

Nichts Falsches getan

Nur ein Jahr zuvor, im August 2017, wurde Alsbrook zum neuen kommissarischen Polizeichef in Colbert, Oklahoma ernannt. Dieses Amt in der Kleinstadt hatte zuvor in kurzen Abständen die Leitung gewechselt. Anders als etwa der vorletzte Leiter der Polizeistation, ist Alsbrook zertifizierter „Reserve Officer“. Um jedoch zum Polizeibeamten mit voll-umfänglichen, rechtlichen Befugnissen zu werden, bedürfte es eines weiteren Zertifikats. Dieses hätte er nach sechs Monaten erhalten. Kurz nach seiner Ernennung deckte der Sender „KXII-TV“ seine Aktivitäten innerhalb von B&H und C18 auf. Alsbrook bot darauf seiner Wache an, freiwillig aus dem Dienst zurückzutreten. Der Sprecher der Stadtverordneten in Colbert reagierte auf die Recherchen jedoch nur mit den Worten, „dass man nicht möchte, dass er geht, da er nichts getan hätte was seinen Rausschmiss rechtfertigen würde“. Alsbrook verließ die Wache in Colbert dennoch, wurde jedoch kurze Zeit später als „Reserve Officer“ einer Wache in der nur wenige Kilometer entfernten Kleinstadt Achille eingestellt. „Wir berücksichtigen keine Ereignisse, die 20 Jahre zurück liegen“, hieß es von Seiten der Stadt auf Nachfrage der Nachrichtenseite „Harold Democrat“. „Ich habe vor 15 Jahren all den rassistischen Kram hinter mir gelassen“, sagte Alsbrook 2017 dem selben Nachrichtenportal auf Anfrage. Nun, dies würde bedeuten, er hätte seit 2002 nichts mehr mit der Neonazi-Szene zu tun.

Links: Bart Alsbrook, Anfang der 2000er Jahre in einem Interview für die Dokumentation „Skinhead Attitude", Quelle: Screenshot YouTube
Rechts: Einer von Alsbrook in den sozialen Netzwerken 2016 geteilten Beiträgen, kommentiert von einem C18-Aktivisten aus Australien.



Bild Screenshot facebook

Nicht-öffentliche Kommentare sowie für jeden auffindbare Beiträge Alsbrooks in den sozialen Netzwerken sprechen jedoch für das Gegenteil. 2016 wünschte er etwa Jens-Uwe Arpe, Sänger der B&H-Band „Kraftschlag" alles Gute zum Geburtstag und postete Bilder eines Schnellfeuergewehrs, das von einer vermummten Frau, bekleidet in einem T-Shirt von „Blood & Honour", präsentiert wird. 2017 veröffentlichte ein australischer C18-Aktivist die Meldung, dass ein Antifaschist in Russland von Neonazis getötet wurde. Alsbrooks Kommentar: ein Link zu einem Musikvideo der Sixties-Pop-Band „Dave Clark Five", in deren bekanntesten Song im Refrain gesungen wird: „Sha na na na hey hey hey goodbye" – eine Verhöhnung des jungen Antifaschisten, der im Februar 2017 in St. Petersburg getötet wurde. „Likes" hinterlässt Bart Alsbrook ebenfalls nicht wenige bei einschlägigen Seiten. Etwa bei einem Bild von Hitler im Kleinkindalter, dass eine deutsche Neonazi-Aktivistin mit den Worten „Junge kommt bald wieder" im April 2017 verbreitet hatte, wie auch jüngst bei Bildern, die von dem C18-Aktivisten Jon Pressley im Februar 2019 in den sozialen Netzwerken erschienen. Darauf ist Donald Trump abgebildet, dazu ein Schild welches in vulgärem Slang Kommunist_innen sexistisch beleidigt.

„Stille" Mitgliedschaft?

Alles „water under the bridge", wie Alsbrooks aktueller Arbeitgeber behauptet? Sicher nicht, denn auch von Seiten aktiver Neonazis scheint man Alsbrooks Meinung zur Entwicklung der Szene immer noch wertzuschätzen. In Kommentarspalten erklärt dieser 2018 ausgiebig, was seiner Ansicht nach B&H bedeutet und bemängelt Fehlentwicklungen dieses Netzwerkes. Dabei geht er auf die Musikindustrie innerhalb der Organisation ein und lästert über ehemalige Mitstreiter. Allen Beteiligten ist dabei klar, dass Alsbrook ein „man with a badge" ist, wie ihn Marko „Jäsa" Jarvinen bezeichnet. „Es gibt einen Grund, warum Hitler die SA zerstört hat", schreibt Alsbrook in Bezug auf Neonazi-Aktivisten, denen es nur um Musik und Geld gehe. Die Art und Weise, wie sich Alsbrook in den Diskussionen einbringt, wirken wie die eines „stillen Mitglieds" bzw. wie die eines Aktivisten „im Ruhestand". Es fallen keine Anschuldigungen, Spitzelvorwürfe oder Unterstellungen, dass er nicht mehr „zur Sache" stünde. Vielmehr wirkt es, als ob man seinen Formulierungen zustimmt und stolz auf „El Barto" ist. Auf Marko „Jäsa" Jarvinens Webseite „Ainaskin-Media" – das für die Produktion der „Kriegsberichter"-Videos zuständig ist – wird ein Beitrag von Alsbrook für das Videomagazin mit den Worten beworben „Tattoos & Beer featuring an Oklahoma Sheriff (no joke!)"[3].

Rassistische Grundstimmung

Was es bedeutet, ehemalige oder „stille" B&H-Aktivisten im Staatswesen, etwa als Polizisten anzutreffen, darüber könnten US-Bürgerrechtsbewegungen lange berichten. Die Zustände im Mittleren Westen haben sich in den letzten Jahren verschlimmert. Der tief in der dortigen Gesellschaft verankerte Rassismus komme immer mehr zum Vorschein. Eine der ältesten Gruppen innerhalb der Bürgerrechtsbewegung, die „National Association for the Advancement of Coloured People" (NAACP), hatte 2017 sogar eine Reisewarnung für Missouri, einem Nachbarstaat von Oklahoma, ausgesprochen. 2014 wurde in Furgeson, Missouri der schwarze Jugendliche Michael Brown von einem Polizisten erschossen, Stimmen seitens der Bürgerrechtler wurden lauter und mit ihnen wuchsen Kampagnen wie „Black Lives Matter". RassistInnen nutzten die Ausschreitungen nach dem Mord an Brown, um mit Ressentiments die Gesellschaft zu spalten. 2017 kam es zu einer Gesetzesänderung in Missouri, die Klagen gegen Kündigungen aufgrund von Diskriminierung am Arbeitsplatz erschweren sollen. Im selben Jahr stellte der Generalstaatsanwalt von Missouri fest, dass Polizist_innen zu 75 Prozent häufiger schwarze Autofahrer_innen anhielten. Offen sichtbarer, institutioneller Rassismus, sei es durch Racial Profiling seitens der Polizei oder durch Gesetzesänderungen wie in Missouri, ist auch eine Folge der Ernennung Donald Trumps zum Präsidenten. Neonazis und „White Supremacists"[4] fühlen sich so ermächtigt, wie schon lange nicht mehr. Die alte Riege um Personen aus der „Hammerskin Nation" und aus „Blood & Honour/Combat 18" sieht sich berufen, das (gewalttätige) Vordringen der extremen Rechten zu unterstützen – nicht zuletzt auf Aufmärschen wie in Charlottesville. „Männer mit Dienstmarke" wie Bart Alsbrook dürften für den nötigen Rückenwind seitens des Gesetzes sorgen. Neben dem Einfluss auf seine jetzige Tätigkeit als „Reserve Officer" wäre retrospektiv zu klären, ob Alsbrook in Dallas, Texas schon vor 2017 im Polizeidienst tätig war. Denn genau darauf deuten Kommentare in den sozialen Netzwerken. •

1 Siehe AIB Nr. 116 „Von Blood & Honour zum Polizeichef" **2** Kriegsberichter Vol. 6, Chapter 06 „B&H Battle beyond stardom". **3** Kriegsberichter Vol. 2 **4** „white supremacy", deutsch: „weiße Vormachtstellung"

TITEL

Rechte Akteure in deutschen Sicherheitsbehörden

ERSTVERÖFFENTLICHT VON SIMONE RAFAEL BEI BELLTOWER
ERGÄNZT UND REDIGIERT VOM AIB

Studien über Rassismus in Polizei und Justiz werden von Innenbehörden in der Regel nicht selbst initiiert und es werden keine Statistiken über extrem rechte Vorfälle geführt. In die Öffentlichkeit gelangen diese nur, wenn Bürger*innen oder Medien davon berichten oder sie im Zuge von Gerichtsverfahren ans Licht kommen. Die Kriminalpolizei führt zwar Lagebilder über politisch motivierte Straftaten, diese sind aber nicht nach Berufsgruppen aufgeschlüsselt. Die Bundesregierung kann nur wenige Angaben für die eigenen Behörden machen. So wurden bei der Bundespolizei seit 2016 acht Disziplinarverfahren wegen „Rechtsextremismus-Verdacht" eingeleitet. Drei Verfahren laufen noch, fünf endeten mit einer Entlassung aus dem Dienst. Wie der Militärische Abschirmdienst (MAD) mitteilte, gerieten 270 Soldaten und Angehörige der Bundeswehr im Jahr 2018 unter „Rechtsextremismus-Verdacht". In vier Fällen wurden hier disziplinar- und personalrechtliche Verfahren eingeleitet. Beim Bundeskriminalamt gibt es demnach keine Verfahren. Beim Zoll läuft derzeit noch ein Verfahren aus 2017.

Eine – sicherlich unvollständige – Auflistung von pressebekannten Vorfällen in den letzten Jahren (Stand März 2019):

März 2019, Sachsen:
Nach Recherchen der „Die Zeit" möchte der sächsische AfD-Landtagsabgeordnete Carsten Hütter mit seinem neuen Verein Exfeisa (Extremismusfreies Sachsen) gegen „jede Form von Extremismus" vorgehen als „Pendant" zur „sehr große(n) Vereinslandschaft gegen rechts". Sichtbar ist bisher nur ein Vereinsprojekt: die Schülerzeitung „Jugend spricht" aus Weißwasser in der Lausitz. Kontaktmann für die Schüler der Zeitung ist Sebastian Wippel, AfD-Landtagsabgeordneter und Schatzmeister des Vereins. Neben seinem politischen Amt arbeitet Wippel in Teilzeit als Oberkommissar bei der Polizei. Die nötigen sieben Personen für die Vereinsgründung habe man „im eigenen Umfeld" gefunden. Darunter Achim Exner, der in der Anfangszeit von PEGIDA im Organisationsteam aktiv war oder Felix Menzel, Redakteur des neurechten Magazins „Blaue Narzisse".

Februar 2019, Nürnberg, Bayern:
Ein Fackelmarsch von Neonazis von einer Flüchtlingsunterkunft zum ehemaligen NS-Reichsparteitagsgelände wird von zwei Zivilbeamten beobachtet, ein Einschreiten sei aber „taktisch nicht zielführend" gewesen.

Januar 2019, Schlüchtern, Hessen:
Am 27. Januar werden an der Polizeistation die Flaggen der BRD und des Landes auf dem Kopf stehend gehisst. Dies wird z.T. in „Reichsbürger"-Kreisen praktiziert. Wegen Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole sowie Volksverhetzung ermittelt der Staatsschutz erst, als festgestellt wird, dass es sich bei diesem Datum um den internationalen Gedenktag der Opfer des Holocausts handelte. Die an diesem Tag eingesetzten Beamten wurden an andere Dienststellen versetzt.

Januar 2019, Vogelbergkreis, Hessen:
Im Zuge von Ermittlungen wegen Drohbriefen gegen die Anwältin Seda Başay-Yıldız und eine danach entdeckte extrem rechte Polizist*innen-Chatgruppe kommt es bei zwei hessischen Polizisten zu Hausdurchsuchungen. Bei einem 44-Jährigen finden die Beamten Waffen und Munition und ein „museal eingerichtetes Zimmer mit diversen NS-Devotionalien", darunter historische SS-Uniformen. Einem zweiten 35-jährigen Polizisten wird vorgeworfen, dem 44-Jährigen Nachrichten mit „mutmaßlich volksverhetzenden Inhalten" aufs Handy geschickt zu haben. Sie sollen der „Reichsbürger"-Szene nahestehen.

Januar 2019, Frankfurt, Hessen:
Die Rechtsanwältin Seda Başay-Yıldız erhält ein zweites Drohschreiben, wieder unterzeichnet mit „NSU 2.0", wieder mit rassistischen Beschimpfungen und persönlichen Daten, diesmal auch von ihrem Vater, ihrer Mutter und ihrem Mann.

Januar 2019, Halle, Sachsen-Anhalt:
Im Strafverfahren gegen Neonazis vor dem Landgericht Halle wird bekannt, dass es Ermittlungen gegen einen weiteren hessischen Polizeibeamten wegen Verbindungen zu den Beschuldigten gibt, diese traten als Gruppe „Aryans" (Arier) auf. Die angeklagte Frau hatte zuvor einen hessi-

schen Polizeibeamten um eine Datenabfrage über ihren Freund und Mitangeklagten gebeten und diese Daten auch bekommen. Gegen den Beamten wird wegen Geheimnisverrats ermittelt. Gegen die „Aryans" wird wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung ermittelt.

Dezember 2018, Hessen:
Im Zuge von Ermittlungen wegen Drohbriefen gegen die Anwältin Seda Başay-Yıldız wird eine extrem rechte Chat-Gruppe der Frankfurter Polizei entdeckt: In der Gruppe „Itiot" wurden mindestens 50 Naziparolen, Hitlerbilder, rechte Karikaturen, menschenverachtende Darstellungen von Geflüchteten und Behinderten und entsprechende Videos ausgetauscht. Sieben Beamte und eine Zivilangestellte des 1. Frankfurter Polizeireviers stehen unter Verdacht, Teilnehmende der Gruppe zu sein, und sind vom Dienst suspendiert.

Dezember 2018, Frankfurt, Hessen:
Die Rechtsanwältin Seda Başay-Yıldız erhält ein Droh-Fax, dass mit „NSU 2.0" unterschrieben ist und unter anderem unter Angaben von nicht-öffentlichen persönlichen Daten androht, ihre zweijährige Tochter zu ermorden. Als sie den Fall anzeigt, führt die Spur der Ermittlungen zu einem Computer im Polizeipräsidium Frankfurt, über den ohne Grund die persönlichen Daten der Anwältin abgefragt wurden, die die anonymen Briefschreiber offenbar kannten. Zugang zum Computer hatten fünf Beamt*innen, deren Büros und Handys daraufhin durchsucht werden. Der Innenminister von Hessen möchte im Dezember 2018 nicht von einem Netzwerk sprechen, und auch nicht darüber, dass es interne Ermittlungen offenbar seit einem halben Jahr gibt.

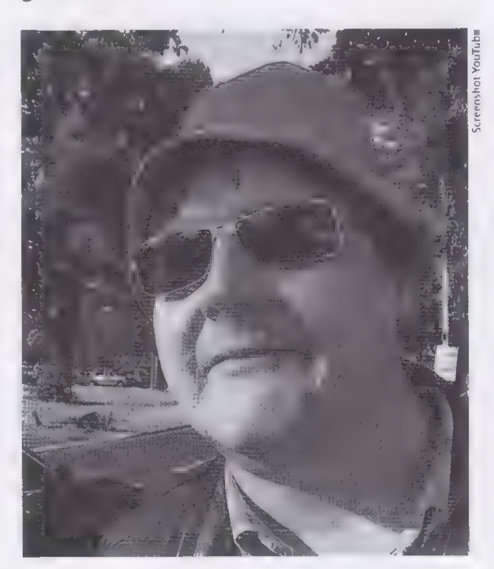
Dezember 2018, Berlin:
Ende 2017 bekamen 42 Menschen, die der linken Berliner Szene zugeschrieben wurden, anonyme Drohbriefe: Ihre persönlichen Daten – teilweise aus polizeilichen Ermittlungen gegen die linke Szene stammend, mit Fotos aus Ermittlungen und Beständen des Landeseinwohneramtes – sollten an rechte Strukturen weitergegeben werden. Absender der Briefe: Das „Zentrum für politische Korrektheit", wohl in Anlehnung an das oft gegen die extreme Rechte aktive „Zentrum für politische Schönheit". Ermittlungen ergaben Ende 2018: Absender war der Berliner Polizeibeamte Sebastian K. Er erhielt einen Strafbefehl wegen Verstoßes gegen das Berliner Datenschutzgesetz und musste 3.500 Euro zahlen, gilt damit weiterhin als nicht vorbestraft.

November 2018:
Die „tageszeitung" (taz) berichtet über ein Netzwerk von Soldaten und Rechten rund um den KSK-Soldaten André Schmitt (Pseudonym „Hannibal"), in dem sich Mitglieder der Spezialeinheiten der Bundeswehr und Polizeikräfte vernetzt haben, um u.a. auch Mord- und Putschpläne für den „Krisenfall" in Deutschland zu verabreden. „Hannibal" – und andere Chat-Mitglieder – sind auch im sogenannten Uniter-Netzwerk aktiv. Uniter ist ein Verein mit rund 1.000 Mitgliedern, der formell ein Unterstützungsverband für KSK-Kämpfer ist, aber inzwischen etwa auch Beamte aus SEK-Einheiten der Polizei aufnimmt. André Schmitt hat ihn mitgegründet. Der Verein soll bei Treffen zur Vorbereitung auf „Tag X" geholfen haben, bei denen es u.a. zu „Übungsschießen" kam.

November 2018, Leipzig, Sachsen:
Ein Polizeischüler aus Köln bricht seine Ausbildung bei der Polizei Sachsen ab und beschuldigt seine Mitschüler der Polizeifachschule Leipzig, in einer internen Chatgruppe rassistische Sprüche zu posten. Er kann den Rassismus, der an der Polizeischule als „normal" gilt, und zwar bei Azubis wie bei Ausbildern, nicht mehr ertragen und macht öffentlich: „Zum Beispiel hat nach der Silvesternacht in Köln 2016 ein Mitschüler in unsere WhatsApp Gruppe des Jahrgangs geschrieben: 'Wir sind aus Cottbus, Und nicht aus Ghana, Wir hassen alle Afrikaner.'

August 2018, Dresden, Sachsen:
Der Dresdener Justizvollzugsbeamte Daniel Z. fotografiert den Haftbefehl gegen einen mutmaßlichen Täter, der den Chemnitzer Daniel H. getötet haben soll – und leitet ihn an rechte Netzwerke weiter, wo er zur Mobilisierung einer rechter Großdemonstrationen in Chemnitz dient. Er wird vom Dienst suspendiert und es laufen Ermittlungen wegen Verletzung von Dienstgeheimnissen. Z. soll mittlerweile in die AfD eingetreten sein.

August 2018, Trier, Rheinland-Pfalz:
In Rheinland-Pfalz wird ein Polizeibeamter entlassen, der sich mit dem „Reichsbürgerspektrum" identifiziert. So habe er seinen Vorgesetzten als „Polizeivorstand und Bandenführer" bezeichnet und das Verwaltungsgericht als „Schiedsgericht" abgelehnt.


Screenshot YouTube

August 2018, Dresden, Sachsen:
Der „Hutbürger" Maik G. wird zu einer viralen Berühmtheit, als er auf dem Weg zu einer PEGIDA-Demonstration in Dresden einen Journalisten daran hindern will, ihn zu filmen – auch er arbeitet(e) bei der Polizei, er ist Mitarbeiter des LKA Sachsen. Er bleibt im Staatsdienst, aber nicht bei der Polizei.

Juli 2018, Berlin:
Ein Anti-Terror-Ermittler der Berliner Polizei steht im Verdacht, mit seinem Dienstvorgesetzten im Szene-Jargon von Rechten und Neonazis kommuniziert zu haben. Laut einem polizeiinternen Vermerk, der dem ARD-Magazin Kontraste, der Berliner Morgenpost und dem Norddeutschen Rundfunk (NDR) vorliegt, forderte der LKA-Beamte Michael W. in einer SMS an seinen Vorgesetzten, sich von „Merkel & Co und ihren scheiß Gut-Menschen" fern-

zuhalten. In einer weiteren SMS nutzte er als Abschiedsgruß die Ziffernkombination „88“. Im Jargon von Neonazis ein Code für „Heil Hitler“. Beide Staatsschützer arbeiteten für das Kommissariat, das für die Überwachung des Breitscheidplatz-Attentäters Anis Amri zuständig war. Der Oberkommissar erhält einen Verweis.

Juni 2018, Berlin:
Im Untersuchungsausschuss im Berliner Abgeordnetenhaus zum Fall Anis Amri und der Aufklärung des Anschlags auf dem Breitscheidplatz entsteht nach der Vernehmung eines LKA Beamten der Eindruck, dass ein Observationsteam für Anis Amri zugunsten der Überwachung der linken Szenekneipe „Kadterschmiede“ in der Rigaer Straße im Sommer 2016 abgezogen wurde. Amri sei ab 15. Juni 2016 nicht mehr beobachtet worden, weil die Rigaer Straße 94 dann Priorität gehabt habe. Dort war die Kadterschmiede am 22. Juni 2016 geräumt worden, was rechtswidrig war, wie später gerichtlich festgestellt wurde. Ex-Innensenator, Frank Henkel (CDU), wollte mit dem Vorgehen ein klares Zeichen setzen - drei Monate vor der Abgeordnetenhauswahl.

Sommer 2018, Heilbronn, Baden-Württemberg:
Justizbeamte schleusen gegen Bezahlung Handys und Drogen in das Gefängnis in Heilbronn. Im Zuge der Polizei-Ermittlungen fallen weitere Staatsbedienstete auf. Auf den Handys der Vollzugsbeamten finden sich in einer WhatsApp-Chatgruppe Hitler-Bilder, Hakenkreuze und Witze über den Mord an Juden in deutschen Konzentrationslagern. Die Justizbeamten waren nicht die einzigen, die diese Propaganda verbreiteten. In der Chatgruppe tauschten sich über ein Jahr lang mehrere Mitarbeitende des Heilbronner Gefängnisses aus.

August 2018, Aachen, NRW:
Das Bundesverwaltungsgericht bestätigt die Entfernung von Polizeihauptkommissar Wolfgang Palm aus dem Dienst: Dieser war Chef des Aachener Kreisverbands und Vizevorsitzende des Landesverbands der rechten „Bürgerbewegung pro Nordrhein-Westfalen“ (PRO NRW). Seine aktive



Screenshot twitter jgstadtmitte

Mitgliedschaft in der Partei begründe den Verdacht eines Verstoßes gegen die ihm obliegende politische Treuepflicht, denn die Zielrichtung der Partei sei mit dem Grundrecht auf Achtung der Menschenwürde unvereinbar. Im Mai 2012 wurde der Beamte suspendiert. Das Urteil des VG Düsseldorf im Hauptsacheverfahren wurde vom OVG Münster 2017 sowie vom BVerwG 2018 bestätigt.

März 2018, Thüringen:
Der Thüringer Polizeibeamte Torsten Czuppon (zeitweilig stellvertretende Sprecher des AfD-Kreisverbandes Kyffhäuserkreis-Sömmerda-Weimarer Land) trägt bei einem Lehrgang ein T-Shirt der bei Rechten beliebten Marke "Thor Steinar". Der Lehrgang hatte bereits 2017 stattgefunden, das Motiv "Save the white Continent" fiel jedoch erst auf, als ein Foto der Veranstaltung in der Zeitschrift "Polizei in Thüringen" landete. Bereits Anfang Dezember 2017 fiel er beim Bundesparteitag der AfD in Hannover auf, weil er dort als Delegierter ebenfalls ein „Thor Steinar“ T-Shirt trug.

November 2017, Berlin:
Das Bundesverwaltungsgericht entschied: Der frühere Berliner Polizist Andreas T. wird aus dem Beamtenverhältnis entfernt. Der Mann trägt u.a. die Noten des Horst-Wessel-Liedes als Tätowierung, zeigte den Hitlergruß und bewahrte in seiner Wohnung Nazi-Devotionalien auf. Er soll sich zeitweilig in den Kreisen der Berliner Hammerskins bewegt haben. (Vgl. AIB Nr. 117)

September 2017, Wurzen, Sachsen:
Ein Mitarbeiter des Spezialeinsatzkommandos (SEK) in Sachsen hatte bei einer Demonstration gegen Rassismus an seiner Uniform gut sichtbar einen Aufnäher befestigt, auf dem einer der zwei Raben Odins abgebildet ist. Das Symbol stammt aus der nordischen Mythologie und wird auch von der rechten Szene genutzt. Generell ist es Beamten untersagt, private Abzeichen oder Symbole an der Uniform zu befestigen oder zu tragen.

August 2017, Mecklenburg-Vorpommern:
Es kommt zu Razzien in mehreren Wohn-, Arbeits-, und Geschäftsräumen in Mecklenburg-Vorpommern wegen des Verdachts der Vorbereitung einer schweren Gewalttat. Ein Netzwerk namens „Nordkreuz“ soll vor allem unter der Leitung von zwei Männern geplant haben, im von ihnen erwarteten „Krisenfall“, Personen aus dem linken politischen Spektrum gefangen zu nehmen und umzubringen - was sie in Chats ausführlich besprachen. Hauptverdächtig sind ein Rechtsanwalt, ehemaliger Kommunalpolitiker und Sportschütze, Jan Hendrik Hammer, sowie ein Polizist, der LKA-Beamte Marco G., der in der Polizeiinspektion Ludwigslust arbeitet.

Oktober 2016: Georgensgmünd, Mittelfranken:
Im Oktober 2016 erschießt der „Reichsbürger“ Wolfgang Plan einen Polizeibeamten. Während der Ermittlungen offenbaren sich Kontakte zu zwei Polizisten, die in privater Verbindung zum Schützen stan-

den und ihn vor der Razzia, bei der seine Waffen konfisziert werden sollten, gewarnt haben sollen. Ein Oberkommissar aus Fürth soll Dienstrechner angezapft und Informationen über den „Reichsbürger" und die Ermittlungen gesammelt haben.

Mai 2016, Leipzig, Sachsen:
Im Mai 2016 wird bekannt, dass mindestens der Leipziger Polizist Fernando V. in intensivem Kontakt zur extrem rechten Szene steht. Der Mann soll sich über WhatsApp mit einem, vermutlich befreundeten, Neonazi ausgetauscht haben – auch über geheime Einsatzpläne. Außerdem sympathisiert er mit der rechten Gruppierung LEGIDA. Der Bereitschaftspolizist Fernando V. wurde daraufhin an die Polizeifachschule Leipzig als Fachlehrer versetzt. Ein zweiter Beamter steht zur selben Zeit wegen rechter Kommentare auf Facebook in der Kritik, ein dritter wegen Sympathiebekundungen zur Dresdner PEGIDA.

Januar 2016, Leipzig, Sachsen:
Bei einer Polizeikontrolle eines Fahrzeugs vermeintlicher linker Aktivist*innen ziehen die Beamten zur Gefahrenabwehr u.a. Pfefferspray und Funkgeräte ein. Ein Foto von den vor Ort aufgereihten Gegenständen sowie ein Foto eines Computerbildschirms, der den polizeilichen Vorgangsbericht zeigt, wurde später vom Twitter Account der NPD Leipzig sowie dem Leipziger PEGIDA-Ableger LEGIDA veröffentlicht. Die Staatsanwaltschaft Leipzig führte daraufhin ein Ermittlungsverfahren gegen zwei Polizeibeamte wegen des Vorwurfs des „Verletzens von Dienstgeheimnissen". Das Foto des Vorgangs wurde offenbar von einem Dienstcomputer abfotografiert und enthielt auch Namen und Geburtsdaten einiger kontrollierter Personen. Trotz der Bemühungen der Staatsanwaltschaft, Durchsuchungsbeschlüsse gegen die beiden Beamten zu erlangen, lehnte das Gericht derlei Maßnahmen ab, sodass das Verfahren im September 2017 wegen mangelnden Tatverdachts eingestellt wurde.

Oktober 2015, Brandenburg:
Der Brandenburger Polizist Norman Wollenzien (zeitweilig stellvertretender Vorsitzenden des AfD-Kreisverbandes Havelland) läuft beim Brandenburger PEGIDA-Ableger BRAMM mit Rechten und Neonazis mit, auf seinem selbstgemalten Plakat steht: „Antirassismus, weltoffen, bunt, Vielfalt sind Kennwörter für weißen Genozid" und „Europa den Europäern". Auf seinem Auto waren Aufkleber von der „Identitären Bewegung" und von der „Europäischen Aktion" befestigt. (Vgl. AIB 109)

September 2015, Uckermark, Brandenburg:
Die internen Untersuchungen zu „rechtsextremen Tendenzen bei der brandenburgischen Polizei" haben Konsequenzen für die Karrieren leitender Beamter. Der Chef der Polizeiinspektion Uckermark darf seine Dienstzeit nicht verlängern und muss in den Ruhestand gehen. Zwei weitere Spitzenbeamte sind vorübergehend in andere Bereiche versetzt worden. Zwangsbeurlaubt wurde eine 37-jährige Polizistin mit engen Verstrickungen in die Neonazi-Szene.

November 2015, Radebeul, Sachsen:
Die frühere PEGIDA-Aktivistin Kathrin Oertel hat im November 2015 in Radebeul mit ihrem Ex-Mann Frank O. vor einer Flüchtlingsunterkunft gegen den Einzug von Flüchtlingen protestiert. Dieser arbeitet beim Landeskriminalamt Sachsen in der Spezialabteilung für „extremistischen Islamismus". (Vgl. AIB Nr. 109)

November 2015, Gotha, Thüringen:
Die „Antifaschistische Gruppe Südthüringen" (AGST) veröffentlichte Ende November 2015 das Foto eines eingesetzten Bereitschaftspolizisten bei einer Neonazidemonstration am 28. November 2015 in Gotha, zu der das „Bündnis Zukunft Landkreis Gotha" aufgerufen hatte. Auf dessen Schlagstock waren die Reste eines regional bekannten rassistischen Aufklebers mit den Worten: „Bitte flüchten Sie weiter! Hier gibt es nichts zu wohnen! Refugees not welcome!" zu erkennen. Dieser Aufkleber kommt den Recherchen der Antifa-Gruppe nach aus dem Sortiment von „Druck 18", einem vom Neonazi-Funktionär Tommy Frenck betriebenen Onlineversand.

Februar 2015, Dresden, Sachsen:
PEGIDA-Gründer Lutz Bachmann veröffentlicht 2015 auf Facebook mehrere Screenshots, die Dokumente zu aktuellen Ermittlungsfällen in Dresden zeigen. Bachmann behauptet, er erhalte regelmäßig Akten der Polizei.

September 2015, Potsdam, Brandenburg:
Das Bundesverwaltungsgericht weist die Klage eines brandenburgischen LKA-Beamten ab. Am 18. November 2006 hatten Zivilbeamte den Kriminalkommissar als Teilnehmer eines Neonaziaufmarsches in Seelow erkannt, später wurde auch seine Teilnahme am „Heldengedenken" in Halbe 2005 sowie bei ähnlichen Veranstaltungen bekannt. 2007 endete das Disziplinarverfahren mit einem „Verweis". Zur Begründung hieß es: Die Teilnahme an den Veranstaltungen sei in besonderem Maße geeignet, die Achtung und das Vertrauen in einer für das Ansehen des Berufsbeamtentums bedeutsamen Weise zu beeinträchtigen. Denn damit entstehe der Eindruck, Polizeibeamte suchten eine Nähe zur rechtsextremen Szene oder sympathisierten mit ihr. Hiergegen klagte der Beamte in erster Instanz vor dem VG Potsdam 2011 mit Erfolg, in zweiter vor dem OVG Brandenburg und dritter Instanz vor dem BVerwG 2015 erfolglos. (vgl. AIB Nr. 75 und 109)

Mai 2014, Fürth, Bayern:
Die bayerische Bereitschaftspolizei hat ein internes Ermittlungsverfahren gegen eine Gruppe von Polizisten eingeleitet, nachdem beim Relegationsspiel zwischen Fürth und dem HSV auf einer Polizeikiste Aufkleber mit extrem rechten Botschaften entdeckt worden waren. Zu lesen ist etwa der Spruch „Anti-Antifa organisieren. Den Feind erkennen. Den Feind benennen". Ins Visier der internen Ermittler ist eine Gruppe der Würzburger Bereitschaftspolizei geraten, dem Vernehmen nach handelt es sich um bis zu zehn Polizisten. Schließlich bekennt sich ein 25- jähriger Beamter des USK dazu, die Aufkleber geklebt zu haben. Konsequenz: Er wird nicht mehr in Einsatzeinheiten etwa bei Fußballspielen oder Demonstrationen eingesetzt. •

TITEL

Juristisch fragwürdig wurde ein politisch motivierter Drohbrief aus Berliner Polizeikreisen gegen linke Stukturen ad acta gelegt.

Drohbrief aus dem Polizeicomputer

Am 22. Dezember 2017 erhielten drei linke Lokalitäten in Berlin einen Brief, dessen Absender sich als „Zentrum für politische Korrektheit" bezeichnete. In dem neun Seiten langen Dokument wurden 45 Personen namentlich aufgezählt. 21 der Personen wurden mit Bildern aus ED-Behandlungen[1] oder aus dem Melderegister des Landeseinwohneramtes abgebildet, 13 von ihnen sollten angeblich in dem linken Hausprojekt „Rigaer Straße 94" wohnen. Zusätzlich wurden weitere Wohnorte und persönliche Informationen (Urlaube, Haustiere) aufgelistet. Den Personen wurden politische Zusammenhänge, wie „Out of Control", „Red Stuff" oder schlicht „Antifa" zugeordnet. Zu den Beschreibungen gehörten auch Diffamierungen wie „Bullenspitzel"; „dünne Arme"; „Feuerteufel"; „Werfen wie Mädchen, peinlich mit denen was zu machen". Es gibt keine nachvollziehbaren Verbindungen zwischen den Aufgeführten, alle kommen aus unterschiedlichen Generationen antifaschistischer Organisierung, sind zum Teil nicht mehr organisiert und kennen sich zum größten Teil nicht. Trotzdem wird ihnen pauschal unterstellt, sie seien verantwortlich für strafbare Aktionen. Die Autor_innen (der gesamte Brief wurde im Plural verfasst) geben an, noch weitere Informationen wie „Telefonnummern, Autokennzeichen", „Namen Adressen Fahrzeuge Eltern Geschwister" zu besitzen und drohen mit der Weitergabe „an die Identitären die AN's[2] an Bullen". Die Zitate spiegeln die orthografischen Fähigkeiten der Verfasser_innen wider.

Nachdem die Hintergründe dieses Einschüchterungsversuches durch die Presse öffentlich wurden, war die „Fachdienststelle für Polizeidelikte" im Berliner Landeskriminalamt (LKA) gezwungen, zu ermitteln. Aufgrund der im Brief genutzten Daten, war der Schluss, dass die Polizei Berlin zumindest beteiligt war, naheliegend. Die Senatsverwaltung für Justiz erlangte offiziell erst durch die Berliner Beauftragte für Datenschutz davon Kenntnis und erbat mit Anordnung vom 16. Januar 2018 durch die Generalstaatsanwaltschaft Berlin bei der Staatsanwaltschaft Berlin einen Bericht. Durch die Berichtsanordnung habe man hier erstmals Kenntnis erhalten.[3]

Ermittlungen unter Kolleg_innen

Bei den Ermittlungen wurden über die Machine Identification Codes[4] das Druckermodell und die Seriennummer ermittelt und durch Europol mitgeteilt, an welche konkrete Firma das entsprechende Gerät verkauft worden war. Diese teilte mit, den Drucker an die Polizei Berlin geliefert zu haben. Daraufhin wurde das Druckerprotokoll angefordert, welches ergab, dass am 21. Dezember 2017 drei Dokumente mit jeweils neun Seiten von dem Polizeikommissar Sebastian K. ausgedruckt wurden. Zunächst konnte keine Verbindung zwischen dem Polizeibeamten und den im Brief genannten Personen hergestellt werden. Erst eine Befragung des Leiters der für „politisch motivierte Straftaten links" verantwortlichen Fachdienststelle LKA 521 ergab, dass der Brief von Mitarbeiter_innen seiner Abteilung verfasst worden sein muss, die Bilder jedoch veraltet seien. Auf Nachfrage gab er an, dass K. in der Auswerteeinheit des LKA 52 für linkspolitisch motivierte Kriminalität zuständig war, aktuell jedoch nicht mehr dort arbeite. Im Februar 2019 bezeichnet die Senatsverwaltung für Inneres und Sport den rechtskräftig zu einer Geldstrafe verurteilten K. (hier als „damals Beschuldigter" bezeichnet) als einen Mitarbeiter der Direktion Einsatz (Dir E). Sebastian K. war bis zum 9. September 2012 Mitarbeiter des LKA 64[5] und mit der „phänomenologischen Aufklärung" im Bereich der politisch motivierten Kriminalität beauftragt. Von 2013 bis 2015 war er in der Abteilung Polizeilicher Staatsschutz Links des LKA Berlin in der Auswerteeinheit (LKA 52 AE) tätig. In eben dieser Einheit ist seine Lebensgefährtin als Kriminalkommissarin tätig. Sie wurde nicht als Tatverdächtige geführt, obwohl sie im relevanten Zeitraum auf im Brief genannte Daten zugriff. Da sie dazu berechtigt gewesen sei, wurde sie als Zeugin vernommen. Eine kurze Open-Source-Recherche im Internet zeigt: Die Kriminalkommissarin war zuvor offenbar auch (partei)politisch aktiv. 2012 war in „Die Schwarzen Seiten", dem „Magazin der Jungen Union Sachsen und Niederschlesien", ein Beitrag über sie zu lesen (Niederschlesien liegt heute übrigens in Polen). In einem Interview mit der damals bereits rechts außen agierenden CDU-Frau Erika Steinbach lässt sich der politische Standpunkt des Heftes ablesen. „Sind Sie der Auffassung, dass Gauck (...) die Probleme der Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten vergisst?". Die CDU-Jugend berichtet unter dem Titel „Mit guter Mannschaft in die Wahljahre" auch über die Vorstandswahl

am 17. Februar 2012 in Torgau. Damit die Parteijugend „ihre politischen Ideen inhaltlich auch in die Parlamente tragen kann, bedarf es eines Vorstandes, der die jugendpolitische Organisation entsprechend führt". In diesem war sie mit der „Verantwortung für die Finanzen betraut.[6] Bei dem Beamten K. zumindest folgten Durchsuchungen seiner Wohnanschrift und der Diensträume. In seiner Wohnung wurde ein USB-Stick der Polizei Berlin – mit Klebeband umklebt – gefunden, welcher eine Power-Point-Präsentation mit dem Titel „Nervensägen" enthielt. Dieser Präsentation hat er laut LKA 342 sein Bildmaterial für die Briefe entnommen. Es wurden weitere Sticks, ein Ipad und ein Notebook beschlagnahmt, auf denen sich noch mehr Präsentationen und Hintergrundmaterial befanden. Beim LKA 52 AE bestand ein Teil seiner Aufgaben in Vortragstätigkeiten, die ihn bis 2015 dazu befugten, derartige Daten zu bearbeiten bzw. zu erstellen. Mit Hilfe seines – laut Eigenwerbung auf die Verteidigung von Polizisten spezialisierten – Rechtsanwalts Guido Fickenscher räumte K. im Juni 2018 ein, den Brief am Dienst-PC verfasst und zwei Exemplare verschickt zu haben, die Datei wurde dabei angeblich nicht gespeichert. Zudem gab er an, keine Helfer_innen gehabt zu haben und den Brief als Kurzschlussreaktion auf die Veröffentlichung von sogenannten „Fahndungsfotos" von Beamt_innen, die an der Räumung einer „Szenekneipe" in der Rigaer Straße beteiligt waren, verfasst zu haben.

Das Zentrum für politische Korrektheit
Übern Berg 1
12345 Berlin

Berlin

Wir haben Euren Fahndungsaufruf sehr Aufmerksam verfolgt und wollen uns solidarisch zeigen. Daher haben wir uns intensive Gedanken gemacht wie wir Euch unterstützen können. Also machen wir auch einfach einen Fahndungsaufruf den wir an beliebige Stellen verschicken wollen. Ob das jetzt an die Identitären die AN's an Bullen oder wen auch immer geht liegt nicht bei uns. Das entscheidet allein IHR! Da Ihr mit menschenverachtenden Methoden agiert und anderen Euren Lebensweg aufnötigt dachten wir uns dem ebenso nachzukommen. Eure Gesichter Namen Adressen Fahrzeuge Eltern Geschwister sind sehr lange schon bekannt.

Es gibt kein ruhiges Hinterland?!?! Stimmt genau! Der Toleranz sind erhebliche Grenzen gesetzt diese habt IHR nun überschritten. Wenn man damit droht das Leben anderer erheblich einzugrenzen und Szenarien zu kreieren die für Familien und Unbescholtene folgenschwere Einschnitte bedeuten dann sollt auch IHR ebenso in den selben Zustand versetzt werden.

Schon zu Beginn der Ermittlungen bat die Datenschutzbeauftragte des Landes Berlin um Mitteilung zum Stand des Verfahrens. Weder sie noch die Betroffenen, von denen mindestens zwei Anzeige erstatteten, wurden im Laufe des Verfahrens über den Sachstand informiert. Auch nach Abschluss der Ermittlungen erfolgte keine entsprechende Benachrichtigung. Erst, nachdem das Amtsgericht Tiergarten einen Strafbefehl ausstellte, der lediglich wegen des Verstoßes gegen das Berliner Datenschutzgesetz ausgefertigt wurde, und K. diesen akzeptierte, benachrichtigte die Staatsanwaltschaft einen Betroffenen-Anwalt. Im Strafbefehl wurde K. zu 50 Tagessätzen á 70 Euro verurteilt. Somit ist er nicht vorbestraft und das Verfahren abgeschlossen. Das Verfahren kann nun nicht wieder aufgenommen werden oder auf die Tatbestände Beleidigung oder Bedrohung ausgeweitet werden, da im Strafrecht eine mehrfache Bestrafung für die gleiche Tathandlung ausgeschlossen ist. K.'s Zugangsrechte auf das polizeiinterne Informationssystem POLIKS wurden zwischenzeitlich eingeschränkt und es läuft ein Disziplinarverfahren gegen ihn. Den Anwält_innen der Geschädigten und der Datenschutzbeauftragen wurde erst nach Rechtskraft des Strafbefehls Einsicht in eine stark gekürzte Ermittlungsakte gewährt. Der Akteneinsicht-Band umfasst lediglich 10 Seiten, der genaue Ablauf der Ermittlungen sowie die gefundenen Daten sind nicht ersichtlich. Die Einzeltäterthese ist wenig glaubhaft, wenn man bedenkt, dass einige der Informationen in den Briefen jünger als 2015 sind[7]. K. selbst hat in dem Zeitraum des Verfassens des Briefes nicht auf die Daten im POLIKS zugegriffen, seine Lebensgefährtin hingegen konnte das schon. Sie ist „verantwortlich" für mindestens zwei im Brief genannte Personen und für Gefahrenanalysen, welche als Grundlage für das Einsetzen operativer Mittel gelten. Durch ihre Arbeit beim LKA 52 AE hat sie Zugriff auf Informationen über Personen, die als linksmotivierte Straftäter_innen eingestuft wurden oder durch sie eingestuft werden. •

1 Szenekürzel für „Erkennungsdienstliche Behandlung" mit Fotos und Fingerabdrücken **2** Szenekürzel für „Autonome Nationalisten" **3** Abgeordnetenhaus von Berlin, Drucksache 18 / 17 665 **4** Ein digitales Wasserzeichen, das von bestimmten Druckern auf jeder gedruckten Seite angebracht wird. Der Code kann eine Identifikation des Geräts ermöglichen **5** Ehemals PMS (Politisch Motivierte Straßenkriminalität), heute MEK AOD (Mobiles Einsatzkommando für Aufklärung und operative Dienste) **6** Die Schwarzen Seiten, Nr. 2/2012, S. 27 **7** Vgl. rbb24: Drohbriefe eines Berliner Polizisten: Hatte er Helfer?, Georg Heil, 21.2.2019 www.rbb24.de/politik/beitrag/2019/02/drohbriefe-berlin-polizist-linke-szene-helfer.html

TITEL

Zum Umgang der Justiz mit extrem rechten Polizeibeamten

Eine Auswertung beamtenrechtlicher Disziplinarverfahren in der Rechtsprechungsdatenbank „juris"

MICHAEL PLÖSE

Die Treuepflicht des Beamten gehört zu den „hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums", die das Grundgesetz in Art. 33 Abs. 5 statuiert. Danach muss sich der_die Beamt_in mit den Prinzipien der verfassungsmäßigen Ordnung ohne innere Distanz identifizieren. Hierzu gehört auch die Neutralitätspflicht des Beamten, der „sozusagen als Staat Befehle geben kann"[1]. Auch außerhalb des Dienstes unterliegen die Beamt_innen daher einer Pflicht zum „außerdienstlichen Wohlverhalten". Anforderungen dieser Art dienen in erster Linie dem Schutz des Vertrauens der Öffentlichkeit „in eine dem freiheitlichen demokratischen Rechtsstaat verpflichtete Beamtenschaft". Auf diesen beamtenrechtlichen Statuspflichten beruhen die nachfolgend dargestellten Entscheidungen der Verwaltungsgerichte, wenn sie in einer Vielzahl aktueller Verfahren die persönliche Eignung von Polizeianwärter_innen bezweifeln oder die politische Treuepflicht von auf Lebenszeit berufenen Beamt_innen durch ihr außerdienstliches Verhalten verletzt sehen. Wenn Polizeipräsident_innen in Disziplinarverfahren heute verkünden, dass „ausländerfeindliche, antisemitische und diffamierende Äußerungen [...] berechtigte Zweifel an der Verfassungstreue und der persönlichen Eignung eines Polizeianwärters" begründeten[2] oder „ein Polizeibeamter [...] nicht den Anschein setzen [dürfe], sich mit dem Nationalsozialismus oder rechtsextremistischen Strömungen zu identifizieren oder zu sympathisieren"[3], dann hat es fast den Anschein, als habe die „wehrhafte Demokratie" des Grundgesetzes aus der Unterhöhlung der Weimarer Republik durch eine autoritätshörige, im Kern weiterhin kaisertreue Beamtenschaft Konsequenzen gezogen. Ironischerweise ist jedoch das beamtenrechtliche Instrumentarium Ende der 1950er bis in die 1970er Jahre durch eine Rechtsprechung im Beamtenrecht geprägt worden, die gegen Links gerichtet war. Während das 1951 beschlossene „131er-Gesetz" ehemaligen NSDAP-BeamtInnen einen Rechtsanspruch auf Rückkehr in den öffentlichen Dienst der BRD verschaffte und eine Quotenregelung dafür sorgte, dass 90 Prozent der nach 1945 entlassenen Nazi-BeamtInnen in den Staatsdienst zurückkehren konnten[4], sorgte die Instellungbringung der Treuepflicht parallel für die Entlassung von KPD-Mitgliedern und seit 1972 mit dem „Radikalenerlass" durch Berufsverbote für Postboten, Lehrer_innen und Eisenbahner[5] für eine Verhinderung des „Marsches durch die Institutionen".

1975 legte das BVerfG seinen verfassungsrechtlichen Segen über die Verwaltungspraxis der Berufsverbote, indem es forderte, Beamtenbewerber_innen müssten die „Gewähr dafür bieten, dass sie jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung einzutreten bereit sind"[6]. Dies schließe zwar nicht aus, an Erscheinungen dieses Staates Kritik zu üben und für Änderungen der bestehenden Verhältnisse mit den verfassungsrechtlich vorgesehenen Mitteln einzutreten, denn „an einer ‚unkritischen' Beamtenschaft können Staat und Gesellschaft kein Interesse haben."[7] Nicht schon eine bestimmte politische Meinung des Beamten, wohl aber „politische Aktivitäten im Sinne seiner politischen Überzeugung" könnten danach eine Verletzung der Treuepflicht darstellen. Erst seit den 1990er Jahren landen neben kinderpornographischen, BtMG- und Verkehrsdelikten verstärkt auch „rechtsextremistische Gesinnungstaten" vor den Disziplinargerichtskammern der Verwaltungsgerichte. Die Verfahren ziehen sich über Jahre hin, in denen die Beamt_innen üblicherweise unter Beibehaltung ihrer Bezüge lediglich von der Ausübung ihres Amtes entbunden oder versetzt werden. Das hängt auch damit zusammen, dass die Zurückstufung von Beamt_innen, die Entfernung aus dem Beamtenverhältnis oder die Aberkennung des Ruhegehalts nur aufgrund einer gerichtlicher Entscheidung möglich sind. Lange Zeit war die Rechtsprechung der Verwaltungsgerichte sehr zurückhaltend und die Länder wurden ihre Neonazibeamten mitunter nicht los. Oft entschieden sie statt der vom Dienstherren beantragten Entlassung auf Degradierung oder Verwarnung der treuwidrigen Beamt_innen. Lediglich bei Beamtenverhältnissen auf Widerruf (Polizeianwärter_innen) war die Rechtsprechung großzügiger. Deutlich weniger Verständnis für die ‚rechte Gesinnung' von Polizeibeamt_innen



Ein vermummter Mann in Berliner Polizeiuniform, der sich mit Hitlergruß fotografieren ließ, sorgte im Jahr 2012 für große Aufmerksamkeit in sozialen Netzwerken. Ins Internet gestellt hat das Foto ein Neonazi aus dem bayerischen Schwandorf. In seiner Freundesliste waren auch etliche Neonazis aus Berlin, bis hin zum früheren NPD-Parteichef Udo Voigt.

zeigen die Verwaltungsgerichte dagegen, wenn diese sich gegen den Staat als solchen wenden und der „Reichsbürgerbewegung" anhängen. Einen Rechtsprechungswandel dürfte momentan eine die Tätowierung von Polizeibeamt_innen betreffende Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts vom 17. November 2017 hervorgerufen haben. Die Leipziger Richter stellten klar, dass „ein Beamter, der sich öffentlich als Anhänger des Nationalsozialismus zu erkennen gibt, [...] dem Vorstellungsbild des auf die Verfassungsordnung des Grundgesetzes verpflichteten Beamten in diametraler Weise [widerspricht]. Er ist verpflichtet, bereits dem Anschein einer Wiederbelebung nationalsozialistischer Tendenzen entgegenzutreten und hat den Gebrauch entsprechend assoziierungsgeeigneter Symbole und Verhaltensweisen zu unterlassen." (Vgl. AIB Nr. 117) •

1 BVerfG, Urteil vom 27. April 1959 – 2 BvF 2/58 – BVerfGE 9, 268 <282>). **2** vgl. VG Aachen, Urteil vom 30. April 2015, Az. 1 K 2241/14, juris Rn. 10). **3** vgl. OVG Berlin-Brandenburg, Urteil vom 01. April 2014, Az. OVG 81 D 2.12, juris Rn. 33. **4** vgl. Ingo Muller, Furchtbare Juristen, Die unbewältigte Vergangenheit der deutschen Justiz, Berlin 2014, S. 260 ff. **5** vgl. John Philipp Thun, Angst vor kommunistischen BriefträgerInnen, Zur Geschichte und Gegenwart der Berufsverbote, Forum Recht, 24.10.2007 **6** Beschluss vom 22. Mai 1975, Az. 2 BvL 13/73, BVerfGE 39, 334. **7** BVerfGE 39, 334 <347 f.>

Rechtes Feindbild Polizei

„Seit den späten 80er Jahren ist bekannt, daß viele Polizisten eine Affinität dazu haben, rechte, patriotische oder nationalistische Parteien zu wählen." Dieser Einschätzung des NPD-Bundesvorstandsmitglieds Ronny Zasowk ist sicherlich erstmal nicht zu widersprechen. In Frankreich gibt es dafür sogar Belege: Umfragen im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen 2017 haben ergeben, dass etwa jeder zweite Polizist den rechten „Front National" wählen will. In Deutschland gibt es hingegen kaum valide Zahlen. An der Untersuchung etwa von rassistischen Einstellungen innerhalb der Polizei gibt es scheinbar kein politisches Interesse. Zu heikles Thema. Diese rechte Affinität zur Polizei ist jedoch nur eine Seite. Auf der anderen Seite findet sich in der extremen Rechten ein ausgeprägter Hass auf die Polizei. Dieses „Feindbild Polizei" wurde 2013 im Rahmen einer gleichnamigen Studie des Moses-Mendelssohn-Zentrums in Potsdam im Auftrag des Brandenburger Innenministeriums untersucht. Im Fokus war das Polizeibild in verschiedenen Tätigkeitsfeldern der extremen Rechten, etwa in Musiktexten, auf Homepages und in den Medien der NPD. Für Szenekenner_innen wenig überraschend, kommt die Studie zu dem Schluss, dass das „Feindbild Polizei" in allen untersuchten Bereichen relevant ist. Zusammenfassend für den RechtsRock heißt es etwa: „In einer für diese Szene typischen Kultur der Selbstviktimisierung sieht sich die extreme Rechte als Opfer einer ungerechtfertigten politischen und polizeilichen Verfolgung und systematischen Ausgrenzung. Aus dieser Position heraus werden Straftaten und Selbstjustiz gerechtfertigt und eine in der Zukunft stattfindende (gewalttätige) Abrechnung angedroht bzw. prophezeit."

Letztlich lassen sich in der extrem rechten Szene beide Motive finden: Das Feindbild Polizei als politischer Gegner steht neben einem Bild der Polizei als Garant für Recht und Ordnung. Da diese aber, aus rechter Sicht zunehmend nicht mehr in der Lage sei, das „deutsche Volk" zu schützen, gibt es spektrenübergreifende Initiativen für Bürgerwehren oder den „Selbstschutz". Die „Schutzzonen"-Kampagne der NPD fällt ebenso darunter wie das Verteilen von CS-Gas durch Akteure der „Identitären Bewegung" in Fußgängerzonen. Die letztlich ambivalente Haltung zur Polizei wird mit Blick auf von Neonazis ermordete Polizist_innen besonders deutlich. Entsprechende Szenedebatten – Solidarität oder nicht – wurden in den 1990er Jahren etwa um die Ermordung eines Polizeibeamten durch den Neonazi Kay Diesner geführt. Diesner hatte, nachdem er auf einen linken Buchhändler in Marzahn geschossen hatte, auf der Flucht das Feuer auf zwei Polizeibeamte eröffnet. Der erschossene Polizist Stefan Grage ist, laut gemeinsamer Zählung des Tagesspiegels und der ZEIT, einer von sechs Polizeibeamt_innen, die seit 1990 von Neonazis getötet wurden. •



Aufkleber der Berliner Neonaziszene, mit gewissem Interpretationsspielraum. Datum unbekannt (Quelle: apabiz e.V.)

TITEL

Ein Blick zurück: Die Polizei in der Weimarer Republik

Die Diskussion um Polizisten mit (extrem) rechten Weltbildern bzw. Neonazis bei der Polizei macht auch einen Blick in die Weimarer Republik interessant. Wie verhielt sich dort die Polizei gegenüber der aufsteigenden NSDAP? Und wie viele ihrer Mitglieder waren bereits vor 1933 NSDAP-Mitglieder und haben im Sinne der Partei agiert und agitiert?

Auf dem linken Auge Hass?

Die Weimarer Polizei setzte sich ab 1919 fast ausschließlich aus ehemaligen Polizisten des Kaiserreichs, Freikorpskämpfern und ehemaligen Offizieren zusammen – eine Melange, die für die Niederhaltung sozialistischer Aufstände sehr gut, für ein demokratisches Selbstverständnis innerhalb ihrer eigenen Reihen und ein Eintreten für die Werte der Republik aber denkbar schlecht geeignet war. So zeigten sich besonders in den ersten Jahren der Republik die klaren Vorlieben der Polizeieinheiten: Während im Verbund mit Freikorpseinheiten schnell und brutal gegen die linke Arbeiterbewegung vorgegangen wurde (z.B. Märzkämpfe 1919 in Berlin mit über 2.000 Toten) verhielt man sich bei einem rechten Putsch 1920 erstaunlich passiv. Erst ein Generalstreik der Gewerkschaften, und nicht etwa Polizei oder loyale Militäreinheiten, beendeten den Kapp-Lütwitz-Putsch nach wenigen Tagen.

Als es dann im Ruhrgebiet im Sommer 1920 zu linken Aufständen kam, war die Sicherheitspolizei plötzlich wieder einsatzfähig und ausreichend motiviert: In blutigen Kämpfen ging sie gegen die Arbeiterbewegung mit Militärgerät vor. Ähnliches wiederholte sich im Frühjahr 1921 in Thüringen, im Herbst 1921 in Coburg und 1923 in Hamburg. Drastisch und einseitig auch das Vorgehen am 1. Mai 1929 in Berlin: Auf zwar verbotene aber friedliche Demonstrationen der KPD reagierte die Polizei sofort mit Schusswaffen: Über dreißig tote Demonstranten und Unbeteiligte waren zu beklagen. Die Polizeiführung rechtfertigte sich nachher, die Polizisten seien von Dächern aus beschossen worden. Doch: Kein einziger Polizist mit einer Schusswunde konnte vorgezeigt werden. Die Geschichte von den „Dachschützen" war ein Hirngespinst der eingesetzten Polizisten und wurde dennoch nachträglich herangezogen, um das brutale Vorgehen zu rechtfertigen.

Allein in den letzten drei Jahren der Republik wurden bei politischen Auseinandersetzungen reichsweit 170 Kommunisten von der Polizei erschossen. Aus einer internen Zusammenstellung des Berliner Polizeipräsidiums geht hervor, dass in den Jahren 1930 bis 1931 in 18 Fällen Kommunisten von Nationalsozialisten erschossen worden waren, gefolgt von 15 Fällen, in denen die Täter Polizisten waren. In Berlin erschossen damit Polizisten fast ebenso viele Kommunisten wie im gleichen Zeitraum durch die SA ermordet wurden.

Eine gründliche Untersuchung der Polizeigewalt mit Todesfolge gegen Arbeiter oder gar eine Verurteilung eines Polizisten fand in keinem Fall statt, wodurch sich die kommunistischen Arbeiter der Polizei schutzlos ausgeliefert sahen.

Deutlich zeigte sich also, dass die Polizei loyal gegen die Linke, nur schwer bis gar nicht jedoch gegen die Rechte einsetzbar war. Selbst beim Hitlerputsch in München stand der Leiter der Bayerischen Landespolizei, Johann Seißer, zu Beginn auf Seiten Hitlers. Erst als er das Scheitern des dilettantisch vorbereiteten Putsches kommen sah, verließ er das sinkende Boot und lies seine Polizisten gegen die Putschisten vorgehen. Das Resultat: 13 tote Putschisten, vier tote Polizisten und ein fliehender Hitler, der wenig später in einem Landhaus im Bademantel festgenommen wurde.

Nazizellen in der Polizei?

Der Antisozialismus und Antiliberalismus der NSDAP und ihr Schreien nach einem autoritären Staat entsprach dem Weltbild vieler Polizisten – selbst wenn die Polizeiführung, besonders in Preußen, von Sozialdemokraten gestellt wurde. Auch das geschicktere Agieren der NSDAP trug seinen Teil dazu bei. Während die kommunistische Bewegung die Polizei aufgrund ihrer Erfahrungen in den zwanziger Jahren als Feind betrachtete und sich dementsprechend verhielt, zeigten sich die NSDAP und ihre Anhänger gegenüber der Polizei offiziell eher zahm.

Während in Kämpfen zwischen Polizei und Kommunisten auch Polizisten erschossen wurden (z.B. Hamburger Aufstand 1923: 17 tote Polizisten oder in Berlin 1932 die bekanntesten Polizeitoten Anlauf und Lenk am Bülowplatz), kam dies bei Auseinandersetzungen mit der SA, bis auf den Hitlerputsch, nicht vor. Das Vorgehen der SA war also sehr viel instrumenteller, das der KP-Anhänger stärker ideologisch geprägt. Dieses Verhalten verstärkte die, ohnehin vorhandenen, Vorurteile der Polizisten. Viel zu spät erkannte die in Preußen immerhin von Sozialdemokraten gestellte Polizeiführung in der NSDAP den gefährlicheren Gegner. Auf einer Festveranstaltung des sozialdemokratischen Reichsbanners hatte der Preußische Polizeipräsident Grzesinski im Herbst 1930 noch betont: „Ich sehe in den Nationalsozialisten nicht die Gefahr, für die man sie mancherorts hält; die größere Gefahr sind die Kommunisten."





Foto Sturkow (a.o.t.) Mai 1929, Bundesarchiv Bild 102-07717 (CCBYSA)

Es gelang den Nationalsozialisten dennoch nicht, die Polizei auf breiter Basis zu unterwandern. Die Gruppe der aktiv die NS-Bewegung unterstützenden Polizeibeamten war, gemessen am gesamten Polizeiapparat, sehr klein: Schätzungen liegen bei etwa 200 bis 300 Personen Reichsweit. Allerdings konnte es zu lokalen Ballungen kommen. So begrüßten einige Polizeireviere (wie z.B. das Polizeirevier 111 in Berlin-Kreuzberg) SA-Sturmlokale im Viertel, weil diese eine willkommene Unterstützung gegen die Arbeiterbewegung waren. In der Polizei-Inspektion Berlin-Friedrichshain waren 14 Beamte Mitglieder oder Sympathisanten der NSDAP.

Das bekannteste NSDAP-Mitglied in der Polizei war der spätere Reichskriminaldirektor und SS-Sturmbannführer Arthur Nebe. Dieser leitete ab 1926 das Berliner Rauschgiftdezernat, ab 1931 das Berliner Raubdezernat. Gleichzeitig war er ab 1931 förderndes Mitglied der SS und ab 1. Juli 1931 Mitglied der NSDAP – und dies obwohl Beamten die Mitgliedschaft in der NSDAP verboten war. Wie gefährlich ein extrem rechter Polizist für die gesamte Polizeiorganisation war, wird dadurch deutlich, dass Nebe systematisch den Nachrichtendienst der NSDAP mit Polizei-internen Informationen versorgte. Dieser nutzte diese Informationen, um NSDAP-Mitglieder zu warnen, aber auch um die sozialdemokratische Polizei öffentlich vorzuführen. Gemeinsam mit anderen nationalsozialistischen Polizisten stellte Nebe Namenslisten „unzuverlässiger“ – also demokratischer – Polizisten auf, die dann nach 1933 schnell entlassen oder versetzt wurden.

Oben: Bewaffnete Polizei am Tag der Mai-Unruhen am 1. Mai 1929 in Berlin-Neukölln.

Rechts: Arthur Nebe als SS-Gruppenführer 1942

Trotz dieser NS-Zellen in der Polizei: Die überwältigende Mehrheit der Polizisten konnte während der Weimarer Republik nicht für die NSDAP gewonnen werden. Nach 1933 zeigte sich jedoch, wie dünn der demokratische Firnis gewesen war:

In vielen Revieren dominierten ab 1933 schnell NSDAP-Anhänger. Anscheinend hatte viele Beamte nur das bis Sommer 1932 geltende Verbot davon abgehalten, in die NSDAP einzutreten. Nach dem Sieg der NS-Bewegung konnte man die Zurückhaltung fallen lassen. Der Demontierung des demokratischen Rechtsstaates wurde aus Polizeikreisen keinerlei Widerstand entgegengestellt.

Werkzeug des Holocaust

Der Übergang der demokratischen Polizei in ein nationalsozialistisches Terrorinstrument vollzog sich ab 1933 nahezu reibungslos. Einige hundert Polizisten wurden aufgrund des Berufsbeamtengesetzes entlassen, die anderen passten sich an. Die Resultate sind bekannt: reguläre Poli-



Foto Bundesarchiv Bild 101 III Alber 096-34

zeibataillone waren es, die ab 1940 die Deportation von Juden aus deutschen Großstädten durchführten, die Transporte bewachten und auch direkt am Massenmord beteiligt waren. Allein das Reserve-Polizei-Bataillon 101 aus Hamburg war an der Erschießung von 38.000 Menschen beteiligt: Männer, Frauen und Kinder. Nach 1945 integrierten sie sich wieder nahtlos und unauffällig in die demokratische, und teilweise sozialistische, neue Polizei. Sie waren es, die Generationen neuer Polizisten ausbildeten – eine wirkliche Aufarbeitung begann erst, als auch der letzte von ihnen in Rente war. •

NS-SZENE

Die „Aryans“ in Halle (Saale) vor Gericht

■ Nachdem am 1. Mai 2017 Mitglieder der neonazistischen Kameradschaft „Aryans“ aus Hessen im Anschluss an einen blockierten Aufmarsch der Partei „Die Rechte“ in Halle (Saale) Teilnehmende des Gegenprotestes mit Autos gejagt und eine unpolitische Wandergruppe angegriffen hatten, wurde im Februar 2019 nun das Urteil gegen die zwei Angeklagten Carsten M. und Martina H. gesprochen. Im Zuge der Ermittlung war bekannt geworden, dass ein hessischer Polizeibeamter interne Informationen an die Angeklagte weitergegeben hatte. Der Generalbundesanwalt ermittelt gegen die Gruppierung wegen der Bildung einer terroristischen Vereinigung.

Bundesweit hatte „Die Rechte“ für ihren Aufmarsch zum „Arbeiterkampftag“ nach Halle mobilisiert, dem Aufruf gefolgt waren etwa 500 TeilnehmerInnen. Diese trafen auf breiten Gegenprotest, der sowohl von dem lokalen Bündnis „Halle gegen Rechts“ als auch der antifaschistischen Kampagne „Nice to beat you“ organisiert worden war. Insgesamt beteiligten sich etwa 4.000 Menschen daran. In großen Teilen scheiterten die Rechten schon daran, überhaupt zu ihrer Kundgebung zu kommen, da sie sich weigerten die Kontrollstellen der Polizei zu passieren. Ihnen blieb eine Kundgebung am Hauptbahnhof, an dem ihr Aufmarsch eigentlich starten sollte. Pläne für Kundgebungen an anderen Orten scheiterten auch daran, dass die Polizei alle weiteren Anschlussversammlungen in Sachsen-Anhalt untersagt hatte.

Noch während die Teilnehmenden des Gegenprotestes nach den erfolgreichen Blockaden abreisten, kursierten in sozialen Netzwerken die ersten Bilder eines gewalttätigen Angriffs von den „Aryans“ auf Menschen in der Nähe einer der Informationsstände von „Halle gegen Rechts“. Die Bilder zeigen zwei schwarze Autos, einen Mann mit Schlagwerkzeug in der Hand und – so die Formulierung im Prozess – „wutverzerrtem Gesicht“: Carsten M., Mitglied der „Aryans“. Schon im Verlauf des Tages war die Gruppe aufgefallen, bekleidet mit uniformen Oberteilen mit den Aufdrucken „Aryans – Support your race“ und einer 88. Noch am Bahnhof skandierten sie in Richtung des Gegenprotests „Ohne Polizei wärt ihr alle tot“. Erste Zeug_innen berichteten, dass die Gruppe sie mit Autos gejagt hat. Mehrere Personen erzählten, wie sie von Steinen und Pfefferspray verletzt und auch direkt geschlagen wurden. Antifaschistische Homepages veröffentlichten die Namen der aus Hessen stammenden Angreifer.

Die Staatsanwaltschaft Halle erhob ihre Anklage nur vor dem Amtsgericht, das le-



Foto: Presseservice Rathenow


Foto: Henrik Merker

Carsten M. stürmt am 1. Mai 2017 in Halle mit einem Schlagwerkzeug aus dem Wagen.

diglich Freiheitsstrafen bis zu vier Jahren verhängen kann. „Typisches Alltagsgeschäft" sei der Fall, zitierte die „Süddeutsche Zeitung" dazu aus den Akten. Dass nun mehrere Tage vor dem Landgericht Halle verhandelt wurde, liegt an der Nebenklage, die entsprechende Anträge gestellt hatte und zudem, ein seltener Vorgang, die Abberufung der zuständigen Staatsanwältin forderte. Im Prozess trat diese nicht auf, da sie laut Landesregierung in anderen Verfahren gebunden sei.

An fünf Verhandlungstagen sagte eine Reihe von Zeug_innen aus, von denen zwei auch als Nebenkläger am Prozess beteiligt waren. Einer der beiden war am 1. Mai mit einer Wandergruppe unterwegs, organisiert von befreundeten Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die sich seit einigen Jahren am 1. Mai in Halle treffen. Protest und Gegenprotest waren ihnen bekannt, aber sie hatten sich für die Wanderung entschieden, sagte der Zeuge im Prozess aus. Ein Teil hatte bereits einige Biere getrunken, als die Gruppe gegen Mittag in der Nähe des Holzplatzes in Halle an einem Infostand des Gegenprotests vorbeikam. Laut den Berichten sind dann plötzlich zwei Autos herangefahren, Schreie und die Detonation eines Böllers waren zu hören. Dann flogen Steine (Gleisschotter), Jägermeisterflaschen und es wurde Reizgas aus einem der Autos gesprüht. Die Angreifenden hielten an, Carsten M. stieg aus und griff die Wanderer mit einem Schlagwerkzeug an, das sich als ummanteltes Starkstromkabel herausstellte. Mehrere Personen wurden durch die Schläge, Würfe und das Reizgas verletzt.

In der Situation, die von den Betroffenen als überfallartig und teils bis heute psychisch belastend beschrieben wurde, entstanden Fotos, die maßgeblich zum Beweis der Taten beitrugen. Noch bevor die Polizei vor Ort war, wurden die Angreifenden von einer Gruppe Antifas vertrieben und die Attacken gestoppt. Zuvor hatten die „Aryans" in der Nähe des Bahnhofs zwei Radfahrer mit ihren Autos gejagt und versucht, ihnen den Weg abzuschneiden und sie ebenfalls mit Steinen beworfen. Daran war nach den Feststellungen des Gerichts auch Martina H. beteiligt, gemeinschaftlich mit anderen Insassen der Autos, die jedoch nicht angeklagt wurden. Zu ihren Fahrzeugen waren die Rechten von der Polizei begleitet worden. Dann endete die Begleitung jedoch und sie konnten sich auf die Jagd machen.

In der Darstellung der als Zeugen geladenen „Aryans" stellte sich der Tag vollkommen anders dar. Noch am Bahnhof habe Carsten M. eine Flasche an den Kopf bekommen und sei davon verletzt gewesen. Übel sei ihm gewesen und er habe Kopfschmerzen gehabt. Ein ärztliches Attest dazu beruhte nur auf seinen Schilderungen, Verletzungen konnten nicht erkannt werden. Dennoch sah das Gericht hier einen Teil der Tatmotivation, Carsten M. sei wütend gewesen. Schon in dieser Situation, so die „Aryans", habe es einen wahren Steinhagel von Linken auf sie gegeben. Rund um den Bahnhof habe man sich dann verfahren, bis man von „Linken" auf Fahrrädern verfolgt worden sei. Am Holzplatz seien sie gelandet, weil sie die Autobahn gesucht hätten, stattdessen habe man sie dort aber erneut massiv mit Steinen angegriffen.

Die Aussagen der ermittelnden Beamten zeigten auf, dass es für dieses Notwehrszenario weder Belege noch Plausibilität mit Blick auf die Route der Rechten gab. Stattdessen wurden bei einer Durchsuchung bei Carsten M. in Hessen reihenweise Neonazidevotionalien, Waffen, Munition, ein Messer direkt neben dem Bett, Verweise auf die „Division Braune Wölfe" sowie das Tatwerkzeug gefunden, nebst fünf Mobiltelefonen. Ausgewertet wurden auf Anweisung der Staatsanwaltschaft jedoch nur zwei Telefone, das von Martina H. und ihrer Tochter. Dabei hatten Zeugen bereits im Ermittlungsverfahren ausgesagt, Carsten M. als „Rädelsführer" wahrgenommen zu haben. Diese Einschätzung bestätigten wiederum andere „Aryans" mit ihren Aussagen, Carsten M. habe die Gruppe koordiniert.

Die Chats auf Martina H.'s Handy zeigten nicht nur, dass man sich freute, „Zecken verdroschen" zu haben. Zugleich wurden Chats zwischen ihr und einem hessischen Polizeibeamten gefunden, den sie weit vor dem 1. Mai 2017 um Informationen aus internen Datenbanken gebeten hatte, unter anderem über Carsten M. Über wen noch konnte sich der Ermittler im Prozess nach eigenen Angaben nicht erinnern.

Carsten M. wurde wegen gefährlicher Körperverletzung zu drei Jahren und sechs Monaten Haft, Martina H. zu einem Jahr und zwei Wochen, ausgesetzt zur Bewährung auf drei Jahre verurteilt. In beiden Fällen wurden Gesamtfreiheitsstrafen gebildet. Offen bleibt, warum nur zwei von mindestens zehn InsassInnen der beiden Fahrzeuge angeklagt wurden und ob sie sich in der Nähe des Bahnhofs mit einer ortskundigen Person an einer Eisdiele besprachen, um den Angriff am Holzplatz zu planen. Die Verurteilten haben inzwischen Revision beim BGH eingelegt. Der Generalbundesanwalt ermittelt derweil wegen der Bildung einer terroristischen Vereinigung gegen die „Aryans". •

NS-SZENE

Seit Ende der 1990er Jahre versammeln sich jährlich im Februar Neonazis in der ungarischen Hauptstadt, um dem Ausbruchsversuch deutscher und ungarischer Soldaten aus der von der Roten Armee belagerten Stadt in 1945 zu gedenken. Das unter dem Namen „Tag der Ehre" bekannte Neonazi-Event ähnelt heute eher einer „Gedenkwoche", bei der den international angereisten Teilnehmenden RechtsRock, NS-Folklore und Leistungssport geboten wird.

Gedenken ohne Ende – Tag(e) der Ehre

„Budapester 2. Sturmkompanie – Hier! 8. SS-Kavallerie-Division ‚Florian Geyer' – Hier! (...)". Es folgen die Namen weiterer deutscher und ungarischer Truppenverbände, vorgetragen im tiefsten, sächsischen Dialekt. Es ist der 8. Februar 2019. Bis zu 30 deutsche Neonazis sammeln sich in der Nähe von Szomor, um unter Trommelschlägen durch die Nacht zu einem Gedenkstein zu ziehen, den sie laut eigener Aussage vor einigen Jahren dort errichtet haben. Dieses „Heldengedenken" fand konspirativ, außerhalb der offiziellen Aufmärsche statt. Gefilmt wurde es jedoch von Nikolai Nerling, der mit seinem YouTube-Format „Der Volkslehrer" seit einigen Jahren u.a. Neonazi-Events begleitet und propagandistisch aufarbeitet.

Ein straffes Programm

Glorifizierungen wie in dieser Nacht im Umland von Budapest reihten sich in diesem Jahr in das mehr oder minder öffentliche Programm des „Becsület Napja", dem sog. „Tag der Ehre" ein. Eingeleitet wurde das Neonazi-Event am 7. Februar mit einer „Willkommensparty". Traten dort in den letzten Jahren u.a. deutsche Liedermacher wie Tobias Winter als „Bienenmann", Andreas Schmidt als „Rommel" oder Philipp Neumann als „Phil von Flak" auf, konnte in diesem Jahr David Allan Surette alias „Griffin" für den Auftakt gewonnen werden. Der in Berlin lebende Kanadier gehört der rocker-ähnlichen Neonazi-Gruppierung „Vandalen" an und wirkt aktuell bei der Band „Sons of Odin". Diese ist auch für das kommende „Schild & Schwert"-Festival im Juni 2019 in Ostritz als „Skrewdriver" angekündigt und besteht aus Musikern diverser ungarischer RechtsRock-Bands. Die Nähe deutscher Neonazis zur extremen Rechten in Ungarn und die Anziehungskraft des „Tages der Ehre" dürfte also auch der gemeinsam sich austauschenden Musikszene um „Blood and Honour" geschuldet sein. Nach der „Willkommensparty" folgte am 8. Februar neben der konspirativen Gedenkveranstaltung deutscher Neonazis gleich das nächste RechtsRock-Konzert, u.a. mit Surettes „Sons of Odin".

Verwirrung und Inszenierung

Unklar war bis Freitagabend, wo die Aufmärsche am Samstag stattfinden werden. Nach Medienangaben wurde der von „B&H Hungaria" angekündigte Aufmarsch am Kapisztrán Platz auf der Burganlage verboten. Damit sollte erschwert werden, dass zentrale Orte und Denkmäler in Beschlag genommen werden. Bilder wie in 2007 (siehe AIB Nr. 75 „NS-Kult in Budapest"), wo bis zu 1.000 Neonazis auf dem „Heldenplatz" aufmarschierten, möchte man von staatlicher Seite vermeiden. Nicht weil das Gedenken an die „Schlacht um Budapest" unerwünscht sei, sondern weil der Staat seine eigenen Inszenierungen gestört sieht. Kaum ein Kriegsdenkmal ist an diesem Datum nicht mit Kränzen oder Flaggen geschmückt.

Extrem rechte Versammlungen zum „Heldengedenken" fanden trotz aller Repression jährlich statt. Mal außerhalb der Stadt auf privatem Gelände oder wie 2018 am Kapisztrán Platz. Die dort in diesem Jahr nicht genehmigte Gedenkfeier wurde stattdessen geheim in einem angemieteten Saal ausgetragen. Hauptsächlich von „Blood & Honour Hungaria"-AktivistInnen initiert, waren dort Redner aus Frankreich und Tschechien angekündigt. Ein Redner aus Ungarn endete mit den Worten „Es lebe Ungarn, es lebe das weiße Europa, es lebe die weiße Rasse."

Etwa zur selben Zeit verkündete das extrem rechte Bündnis „Festung Budapest" den Treffpunkt für ihr „Heldengedenken". Zentral gelegen, im Városmajor-Park, konnten dabei der ungarische Ableger der „Hammerskins" sowie die seit Sommer 2018 bestehende Organisation „Légió Hungária" als OrganisatorInnen ausgemacht werden. Vom Sammelpunkt zogen die Teilnehmenden in Dreier-Reihen bis vor ein Soldatendenkmal, an dem das „Gedenken" schon 2017 ausgerichtet wurde. Der Zug setzte sich dabei aus rund 450 VertreterInnen diverser Organisationen aus Ungarn, Polen, Russland, der Ukraine, Norwegen, Schweden, Italien, Bulgarien, der Schweiz und Deutschland zusammen. Wie bei vergangenen Aufmärschen stellten die Deutschen den größten Anteil der aus



Bildrechte Pixel-Archiv



Bild oben: Eine Delegation der Partei „Die Rechte" aus Dortmund vor dem Soldatendenkmal im Városmajor-Park. An der Flagge: 1.v.l. Michael Brück, 2.v.l. Matthias Deyda und 1.v.r. Markus Walter'

Bild links: Mitglieder der Dresdner Band „Blutzeugen" als Teilnehmer des Aufmarsches im Városmajor-Park: 1. Michael Lorenz, 2. Riccardo Gutte, 3. Mario Rudolf

dem Ausland angereisten Teilnehmenden, unter ihnen Neonazi-Aktivisten aus dem Raum Rostock, Mitglieder der „Hammerskins" aus Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg, sowie eine Delegation der Dortmunder Neonazi-Partei „Die Rechte". Stellvertretend für diese verlas Matthias Deyda eine Rede, deren antisemitischer und NS-verherrlichender Inhalt in Deutschland sicher strafbar gewesen wäre. Gergely „Geri" Csirke – führender „Hammerskin", Aushängeschild der „Légió Hungária" und Sänger der RechtsRock-Band „Vérszerződés" – übersetzte die Reden ins Ungarische. Neben Deyda ergriff auch Simon Lindberg von der skandinavischen Gruppe „Nordic Resistance Movement" das Wort und die ungarische Neonazi-Band „Romantikus Erőszak" um Sänger Sziva Balázs spielte ein Akustik-Set. Abschließend legten die Delegationen, begleitet von dem in Endlosschleife abgespielten Soldatenlied „Der gute Kamerad", Kränze nieder und zeigten teils den militärischen Gruß.

Seilschaften seit den 1990er Jahren

Bereits 1998 pilgerten bis zu 120 deutsche Neonazis zum „Tag der Ehre" nach Ungarn. Zeitnah entstand auch der Zusammenschluss „Deutsch-Ungarische Freundschaft", deren Vertreter Illés „Elek" Zsolt nach Deutschland vor allem Kontakte nach Bayern aufbaute und bis heute pflegt. Zsolt, Führungsperson von „Blood & Honour Hungaria", bewegte sich in Franken hauptsächlich im Netzwerk der 2014 verbotenen Kameradschaft „Freies Netz Süd" (FNS) und trat in den letzten Jahren bei Veranstaltungen der Partei „Der III. Weg" auf. Diese gilt als Auffangbecken für zahlreiche AktivistInnen des FNS. Neben Zsolt avancierte Milán Széth zu einem Bindeglied zwischen Neonazis um die Partei „Der III. Weg" und der extremen Rechten in Ungarn. Er sprach schon 2009 auf dem Neonazi-Festival „Fest der Völker" in Pößneck und war Redner auf Aufmärschen von „Der III. Weg" in Gera 2017 und in Chemnitz 2018.

In Hinblick auf diese langjährigen, politischen Zusammenhänge war die Abwesenheit deutscher Neonazis um „Der III. Weg" auf dem diesjährigen Gedenken im Városmajor-Park nicht öffentlich nachvollziehbar. Bekannt ist jedoch, dass die ungarische Szene nicht frei von Konflikten ist.

Eine Dokumentation ihres Aufenthalts in Budapest folgte seitens der Kleinstpartei „Der III. Weg" dennoch. Neben Treffen mit AktivistInnen des „Nordic Resistance Movement" wurden bekannte Denkmäler besucht und mit Grabkerzen der Partei versehen – etwa auf dem Kapisztrán Platz, Stunden vor dem offiziellen „Heldengedenken".

Gewaltmarsch

Trotz der Spannungen innerhalb der ungarischen Neonazi-Szene fand man sich nach dem „Heldengedenken" auf dem Kapisztrán Platz für den „Ausbruch60-Gedenkmarsch" ein, der seit 2009 durchgeführt wird und u.a. von „Blood & Honour Hungaria" unterstützt wird. In unmittelbarer Nähe zur Touristen-Attraktion Fischerbastei zogen, teils mit Uniformen der Waffen-SS bekleidet, immer wieder 20-köpfige Gruppen über den Burgberg zum Sammelplatz. Hier und da blitzten (vermutlich) Replikate von Sturmgewehren und Stilhandgranaten auf. SS-Abzeichen, Hakenkreuze und Ähnliches sind in Ungarn eigentlich verboten. Da der Marsch aber als eine historische Nachstellung des Ausbruchs angekündigt wird, dürften diese Symbole in eine legale Grauzone fallen. Diverse, von der „Aktionsgruppe Börzsöny" präsentierte Kriegsgeräte wie Wehrmachtsgespanne sollten zusätzlich für „Authentizität" sorgen.

Alternativprogramm

Dass sich deutsche Reisegruppen im Laufe des Tages aufteilten, war nicht selten. Schließlich kündigte des Bündnis „Festung Budapest" für den Abend des Marsches ein internationales RechtsRock-Konzert an. Der im Internet als „eine der wenigen Möglichkeiten des Jahres 2019" beworbene Auftritt der Dresdner Band „Blutzeugen" dürfte also ein weiterer Grund der deutschen Szene gewesen sein, nach Budapest zu reisen. Deren Bandmitglieder Michael Lorenz, Mario Rudolf und Riccardo Gutte nahmen schon am Nachmittag am „Heldengedenken" im Városmajor-Park teil. Sänger Lazlo Klab stieß wohl erst am Abend im „Blue Hell Club" dazu. •

BRAUNZONE

AktivistInnen der extrem rechten Identitären aus Baden-Württemberg haben 2017 eine eigene NGO mit dem Namen „Alternative Help Association e.V." (AHA e.V.) gegründet.

Ein rechtes Herz für Syrien? Der Identitären-Verein AHA

LUCIUS TEIDELBAUM

Laut Vereinssatzung leistet AHA e.V. „humanitäre Hilfe und fördert die Arbeit humanitärer Hilfsorganisationen." Weiter heißt es: „Zweck des Vereins ist die Information über Lebenssituation und die Lebensumstände von Verletzten, Kranken, Behinderten, Sterbenden und in sonstiger Weise von Not und Katastrophenfällen betroffenen Personen, sowie über die vom Verein und dessen Mitgliedsorganisationen zur Bewältigung oder Verbesserung dieser Situation und Lebensumstände vorgesehenen und geleisteten Hilfsmaßnahmen, sowie die Beschaffung von Mitteln für Hilfsaktionen anderer gemeinnütziger Körperschaften, um Menschen, die von Katastrophen oder humanitären Notsituationen betroffen sind, beizustehen."

Gegründet wurde die „Alternative Help Association (AHA) e.V." am 11. Juni 2017 in einer Kneipe in Ulm von 13 Personen. Eingetragen ist der Verein am Amtsgericht Rottweil. Im Gründungsvorstand saßen als Vorsitzender Sven Engeser und der Student Julian Greiner aus Ulm. In einem Werbefilm nennen die Mitglieder ihren eigenen Verein auch „Alternative Hilfe", sicher keine ganz zufällige Namensverwandtschaft zur AfD, die zahlreiche inhaltliche und personelle Überschneidungen zu den Identitären aufweist. Das zur Organisation zugehörige Konto befindet sich bei der Kreissparkasse Rottweil und das Impressum der Homepage stellt Sven Engeser aus Böhringen (Kreis Rottweil). Der auf Facebook und Instagram als „Pepe Nietnagel" in Erscheinung tretende Identären-Kader Engeser gehört zur „Identitären Bewegung Deutschland" (IBD) – Region Schwaben in Baden-Württemberg. Fotos legen nahe, dass er früher im Umfeld des neonazistischen „Infoportal Schwaben" aktiv war. So marschierte er am 6. Oktober 2012 auf einer Neonazi-Demonstration in Göppingen hinter dem entsprechenden Transparent.[1]

Reisen nach Syrien und in den Libanon

Die Identitären geben an, Hilfsprojekte im Libanon und in Syrien zu unterstützen. Partner vor Ort ist u.a. eine „Lebanese Association for Development and Communication" (Salam LADC).[2] Am 10. Juli 2018 wurde auf Vkontakte verkündet: „Wir sind nun seit knapp 3 Monaten vor Ort aktiv. Bisher konnten wir dank Ihrer Hilfe knapp 3.000 Euro an die Familien überweisen." Das Geld wurde laut eigenen Angaben an syrische Flüchtlinge, die im Libanon leben, ausgezahlt. Mehrere Reisen führten die IBD-Kader Sven Engeser, Nils Altmieks oder Sebastian Zeilinger im Auftrag von AHA in den Libanon und nach Syrien. Altmieks steht dabei für alte Traditionslinien in der extremen Rechten. So nahm er 2006 an einem Winterlager der neonazistischen und später verbotenen Organisation „Heimattreue Deutsche Jugend" teil.

Bei einer einwöchigen Syrien-Reise im Oktober 2018 wurden die AHA-Aktivisten Sebastian Zeilinger und Mario Müller aus Halle von Matthias Matussek begleitet, der sowohl in der extrem rechten Wochenzeitung „Junge Freiheit" (JF) als auch in dem rechtskonservativen Magazin „Tichys Einblick" darüber berichtete. Dass Matussek in seinem JF-Beitrag Zeilinger als ‚meinen Freund' bezeichnet, ist nur ein Beispiel für die Nähe des ehemaligen Spiegel- und Welt-Kolumnisten zur IBD. Eingeladen in die christliche Kleinstadt Maalula in Syrien wurde AHA angeblich vom Patriarchen der melkitisch griechisch-katholischen Kirche in Syrien. In Maalula hatte vor der Rückeroberung durch Regierungstruppen der IS gehaust und gemordet. In dem JF-Text beschreibt Matussek die Assad-Diktatur als multireligiös und friedlich. Einer Rückkehr syrischer Flüchtlinge stände somit nichts entgegen.

Später interviewte Matussek im AfD-nahen „DeutschlandKurier" seine beiden Mitreisenden Zeilinger und Müller.[3] Zu AHA meint Müller: „Die AHA! ist derzeit das einzige deutsche Hilfsprojekt, das im Nahen Osten aktiv ist, um Hilfe vor Ort zu leisten, statt die Auswanderung nach Europa zu befördern. Wir wollen zeigen, dass es anders geht, dass Masseneinwanderung nach Europa keine Probleme löst, sondern im Gegenteil nur neue schafft." Immerhin gibt Müller im Verlauf des weiteren Interviews zu: „Wir sind uns allerdings auch bewusst, dass unsere Hilfsmaßnahmen – so wichtig und nötig sie im Einzelfall sein mögen – vor allem Symbolpolitik sind." Offenbar stehen dem Verein eher geringe Ressourcen zur Verfügung.

Ein rechtes Herz für Syrien?

Der Verweis auf die eigene Hilfstätigkeit wird künftig dazu verwendet werden, den

Vorwurf des flüchtlingsfeindlichen Rassismus zu kontern und gleichzeitig Propaganda für die Forderung nach eine Rückkehr der Flüchtlinge bzw. gegen eine Flucht nach Europa herzustellen. Propagiert wird dafür das Prinzip „Hilfe zur Selbsthilfe" für die Menschen in Not vor Ort. Diese Forderungen richten sich aber weniger an die Flüchtlinge, sondern vielmehr an das eigentliche Zielpublikum: rechte Deutsche.

In dem inzwischen eingestellten extrem rechten Magazin „Die Aula" gab es im Juni 2018 ein Porträt von AHA und einer der Reisen von Zeilinger, Engeser und Altmieks. In dem Text von Alexander Markovics[4], ehemaliger Obmann der „Identitären Bewegung Österreich" aus Wien, heißt es: „Ein Ende des Großen Austauschs läßt sich nicht nur durch die Remigration der Einwanderer und ein Ende des westlichen Imperialismus im Nahen Osten erreichen." Ein führender Aktivist der IBD äußerte sich gegenüber dem Nachrichtenportal „Al Jazeera" wie folgt zum Zusammenhang zwischen AHA! und IBD: „AHA! ist die logische und konsequente Umsetzung unserer identitären Forderung vom ersten Tag an, eine strengere Migrationspolitik mit lokaler Hilfe zu verbinden."

Gleichzeitig schimmern in den Reiseberichten auch deutliche Sympathien für die Assad-Diktatur durch. Diese Einstellung ist keine Seltenheit in der extremen Rechten. Sie findet sich von der AfD über „Der III. Weg" bis zur NPD. Die der „Casa Pound" in Italien nahe stehende „European Solidarity Front for Syria" (ESFS) trommelt seit ihrer Gründung 2013 für Assad. Ein Aktivist der ESFS war auch Petr Kessner, der 2015 Sprecher der „Generace Identity" in Tschechien war.[5] Immer wieder statteten Delegationen der extremen Rechten Syrien und dem Libanon Besuche ab, um so ihre Unterstützung zu demonstrieren. Die Assad-Diktatur wird dabei sowohl als Gegner des Westens geschätzt und gleichzeitig dem IS-Gottesstaat als eine Art natürlicher Gegner gegenüber gestellt und gelobt. Allerdings ist die Verharmlosung des syrischen Regimes infolge seiner Gegnerschaft zum „Islamischen Staat" nicht nur in der extremen Rechten zu finden.

Die Darstellung von IBD und AHA e.V. als gemeinnützige Helfer hat auch ganz offenkundig den Sinn, die IBD zu verharmlosen. Doch möglicherweise geht es auch um Geld. Der taz-Journalist Andreas Speit schreibt in seinem Buch über die Identitären: „Vielmehr befürchtet die Amadeu Antonio Stiftung, dass die Spendenkampagne für die AHA dazu benutzt werden könnte, Gelder für die in Österreich ins Visier geratene IB zu sammeln, deren Konten kurz zuvor gesperrt worden waren. Nicht zufällig heiße es in den Spendenaufrufen, dass ein Teil der Gelder auch für „patriotische Aufklärungsarbeit in Europa" verwendet werde."[6] Die zeitweilige Sperrung des PayPal-Kontos wegen Verstoß gegen die Nutzungsbedingungen führte allerdings Ende 2018 erst einmal zu einem Einbruch der Spenden.

Letztendlich darf AHA e.V. vor allem als eine von mehreren öffentlichkeitswirksamen Aktionen der Identitären verstanden werden. Ziel ist neben der Aufmerksamkeit an sich sowohl die Delegitimierung syrischer Geflüchteter in Deutschland, als auch die Abwehr von Rassismus-Vorwürfen. Eine differenzierte Kritik an den Inhalten der Identitären sollte sich an deren NGO nicht allzusehr stören. Sie passt durchaus ins Gesamtbild. •



Bild: Screenshot facebook



Bild: Screenshot Tübingen Rechtsaußen

Oben: Foto des „Identitären"-Aktivisten Sebastian Zeilinger auf der Facebook-Seite von Matthias Matussek.
Unten: Sven Engeser saß im Gründungsvorstand des AHA e.V.

1 https://tuebingenrechtsaussen.wordpress.com/2017/08/22/von-den-autonomen-nationalisten-zur-identitaeren-bewegung-in-tuebingen/ 2 http://salamladc.org 3 Matthias Matussek: Grenzschutz und Aufbauhilfe, 20. November 2018, www.deutschland-kurier.org/grenzschutz-und-aufbauhilfe/ 4 Alexander Markovics in: „Die Aula", Juni 2018, Seite 10-11. 5 Die „Identitaren" und ihre tschechischen Kameraden, 27. Februar 2015, http://recherchewien.nordost.mobi/2015/02/die-identitaeren-und-ihre-tschechischen-kameraden/ 6 Andreas Speit (Hg.): Das Netzwerk der Identitaren. Ideologie und Aktionen der Neuen Rechten, Berlin Oktober 2018, Seite 153.

BRAUNZONE

Antifaschistinnen und Antifaschisten brauchen kein Verfassungsschutzdossier, um die inhaltlichen und personellen Bezugspunkte der AfD zur extremen Rechten zu erkennen. Antifaschistische Recherchen und Analysen sind es, die seit dem Bestehen der AfD auf diese – größer werdenden – Bezugspunkte hinweisen. Dass diese jetzt auch von einem zentralen Kontrollapparat des bürgerlichen Staates genutzt werden, um die AfD insgesamt zum „Prüffall" und die Teilorganisationen „Der Flügel" und die „Junge Alternative" (JA) zum „Verdachtsfall" zu erklären, sagt mehr über die Kräfteverhältnisse und Einschätzungen innerhalb des Staatsapparates als über die AfD aus. Dennoch bleibt zu konstatieren, dass es nicht dasselbe ist, wenn zwei das Gleiche tun und so muss die antifaschistische Linke einräumen, dass die VS-Beobachtung der AfD einen völlig anderen Effekt hat, als die über Jahre akribische Arbeit von links.

Klotz am Bein

Verfassungsschutzbeobachtung als Problem der AfD

GERD WIEGEL

Ohne Zweifel sind die öffentlich zugänglichen gut 400 Seiten des BfV-Gutachtens zur AfD ein brauchbarer Steinbruch an einschlägigen Zitaten von AfD-Politiker_innen. Und ebenfalls ohne Zweifel haben sie für die AfD eine Reihe von Turbulenzen und Problemen gebracht die es zu nutzen gilt, ohne damit den Inlandsgeheimdienst zu legitimieren.

Neben der Spendenaffäre um die Fraktionsvorsitzende Alice Weidel ist die VS-Beobachtung gegenwärtig der größte Klotz am Bein der AfD, weil über sie die innerparteilichen Spaltungslinien massiv befeuert werden. Die VS-Beobachtung zielt genau auf die Auseinandersetzung zwischen bürgerlich-konservativen und völkischen Nationalisten in der Partei und trifft damit – potenziell – die bisher erfolgreiche Verbindung, die für den rasanten Aufstieg der Partei von enormer Bedeutung ist. Der mit einer möglichen VS-Beobachtung drohende Verlust bürgerlicher Reputation hat Bewegung in die AfD gebracht, deren Richtung und Effekt noch nicht abzusehen ist aber unter Umständen zerstörerisch sein kann.

Reaktionen auf verschiedenen Ebenen

Dieses Zerstörungspotenzial hat die Parteispitze schnell erkannt und auf verschiedenen Ebenen reagiert. Die Einsetzung einer parteiinternen Arbeitsgruppe zur drohenden Beobachtung erfolgte bereits im Herbst 2018. Sieht man sich die vom Leiter der internen AfD-Arbeitsgruppe und stellvertretendem Fraktionsvorsitzenden Roland Hartwig erstellte Zusammenfassung des in Auftrag gegebenen Rechtsgutachtens zur Frage einer VS-Beobachtung an, dann ist es eine einzige Kampfansage an den völkischen Flügel. Unter den beispielhaften Äußerungen, die eine Beobachtung durch den Verfassungsschutz rechtfertigen könnten, finden sich mehr oder weniger alle schon standartmäßig von der völkischen Rechten vorgetragenen Aussagen. Von pauschalen Negativurteilen gegen Zugewanderte über eine ethnisch definierte „Volksgemeinschaft", die rechtliche Schlechterstellung von Staatsbürgern mit Migrationshintergrund bis hin zu den Signalwörtern der gesamten modernisierten radikalen Rechten rund um die AfD, wie „Umvolkung", „Großer Austausch", „Volkstod" oder „Invasoren" ist hier die Rede. Gauland äußerte mit Blick auf das Rechtsgutachten, unter diesen Umständen müsse er morgens gar nicht mehr aufstehen, weil dann jede seiner Reden ein Fall für den Verfassungsschutz sei.

Innerparteilicher Kampf

Ganz offensichtlich wird die drohende VS-Beobachtung auch als Waffe im innerparteilichen Kampf eingesetzt. War es den bürgerlich-konservativen Kräften in der AfD bisher nicht möglich, die völkische Rechte um Björn Höcke in die Defensive zu drängen, so nutzen sie jetzt die drohende Überwachung, um Boden gut zu machen. Allerdings führt das bisher zu keiner realen Schwächung des völkischen Flügels. Dennoch zeigte sich die Parteiführung bemüht, die Sorgen des konservativ-bürgerlichen Teils der Partei nicht völlig unberücksichtigt zu lassen. So reagierte Gauland auf die Äußerungen von Björn Höcke, der das Verhalten der Parteiführung verächtlich als „politische Bettnässerei" bezeichnete, mit deutlicher Distanz: „Ich halte diese Worte für falsch und in keiner Weise für zielführend", sagte Gauland und er werde das auch persönlich mit Höcke besprechen. Einige offene Neonazifreunde aus der zweiten und dritten Reihe der Partei wurden ausgeschlossen und auch einzelnen Teilen der JA, die als besonders

Neonazi-affin gelten, wurde die Anerkennung der Partei entzogen und eine Neugründung angestrebt. Schließlich ist auch das Herausdrängen einer Person wie André Poggenburg der Versuch, überflüssigen und nichtintegrierbaren Ballast abzuwerfen.

Alle diese symbolischen Aktionen haben jedoch die Einstufung als „Prüffall" nicht verhindert und sie rufen Reaktionen des völkischen Flügels hervor. In Baden-Württemberg hat die Landtagsabgeordnete Christina Baum schon Ende 2018 einen „Stuttgarter Aufruf" initiiert, der sich gegen jedes Zurückweichen in Sprache und Inhalt wendet und schnell von über 1.000 Parteimitgliedern unterschrieben wurde. In Brandenburg, Sachsen und Thüringen – den drei Ländern, in denen die AfD in diesem Jahr herausragende Wahlergebnisse erwartet – gibt es keine Anzeichen dafür, dass die völkische Linie relativiert wird. Parteichef Meuthen wurde beim Landesparteitag in Baden-Württemberg im Februar 2019 für seine verbale Distanzierung von den Rassisten in der Partei von einem Teil lautstark ausgepfiffen. In Nordrhein-Westfalen, dem nach wie vor mitgliederstärksten Landesverband, wird der Streit zwischen Völkischen und Bürgerlich-Konservativen exemplarisch durch die beiden Landessprecher Seifen und Röckemann ausgetragen. Von einer Unterwanderung der Partei durch die Flügel-Leute rund um Höcke ist da die Rede und dass der bürgerliche Teil der AfD von den Höcke-Leuten in „Geiselhaft" genommen werde.

Der Fisch stinkt vom Kopf

Besonders glaubwürdig ist die Distanzierung von Rechtsaußen durch Leute wie Meuthen oder Weidel nicht, denn sie begeben sich immer wieder in Allianzen mit der völkischen Rechten. Sowohl der Partei- als auch die Fraktionsvorsitzende wissen, dass sie ihre Position nur mit einer Duldung durch den Höcke-Flügel halten können. Und ganz offensichtlich wird man die Geister, die man rief, nicht mehr los. Schon die MandatsträgerInnen bis in die Bundestagsfraktion hinein sind für die Parteispitze nicht zu kontrollieren: Der Abgeordnete Seitz forderte Anfang des Jahres, angesichts der Wiedereinreise eines abgelehnten Asylbewerbers, über die Wiedereinführung der Todesstrafe nachzudenken. Im Hessischen Landesverband der JA wird unter Mitgliedern über die Todesstrafe für „Politiker, die ihr Volk verraten" und die Abschaffung des Frauenwahlrechts nachgedacht.



Ganz eindeutig stinkt der Fisch vom Kopf. Ein Blick in das BfV-Gutachten zeigt, dass neben Höcke einer der Kronzeugen für die völkische und nach Sicht des BfV verfassungsfeindliche Aufstellung der AfD der Vorsitzende Gauland ist. Von ihm wird die völkische Rechte nicht nur geduldet, sondern er hat sich deren Positionen weitgehend zu Eigen gemacht. Anscheinend hatten Gauland und die Parteirechte auf die schützende Hand des ehemaligen BfV-Chefs Maaßen gehofft, dessen Sympathien für die AfD offensichtlich waren. Seine Relativierung rassistischer Hetzjagden anlässlich der Neonaziaufmärsche in Chemnitz kostete ihn jedoch schlussendlich das Amt und die AfD einen Fürsprecher im Staatsapparat. Dass Gauland jetzt die Abschaffung des Verfassungsschutzes fordert ist ein schlechter Witz, denn tatsächlich würde die AfD die erste Gelegenheit politischer Machtbeteiligung nutzen, die Dienste zu Instrumenten gegen den Feind auf der Linken zu machen.

Das ist jedoch (noch) Zukunftsmusik. Gegenwärtig bleibt der AfD nur die juristische Anfechtung der Beobachtung. Sie zielt dabei nicht auf die Auseinandersetzung in der Sache, sondern darauf, ob das Amt legitimiert war, die Einstufung der AfD als „Prüffall" öffentlich zu machen. Dadurch würden die Chancen der AfD gegenüber der politischen Konkurrenz geschmälert, zumal solche „Prüffälle" in der Regel nicht öffentlich angezeigt würden. In einer Eilentscheidung des Verwaltungsgerichts Köln wurde der AfD vorläufig Recht gegeben. Mittlerweile wurde bekannt, dass der VS keine Rechtsmittel gegen das Urteil eingelegt hat und der Beschluss damit rechtskräftig wurde.

Für Antifaschist_innen wird es wichtig sein, die Schnittstellen der AfD zur extremen Rechten noch genauer zu dokumentieren und publik zu machen. Wenn aus dem „Prüffall" ein „Beobachtungsfall" wird, ist das nicht zum Schaden der AfD-Schwächung. Und auch für die drohende Perspektive einer politischen Einbindung der AfD durch die Union ist das eine hohe Hürde.

Ist das eine Legitimierung des Inlandsgeheimdienstes? In keiner Weise. Antifaschist_innen erledigen einfach ihre Arbeit. Was der bürgerliche Staat damit macht liegt nicht in unserer Hand. •

BRAUNZONE

Machtkämpfe und Konfliktlinien innerhalb der AfD verlaufen nicht nur zwischen Anhängern des „Flügels" und der vermeintlich gemäßigten „Alternativen Mitte". Auch andere parteiinterne Interessensverbände bekriegen sich mitunter heftig, wie ein Beispiel aus der norddeutschen Provinz exemplarisch belegt. Es geht um die „Christen in der AfD-Nord" und diverse Vereinigungen von Russlanddeutschen in der AfD.

Von Wunderheilern und KGB-Spitzeln

Die „Christen in der AfD" (ChrAfD) sind seit der Frühphase der AfD fester innerparteilicher Bestandteil und Sammelbecken des rechtsklerikalen Flügels, der sich für den „Erhalt christlicher Werte" und der „traditionellen Familie" sowie gegen „Frühsexualisierung und Abtreibung" einsetzt. Nach Einschätzung von Lucius Teidelbaum in Der Rechte Rand ist die AfD für christliche Rechte dank dieses Zusammenschlusses „ein Instrument zur Umsetzung einer christlich-reaktionären Agenda."[1]

Allerdings erst Ende Februar 2018 gründete sich eine Regionalgruppe „Nord", zuständig für die Bundesländer Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein. In einem auf der Homepage der AfD-Ostfriesland veröffentlichten Bericht von Bettina Airaksinen über die konstituierende Sitzung der ChrAfD Nord hieß es zunächst noch, man habe sich „mit harmonischer Doppelspitze gegründet". Man sei „in einem hohen und beglückenden Maße eines Sinnes und guter Dinge", von „Spaltung, Verdrängungswettbewerb und Machtkampf war hier keine Spur", so Airaksinen. Das sollte sich aber schnell ändern. An die Spitze wurden der Vorsitzende des AfD-Kreisverbands Ostfriesland, Reiner Osbild sowie der Bundestagsabgeordnete Waldemar Herdt gewählt, zum Stellvertreter Ralf Fennig. Keine zwei Monate später kündigten Osbild, Airaksinen und andere bereits zur Jahreshauptversammlung der ChrAfD in Wiesbaden am 14. April 2018 einen „Antrag in Sachen Waldemar Herdt" an. Gefordert wurde eine Entfernung Herdts als Vorsitzenden sowie eine „Sperrung für mindestens drei Jahre".

Was war passiert?

Innerhalb der AfD waren Herdts Verbindungen zu rechten Russlanddeutschen und christlichen Sektenführern anonym bekannt gemacht worden. Unter dem Titel „Waldemar Herdt, sein Netzwerk, seine Seilschaften, seine Verbindungen: eine wahrhaft vielseitige Persönlichkeit" kursierte eine aus Internetrecherchen zusammengestellte Infosammlung eines nicht näher benannten „Autorenkollektivs" über den AfD-Abgeordneten.[2] Der Hauptvorwurf in dem 11-seitigen Dokument lautet, Herdt würde als Teil einer Clique rechter Russlanddeutscher mithilfe unlauterer Methoden versuchen, die Deutungshoheit innerhalb der Community in der AfD zu erlangen und die Partei spalten. Es geht also, wie so oft in der AfD, vor allem um Macht und Posten: Herdt strebe, „immer mit dem Heiligenschein der Christlichkeit und der Humanität, nach den ‚Vertriebenen' und anderen Minderheiten und sammelt überall, wo es nur geht, ‚Vollmachten' und Pöstchen", heißt es in dem Dokument. Da die „Agenda nur wenigen bisher wirklich klar" sei, soll die Infosammlung darüber aufklären. Und in der Tat sorgte sie nicht nur innerhalb der „ChrAfD", sondern auch beim Verband „VAdM - Vertriebene, Aussiedler und deutsche Minderheiten in der AfD" für Unruhe.

Die Verbindungen von Herdt zu bekannten Protagonisten der extrem rechten Splittergruppe von Russlanddeutschen, sowohl persönlich als auch organisatorisch, sind zum Teil schon länger bekannt: So unterstützte er Anfang 2017 die Bildung der AfD-Vorfeldorganisation „Koordinierungszentrum der Russlanddeutschen", die von Heinrich Groth geleitet wurde. Groth taucht seit Jahren in extrem rechten Zusammenhängen auf und leitet den dubiosen Verein „Internationaler Konvent der Russlanddeutschen". (Vgl. AIB Nr. 115/2.2017) In diesem „Konvent" sind auch der ehemalige Dürener NPD-Kandidat Johann Thießen sowie der ehemalige Vorsitzende der „Russlanddeutschen in der NPD" und Vizechef des extrem rechten „ARMINIUS-Bund", Andrej Triller aktiv. Letztgenannter war ebenfalls an der Gründung des „Koordinierungszentrums" beteiligt, in dem Herdt bis heute Mitglied ist.

Nachdem Herdt mit der AfD in den Bundestag eingezogen war, stellte Groth ihm im Oktober 2017 im Namen des „Konvents" eine „Vertretungsvollmacht" aus, wonach er dazu ermächtigt werde, sich „für die allgemeinen Interessen der Russlanddeutschen Volksgruppe" einzusetzen. Im Gegenzug wurde Groth wissenschaftlicher Mitarbeiter von Herdt, machte dabei mit vermeintlichen russischen Geheimdienstverbindungen von sich Reden.[3]

Im April 2018 wurde Herdt dann zum Vorsitzenden eines „Volksrats der Russlanddeutschen" ernannt, ein weiterer dubioser Verband, der behauptet, alle Russlanddeutschen zu vertreten, letztlich aber von den altbekannten Rechtsauslegern wie Groth und Triller gegründet wurde und bislang vor allem mit rassistischen Beiträgen auffiel.

Dass der „Konvent", genauso wie das „Koordinierungszentrum" oder der „Volksrat" lediglich mit bedeutungsschwangeren Namen auftritt, real aber über wenige Mit-



Bild Screenshot youTube

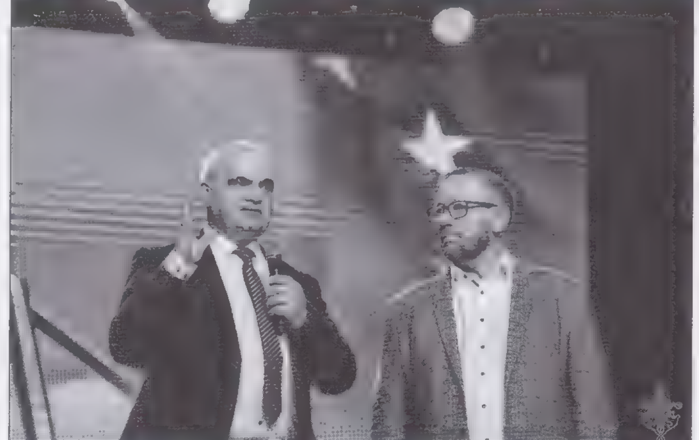


Bild Screenshot facebook

Oben: AfD-MdB Waldemar Herdt redet bei der Gründung des „Volksrats der Russlanddeutschen" am 28. April 2018. Rechts neben ihm sitzt Heinrich Groth.

Unten: AfD-MdB Waldemar Herdt und „Massenpsychotiker" Alexey Ledyaev im März 2019.

glieder verfügt und als rechte Minderheit keineswegs in irgendeiner Form repräsentativ für Russlanddeutsche ist, wird natürlich gerne verschwiegen. Bis heute betont Herdt auf seinen Onlineauftritten diese „Vertretungsvollmacht". Das anonyme „Autorenkollektiv" bewertet sie als „ein Auftrag, sich als AfD-Mann im deutschen Bundestag für die Ziele der vermutlich aus NPD und KGB-Kadern speisenden marzahner Kernmannschaft" (gemeint ist der „Konvent") einzusetzen.

Konkurrenzkampf

Andere Gruppierungen, die sich als Interessensvertretung von Russlanddeutschen innerhalb der AfD gebildet haben, konkret die „Interessensgemeinschaft der Russlanddeutschen" (IGdRD) werden von Groth laut dem Dokument als Konkurrenz betrachtet. Hintergrund dürfte auch sein, dass bei der Gründung der IGdRD im August 2017 Herdt erfolglos für den Vorstand kandidiert hatte. Die IGdRD solle nun offenbar kaltgestellt werden.

Aus diesem Grund soll sich Herdt mit Unterstützung von Fennig und „einigen Getreuen" an die Spitze der „ChrAfD Nord" habe wählen lassen. Sie stellen die Behauptung in den Raum, Fennig solle Mitglieder nur selektiv zur Gründung eingeladen haben, um Herdts Wahl sicherzustellen. Seitdem habe Herdt angeblich „wiederholt und hartnäckig eine Allein-Kompetenz an sich gerissen und Aussagen getätigt, die durch Beschlüsse nicht gedeckt waren, sowie durch eine inzwischen nachweisbare Doppelstrategie und Unehrlichkeit für sehr großen Unmut gesorgt", so das Autorenkollektiv. Seinen Sprecherkollegen Osbild hätte er „systematisch ignoriert und faktisch ausgebootet". Zudem führen die KritikerInnen Verbindungen zu einem „Massenpsychotiker Ledyaev" aus Kasachstan und dem „wegen aller möglicher Rechtswidrigkeiten und Okkultismen von undurchsichtigen Finanzen bis hin zu vermuteten schwarzen Messen" bekannten „Sektenführer Benny Hinn"[4] ins Feld.

Da der Bundestagsabgeordnete Anfang Februar 2018 zudem einen Mitgliedsantrag beim „VAdM" gestellt hatte, wuchsen bei nicht wenigen AfDlern die Zweifel. Herbert Karl, der neben Vadim Derksen[5] Vorsitzender der VAdM ist, suchte bei der bereits erwähnten ChrAfD-Versammlung im April 2018 das Gespräch mit Herdt, konfrontierte ihn mit den Vorwürfen, „einen Gegenpol zur Interessengemeinschaft (...) aufzubauen" sowie den „Konvent" zu unterstützen, in dem „eine Vielzahl von NPD-Mitglieder und ehemalige Sowjet-Spitzel tätig" seien. Eine Einigung fand allerdings nicht statt, „Herdt ist nicht von seiner Option für den Konvent abzubringen", so das Resümee.

Obwohl sich der Konflikt infolge dessen weiter zuspitzte, ist er bis heute nicht gelöst. Bei der „ChrAfD-Nord" eskalierte die Debatte auf ihrem E-Mailverteiler und dem internen WhatsApp-Chat, es kam zu Austritten. Die Herdt-Kritiker wollten ihn entmachten und wandten sich an den Bundesvorstand, der mit einen „Kriseninterventionsteam" alle Beteiligten an einen Tisch zu bringen versuchte. Letztlich scheiterten sie, bis heute ist Herdt Sprecher der „ChrAfD-Nord". An anderer Stelle musste er jedoch einen Rückschlag einstecken: Herdt blieb nicht untätig und rief eine neuerliche Vereinigung namens „Russlanddeutsche für die AfD" mit ins Leben (unter Beteiligung von Groth), brachte damit aber wohl das Fass beim VAdM endgültig zum Überlaufen, die ihn nach mehrmonatigem Hadern schließlich als Mitglied ablehnten. •

1 „Christen in der AfD", „der rechte rand" Ausgabe 170, Januar 2018, www.der-rechte-rand.de/archive/ 3142/christen_in_afd/ **2** Das Dokument hat den Metadaten zufolge als Autorenangabe „Protschka Stephan Mitarbeiter 02" (Protschka sitzt für die AfD im Bundestag), wurde von „Bettina" bearbeitet und am 12. April 2018 um 23.30 Uhr im Bundestag erstellt **3** www.focus.de/magazin/archiv/politik-afd-beschaeftigt-prorussischen-propagandisten-im-bundestag_id_8514047.html, www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-mitarbeiter-der-afd-fraktion-dementiert-zusammenarbeit-mit-geheimdienst-a-1195125.html **4** Der US-amerikanische Fernsehprediger tritt auch als „Wunderheiler" auf **5** Vadim Derksen arbeitet als Mitarbeiter für den AfD-Bundestagsabgeordneten Stephan Protschka

ANTIFA

Bei der dritten Nika-Konferenz wurde darüber diskutiert, wie linker Antifaschismus langfristig wieder in die Offensive kommen kann.

How we win

GASTBEITRAG VON TOP B3RLIN

Wie die Zeit vergeht. Auch die Kampagne „Nationalismus ist keine Alternative" (Nika) gibt es nun seit mehr als drei Jahren. Sie wurde Anfang 2016 unter dem Motto „gegen die Festung und ihre Fans" von verschiedenen linksradikalen Gruppen gegründet. Ziel war, dem Ping-Pong des Grauens zwischen den Faschisten der „neuen Rechten" und der sogenannten Mitte der Gesellschaft samt ihrer Abschottungspolitik etwas entgegenzusetzen. Jenseits der üblichen Formen antifaschistischer Einpunkt-Mobilisierungen sollte eine niedrigschwellige Mitmachkampagne den bundesweiten Rahmen bieten, um die Normalisierung der Rechten nach dem „Summer of Migration" praktisch zu stören und die eigene Organisierung kontinuierlich zu stärken. Seitdem ist einiges passiert; sowohl im Rahmen der Kampagne wie im Rest der Gesellschaft. Der Versuch der Etablierung einer rechten Hegemonie zeigte sich dabei vielleicht am deutlichsten an den penetranten Versuchen, ausgerechnet den „offenen Dialog" mit den Rechten zum Ausweis demokratischer Gesinnung zu verklären. Nachdem die AfD im Herbst letzten Jahres auch in die letzten zwei Landtage einzog, Horst Seehofer immer noch Innenminister ist und die extrem rechte Regierung in Österreich fest im Sattel sitzt, wurde im Januar an der Humboldt Universität in Berlin die naheliegende Frage diskutiert: How we win?[1]

Mehr als 400 Aktivist_innen, aus dem gesamten Bundesgebiet, Österreich, Tschechien, Großbritanien und anderen Teilen Europas diskutierten in diesem Sinne inhaltliche Fragen, wie z.B. die Analyse der autoritären Formierung oder die Bedeutung von Feminismus, Antirassismus und einer neuen Klassenpolitik. Bemerkenswert war dabei, dass ein antirassistischer Feminismus von Aktivist_innen aus verschiedenen Ländern inzwischen als zentraler Ansatzpunkt für eine Verbreiterung linker Politik benannt wurde. In der inhaltlichen Auswertung der Konferenz scheint uns darüber hinaus zweierlei klar: Zum einen sollte sich die antifaschistische Linke vom medialen Gegenwind nicht verwirren lassen. AfD und Co stehen für einen modernisierten Faschismus, der die klassische, bewegungsförmig organisierte Ablehnung der parlamentarischen Demokratie, eine auf territoriale Zugewinne orientierte Expansion und eine auf strikte völkische Homogenität ausgelegte Politik des historischen Faschismus flexibilisiert. Nun geht es um eine autoritäre Wende innerhalb der bestehenden Institutionen: Ausnahmezustand und Verselbstständigung der Exekutive werden selektiv in den Rechtsstaat integriert, diktatorische Elemente (Präsidialdemokratie) in den Parlamentarismus eingebaut. Diese interne Wendung macht den neuen Faschismus nicht weniger gefährlich. Weder ist seine weitere Radikalisierung bei einer Verschärfung der Krisen ausgeschlossen; zwischen dem offenen Faschismus wie in der Türkei und einem vermeintlich kommoden Reaktionär wie Alexander Gauland liegt manchmal nur eine Wirtschaftskrise[2]. Noch sollte das Gewaltpotential einer illiberalen Demokratie in den Zentren des Kapitalismus unterschätzt werden: Wenn sich der autoritäre Wettbewerbsstaat von Menschen- und Minderheitenrechten „befreit" und seiner ideologischen Rechtfertigungszwänge entledigt, macht das weitaus brutalere Politiken als heute möglich. Der Begriff „Rechtspopulismus" ist daher längst eine unglückliche Verharmlosung. Die orthodoxe Fixierung auf den historischen Faschismus samt seiner damaligen Entstehungsbedingungen, die den Begriff neunmalklug bloß für eine vergangene Epoche reservieren will, verkennt die Wandelbarkeit des Faschismus und tendiert ebenfalls zur Verharmlosung[3]. Denn auch wenn bestimmte Faktoren heute so nicht vorliegen (wie z.B. eine starke Arbeiter_innenbewegung, gegen die sich der historische Faschismus richtete) ist doch der faschistische Modus gleich geblieben - der Ansatz, angesichts einer multiplen Krise des Kapitalismus, das Glück des einzelnen Menschen mit offener Begeisterung dem „Wohlergehen von Staat und Nation" unterzuordnen. Dass auch der „liberale" Standortnationalismus und seine marktkonforme Demokratie das Glück von Menschen massenhaft durchstreichen, widerspricht dem nicht. Vielmehr markiert die faschistische Identifikation mit der nationalistischen Auslöschung des Individuums einen Umschlag von Quantität in Qualität, der die radikale Linke dazu zwingt, auch den neuen Faschismus als spezifische Form kapitalistischer Krisenlösung mit eigener Dynamik ernst zu nehmen.

Zum anderen scheint uns als Ergebnis der Konferenz klar, dass der neue Faschis-



Foto: Gregor Fischer (CC BY ND 2.0)

mus nur eine autoritäre Formierung der Gesellschaft verschärft, die ihm vorausgeht. Gemeinsame Grundlage ist die Verschärfung des Kampfes um ein Stück vom Kuchen in der Weltmarktkonkurrenz. Die Wette der neuen Faschisten und ihrer „autoritären Demokratie“ ist schlicht, dass die liberalen Demokratien „in den kommenden Jahrzehnten nicht imstande sein werden, ihre globale Wettbewerbsfähigkeit aufrechtzuerhalten“ (Victor Orban). Sie haben die Erbarmungslosigkeit der ökonomischen Konkurrenz auf ihrer Seite. Denn inhaltliche Klammer der autoritären Formierung ist die Sorge um den nationalen Standort in einem rauer werdenden Kapitalismus. Ihm sollen Bedürfnisse und Interessen der einzelnen Menschen untergeordnet werden. Diese politische Ökonomie des Rechtsrucks erklärt auch, warum jede Politik, die diese Konstellation nur besser verwalten will, mit schlafwandlerischer Sicherheit nach rechts treibt. Im jeweiligen Ausmaß scheiden sich dabei, wie gesagt, die Geister, aber der Ansatz verbindet Grüne wie Boris Palmer, Sozis wie Andrea Nahles und „Linke“ wie Sahra Wagenknecht mit den Gaulands der AfD und Seehofers der Union. Hier ziehen wir einen klaren Trennstrich zu allen Akteur_innen von Abschiebung und Abschottung. Denn die rechte Offensive kann nicht durch Anpassung an sie gestoppt werden. Doch auch wer den zivilgesellschaftlichen Schulterschluss mit dem Neoliberalismus von Macron und Merkel sucht, kämpft auf verlorenem Posten. Kulturelle Emanzipation gegen ökonomische Fragen auszuspielen, besorgt das Geschäft der Rechten und die Opposition gegen eine Ordnung, die das Elend hier und anderswo massenweise produziert, im Sinne einer schwarz-grünen Staatsräson den Rechten zu überlassen, ist keine gute Idee. Gegen den Rückzug auf den Nationalstaat setzen wir daher vielmehr auf grenzübergreifende Solidarität und antikapitalistische Konflikte. Das heißt: Wenn wir mit bürgerlichen Kräften zusammenarbeiten, müssen wir sie auch in die Verantwortung nehmen für das, was sie möglich machen. Dafür braucht es



nicht nur Antifaschismus, sondern auch Klassenkampf – d.h. den Mut, den Konflikt mit den ProfiteurInnen des Krisenkapitalismus zu suchen und z.B. ihre #Enteignung ins Spiel zu bringen. Wie die Entwicklung einer grenzübergreifenden antikapitalistischen Praxis als zweitem Standbein der antifaschistischen Linken genau aussehen kann, dafür gibt es von der solidarischen Stadt bis zum Amazon-Logistikcenter und dem Frauenstreik inzwischen einige Versuchsfelder. Gemeinsame Herausforderung scheint hier, wie es gelingen kann, jenseits der Teilbereiche gemeinsam sichtbar zu werden und den Rechten samt ihrer Spaltung in „Innen und Außen" endlich das Skandal-Monopol zu nehmen – und es durch den Konflikt „Oben gegen Unten" zu ersetzen.

Antifa Skillsharing

Zugleich wurden bei der Konferenz in verschiedenen Workshops praktische Techniken geteilt und die regionale Vernetzung gestärkt. Die erweist sich als relativ erfolgreich: Inzwischen gibt es Nika-Bündnisse bereits in Hamburg, NRW, Berlin, Bayern und Sachsen. Auch praktische Absprachen wurden getroffen. In diesem Jahr sollen nach dem 8. März und der Europawahl vor allem der Wahlkampf der AfD bei den Landtagswahlen im Osten, wo in Sachsen eine Öffnung der Union für Koalitionen mit der extremen Rechten droht, der gemeinsame Orientierungspunkt werden. Denn auch wenn die autoritäre Formierung eine gesamtgesellschaftliche Entwicklung ist, ist die AfD doch ihr organisatorisches Rückgrat. Sie professionalisiert und institutionalisiert sich, faschisiert Institutionen wie Polizei, Militär und Justiz von innen und kann Dank öffentlicher Gelder, Spenden und Mitgliedsbeiträge expandieren. Ihre Niederlage muss Mindestmaß und zugleich die unwichtigste Forderung sein. Darunter geht nichts, darüber geht es um alles. Aber ihre Infrastruktur wie ihre Normalisierung in der Öffentlichkeit sind angreifbar: Die kleinteiligen Aktionen gegen die Infrastruktur der AfD, wie in Berlin z.B. die Mobilisierung „Kein Raum der AfD", zeigen bereits einige Erfolge[4]. Offenbar ist es möglich den Rechten im Alltag das Leben schwer zu machen, obwohl sie im Bundestag sitzen. Zweiter wichtiger Praxis-Punkt: Organisierung und Vernetzung! Denn die Gesellschaft wird nicht einfach insgesamt „rechter". Der



Foto: Tim Lüddemann (CC BY NC ND 2.0)

Faschismus polarisiert – und das ist auch eine Chance für die antifaschistische Linke. Aber um die Polarisierung nutzen zu können, müssen wir uns organisieren. Der Aufruf war in Berlin daher klar: Schaffen wir niedrigschwellige Angebote, die für all jene wahrnehmbar sind, die wütend sind und Angst haben, aber nicht wissen was sie (alleine) tun können. Bieten wir offene Treffen für Interessierte an; Bauen wir ein, zwei, drei, viele Jugendantifagruppen auf! Die Organisierten sollten den (noch) unorganisierten Anlaufpunkte bieten und ihnen helfen, eigene Gruppen und Strukturen zu schaffen. So verstetigen wir den Kampf gegen den neuen Faschismus und werden handlungsfähiger. Dafür müssen wir ansprechbar sein – und ansprechen. Radikalität und Verständlichkeit schließen sich dabei nicht aus. Also raus aus der eigenen, antifaschistischen Blase. Je mehr unsere Sprecher_innen in der Presse zu Wort kommen, desto besser. Instagram, Facebook und Twitter sind nicht unsere Freunde, aber die Plattformen mit der höchsten Reichweite und der Möglichkeit direkter Kommunikation mit Vielen, die verteilt und vereinzelt sind. Zugleich gilt: Pressearbeit, Videos, Flyer und Social Media sind schön und gut, aber ansprechbar sein heißt auch im „Real life" vor Ort zu sein.

Außerdem wurde davor gewarnt, alte strategische Fehler zu wiederholen. Die deutliche Artikulation der eigenen Kritik und erfolgreiche Bündnisarbeit sind keine Gegensätze. Im Gegenteil: Bündnisse sind wichtig – umso mehr, je tiefer man in der Provinz ist. Wo weder Zivilgesellschaft noch Gegenkultur existiert, müssen sie aufgebaut werden. Wo sie vorhanden sind, gilt es sie innerhalb von Bündnissen mit pointierten Aktionen bei Demonstrationen, Kundgebungen u.ä. auf ihre blinden Flecken hinzuweisen. Differenzierung ist dabei wichtig: Ein defensiv auf Wahlen ausgerichtetes „Aufstehen gegen Rassismus" eröffnet uns weniger Möglichkeiten, als der Grundkonsens von #unteilbar, der immerhin schon die soziale Frage mit Freiheitsrechten und Antirassismus zusammen denkt. Dabei gilt es immer auch das Aktionsfeld zu erweitern und die Bündnispartner dazu zu bringen, Stellung zu beziehen. Eine Kundgebung gegen einen AfD-Stand oder -Parteitag ist schön, aber kein AfD-Stand oder -Parteitag sind viel schöner – und im Bereich des Möglichen. Unsere Erfahrung zeigt: Wenige Organisierte können reichen, um aus einer passiven Menge eine aktive Blockade zu machen. Wir sollten nicht vergessen, dass auch die Verhinderung von NPD-Demos lange Zeit nur ein Ziel der autonomen Antifa war. Es ist nicht unmöglich, dass AfD-Parteitagen dasselbe Schicksal widerfährt. Natürlich: Damit unterlaufen wir tatsächlich einen in alle Richtungen „offenen Diskussionsprozess", aber das aus Gründen. Denn indem der Faschismus zahllose Menschen aufgrund von Zuschreibungen, für die sie nichts können, ausschließt, schließt er sich selbst aus der Debatte aus. Insofern sind wir gerne die „intolerante Antifa". Wir tolerieren keinen Faschismus und auch niemanden, der ihm eine Plattform bietet. Auch 20 Prozent Rechte sind weniger ein Problem als ein gesellschaftliches Umfeld, das sie zwanghaft zum Diskussionspartner adeln möchte. Veranstaltungen mit FaschistInnen müssen daher mit uns rechnen. Und auch wenn es nicht immer gute Presse bringt: Diese Form des antifaschistischen Spielverderbertums gilt es weiter konsequent umzusetzen – ob in der Uni, der Schule, dem Betrieb oder im Kiez.

Insgesamt wurde bei der Konferenz in Berlin klar: Wieder in die Offensive zu kommen, wird für die antifaschistische Linke eher Marathonlauf als Sprint. Wir sollten uns also auf langfristige Arbeit, neue Ideen und kontinuierliche Organisierungsprozesse einstellen. Keinen Grund aber gibt es die eigene Ohnmacht ausgerechnet jetzt zum Programm zu erheben. Die Affäre um den ehemaligen Verfassungsschutz-Präsidenten Maaßen hat gezeigt, dass die faschistischen Träume selbst im repressiven Staatsapparat noch nicht in den Himmel wachsen – und was eine gesellschaftliche Gegenmobilisierung bewirken kann. Von der Feuerwehrpolitik weg, aus dem Verteidigungsmodus raus und langfristig wieder in die Offensive zu kommen, das ist jetzt die Aufgabe. •

1 Mehr Eindrucke von der Konferenz gibt es hier: https://nationalismusistkeinealternative.net/erster-rueckblick-auf-die-nika-konferenz-in-berlin-video-und-pressespiegel/ **2** Vgl Floris Biskamp: https://katapult-magazin.de/de/artikel/artikel/fulltext/andere-laender-andere-populismen/ **3** Vgl. dafür zum Beispiel: https://jungle.world/artikel/2018/38/alles-faschos-ausser-mutti **4** Vgl. http://keinraumderafd.blogsport.eu/2019/01/24/how-to-kein-raum-der-afd/

RASSISMUS

Dänemark: Delegitimierung der Europäischen Menschenrechtskonvention

Am 21. Februar diesen Jahres wurden die letzten humanitären Züge in der dänischen Flüchtlings- und Integrationspolitik vollständig beseitigt. An diesem Tag wurde der Beschluss L 140, mit der Sozialdemokratie als Mehrheitsbeschafferin, durchs Parlament gewunken. Dieser Beschluss beendet jegliche Integrationsbemühungen von staatlicher Seite, definiert gewährtes Asyl als einen schnell vorübergehenden Status und unterzieht legale Aufenthaltstitel einer Überprüfung mit dem Fokus auf Aberkennung. Und das alles mit der Vorgabe, immer an die Grenzen der Europäischen Menschenrechtskonvention zu gehen.



Schon im Herbst letzten Jahres sorgte eine neue Verschärfung der Ausländer_innengesetzgebung für Furore. Inger Støjberg, Integrationsministerin der liberalen Regierungspartei Venstre, verkündete, straffällige und zur Abschiebung verurteilte Migrant_innen sowie Menschen, die keinen legalen Aufenthaltstitel besitzen, aber aufgrund der Situation im Heimatland nicht abgeschoben werden können auf der winzigen, unbewohnten Insel Lindholm in der Stege-Bucht zu internieren. Lindholm war bis dato für die Öffentlichkeit gesperrt und wurde zur Forschung an Maul- und Klauenseuche sowie Tollwut genutzt. Zum Bedauern der „Dänischen Volkspartei" (DVP) verhindert die Europäische Menschenrechtskonvention, dass die Menschen gänzlich auf der Insel isoliert werden können. Es müssen also Fährfahrten auf das Festland angeboten werden. In ihrem Rassismus konsequent kündigten Støjberg und Martin Henriksen von der DVP aber an, an die Grenzen der Konvention zu gehen: Die Fähre wird „so selten wie möglich fahren und so teuer wie möglich sein"[1]. Die Fährfahrt für die Menschen unerschwinglich zu machen, dürfte bei einem Taschengeld von 31 Kronen am Tag kein allzu schwieriges Unterfangen werden. Wie groß die symbolische Bedeutung dieser Maßnahme ist und wie weit die Parteien bereit sind, dafür zu gehen, zeigen die anstehenden Kosten. Die Internierung auf der Insel wird ca. 1,8 Millionen Kronen für jede_n Gefangene_n pro Jahr kosten und damit 1,6 Millionen teurer sein als die bisherige Unterbringung in einem Abschiebelager auf dem Festland. Die Empörung über so eine Maßnahme bleibt (mal wieder) aus. Das Thema wird in den Medien breit diskutiert, aber die Legitimität, Menschen auf einer einsamen Insel einzusperren, wird nicht ernsthaft in Zweifel gezogen.

Dieser sogenannte „Paradigmenwechsel" in der dänischen Asyl- und Integrationspolitik durch das Gesetzespaket L 140 ist am ersten März diesen Jahres in Kraft getreten. Es beinhaltet nicht nur eine Reihe massiver Gesetzesverschärfungen, sondern hat eine viel weitereichende Agenda. Der Kernpunkt dieses Paketes ist die vollständige Verabschiedung vom Integrationsgedanken. Zusammengefasst werden die verschiedenen Punkte unter der Zwischenüberschrift: „Von Integration zur Zeitweiligkeit, Selbstversorgung und Heimreise."[2] Geflüchtete sollen in Dänemark möglichst wenige Anknüpfungsmöglichkeiten erhalten und sich nicht die Illusion machen, dass sie erwünscht wä-

Links: Martin Henriksen – Dänischer Politiker und Abgeordneter der „Dänischen Volkspartei" (DVP) im dänischen Parlament „Folketinget" im Dezember 2012.

Rechts: Der damalige österreichische Bundesminister Sebastian Kurz trifft die dänische Integrationsministerin Inger Stojberg bei einem Besuch des Integrationszentrums des Österreichischen Integrationsfonds im November 2016.



ren. Der Aufenthalt soll so kurz und unangenehm wie möglich sein.

Aber auch Menschen, die schon einen legalen Aufenthaltsstatus haben, geraten in den Fokus dieses Gesetzes. Bei der Überprüfung von Aufenthaltstiteln muss ein „maximaler Fokus auf die Möglichkeit einer Entziehung gelegt werden". Bei jeder Überprüfung ist an die Grenze der Menschenrechtskonvention zu gehen. Dass auch Übertretungen der Konvention fest eingeplant sind, macht Henriksen deutlich: „Es wird Fälle geben, bei denen Dänemark die Konvention brechen wird. So ist es nun einmal, wenn man die Leute bittet, bis an die Grenze zu gehen."[3] Es werden dafür Stellen geschaffen, deren einzige Aufgabe es ist, mindestens 300 Aufenthaltstitel im Jahr einer solchen Überprüfung zu unterziehen. Für die nächsten vier Jahre werden dafür 100 Millionen Kronen (13,3 Millionen Euro) bereitgestellt.

Außerdem sollen nach drei Jahren die ohnehin schon kümmerlichen, monatlichen Leistungen von 2.000 Kronen (266 Euro) pro Familie verringert werden. Caroline Maier von der Partei „Die Alternative" merkt dazu an, dass hier das Grundgesetz, welches eine Lebens- und Existenzgrundlage für alle Menschen in Dänemark vorschreibt, potentiell nicht eingehalten werden könne.[4]

Der Kampf gegen die Menschenrechtskonvention

Die „Dänische Volkspartei" betreibt die Delegitimierung der 1953 in Kraft getretenen Europäischen Menschenrechtskonvention. Sie wird einerseits als Einmischung von außen angesehen, andererseits als veraltet und ein Werkzeug der „Gutmenschen", mit dem die freie Meinungsäußerung zensiert und die politische Korrektheit hochgehalten werde. Wie nahe die DVP ihrem Ziel schon gekommen ist, zeigt sich darin, dass die Liberalen und Sozialdemokraten immer häufiger bereit sind „an die Grenzen" dieser Konvention zu gehen. Schon 2017 forderte Henriksen, dass „die Europäische Konvention aus dem dänischen Gesetz genommen werden soll."[5]

Die Verabschiedung des Paketes L 140 zeigt, dass die dänische Politik scharf nach rechts geht. Die Sozialdemokraten sehen, wie sie selbst in einem Wahlspot sagen, „auf dem Gebiet der Ausländer_innenpolitik kaum noch Unterschiede zu der Politik der DVP". Daher ist es lediglich ein propagandistischer Schachzug, von einem Paradigmenwechsel zu sprechen. Dieser hat schon vor vielen Jahren stattgefunden und die jüngste Verabschiedung ist nur der vorläufige Höhepunkt eines jahrelangen politischen Kampfes der (extremen) Rechten in Dänemark. Spätestens im Juni 2019 finden dort Parlamentswahlen statt. Ein Regierungswechsel zugunsten des „roten" Blockes mit der Sozialdemokratie an der Spitze scheint wahrscheinlich. Diese haben aber auch jetzt schon deutlich gemacht, dass sie das Gesetzespaket nicht zurücknehmen werden. Und auch die „Dänische Volkspartei" ruht sich nicht auf ihrem Erfolg aus. In Dänemark sind Neonazis zwar eine Randerscheinung und rechte Straßengewalt kaum vorhanden. Trotzdem kann einem bei dem mittlerweile etablierten Rassismus und Nationalismus im Parlament und den Institutionen Angst und Bange werden. •

1 www.dr.dk/nyheder/politik/stoejberg-prisen-paa-faergen-vaek-fra-udrejse-oe-skal-vaere-saa-hoej-som **2** www.dr.dk/nyheder/politik/enlige-paa-integrationsydelse-faar-2000-mindre-om-maaneden **3** www.altinget.dk/artikel/paradigmeskifte-saadan-vil-et-flertal-bruge-knap-100-millioner-paa-at-opspore-udlaendinge-der-kan-sendes hjem **4** www.ft.dk/samling/20181/lovforslag/l140/beh3/forhandling.htm **5** www.bt.dk/politik/df-europaeisk-konvention-skal-skrives-ud-af-dansk-lov

RASSISMUS

Ankerzentren

Zynische Wortspiele

Schlacht der Euphemismen könnte man die offizielle Namensgebung in der deutschen Asylpolitik nennen. Es gibt Erstaufnahmeeinrichtungen, Ankunftszentren, Ausreisezentren, Ankunfts- und Rückführungseinrichtungen (ARE), Transitzentren, besondere Aufnahmeeinrichtungen (BAE) und nun Ankunfts-, Entscheidungs- und Rückführungszentren (AnkER-Zentren). All diese Bezeichnungen versuchen, die „Irrsinnswelt“[1] von Geflüchteten-Lagern zu verharmlosen.

Der Begriff „Ausreisezentrum“ belegte 2002 gar den zweiten Platz bei der Wahl zum Unwort des Jahres. In diesen Zentren sollen Geflüchtete, die nicht abgeschoben werden können, zur „freiwilligen“ Ausreise gezwungen werden. Um eine erneute Integration zu verhindern und ein Aufrechterhalten der sozialen Kontakte unmöglich zu machen, sind diese Einrichtungen weit abgelegen. Ziel ist es, die Lebensbedingungen so unattraktiv wie möglich zu gestalten, damit sich ein Gefühl der Hoffnungs- und Perspektivlosigkeit ausbreitet. Zu den Maßnahmen in den Lagern zählen regelmäßige Verhöre zwecks Identitätsfeststellung, Botschaftsvorführungen, Entzug der Geldleistungen und Zimmerdurchsuchungen.

Demnach sind die von Horst Seehofer „erdachten“ Ankerzentren (AZ) weder besonders noch neu. Auch sonderlich beliebt sind sie nicht: nur im Saarland und in Sachsen gibt es außerhalb Bayerns noch je ein AZ. Die restriktive Behandlung Geflüchteter ist allerdings schon lange ein deutschlandweites Problem. In allen Bundesländern werden Lager betrieben, die alle Entscheidungsinstanzen, Erstaufnahme- und Abschiebungslager unter einem Dach vereinen. Da die Verteilung der Geflüchteten auf Städte und Gemeinden erst erfolgt, wenn ein Schutzstatus positiv festgestellt worden ist, verlängert sich der Aufenthalt der Internierten in den Lagern beständig.

Alle Lager haben gemein, dass sie die Bewegungsfreiheit, Selbstbestimmung, sowie gesellschaftliche Teilhabe Geflüchteter einschränken. Von hohen Zäunen umgebene Containerdörfer oder ausgediente Kasernen, die nur nach Ausweiskontrolle betreten werden können, stellen oft über Jahre den Lebensmittelpunkt Geflüchteter dar. In 4- bis 8-Bett-Zimmern, deren Türen nicht verschließbar sind, werden bis zu 1.500 Menschen pro Lager zusammengepfercht. Zwar dürfen die Menschen das Lager verlassen, die Bewegungsfreiheit ist aber durch Residenzpflicht und tägliche, zentrale Essensausgabe eingeschränkt. Besuch dürfen die Geflüchteten nicht empfangen. Es gilt das Prinzip Sach- statt Geldleistungen, um „Fehlanreize bei Menschen ohne Bleibeperspektive“[2] zu vermeiden. Kochmöglichkeiten sind nicht vorgesehen. Geflüchtete erhalten ein Nahverkehrsticket, etwa 90 Euro „Taschengeld“ pro Monat, und können - wo möglich - auf 80-Cent-Basis arbeiten.

Nachdem Geflüchtete mithilfe des „EASY-Systems“ (Erstaufnahme Asyl) auf die Bundesländer verteilt wurden, müssen sie die ihnen zugewiesenen Lager beziehen. In den AZs angekommen, soll die persönliche Anhörung direkt bei Stellung des Asylantrags durchgeführt werden, meist innerhalb der ersten zwei Tage. Hier lernen die Geflüchteten erstmals ihre „Entscheiderinnen und Entscheider“ [sic!] kennen, welche über den Ausgang des Asylantrags, nun ja, entscheiden. Laut Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) ist dies „der wichtigste Termin innerhalb ihres Asylverfahrens“.[3] Da die Lager jedoch abgelegen sind, ist es für Geflüchtete schwer, in oft weit entfernten Städten einen Anwalt zu finden. „Dies wird zur Folge haben, dass Asylantragsteller während der persönlichen Anhörung überwiegend nicht anwaltlich vertreten sein werden“, warnte die Bundesanwaltskammer 2018.[4] Zusätzlich haben Hilfsorganisationen oft nur beschränkten Zugang zu den Lagern, da die Lagerleitungen kritischen Organisationen oft den Zugang verwehren. In bayerischen AZs übernimmt das BAMF selbst die „unabhängige“ Beratung, wobei fraglich ist, ob im Falle eines negativen Bescheides BAMF-Berater_innen ausreichend über die Möglichkeiten der Klage gegen den eigenen Arbeitgeber informieren. Eine unabhängige Rechts- und Verfahrensberatung kann so in den Lagern nicht oder nur unzureichend gewährleistet werden.

Eine „gute Bleibeperspektive“ haben nur Menschen aus Ländern, deren Schutzquote über 50 Prozent beträgt. Welche Länder diesem Kriterium entsprechen, wird halbjährlich festgelegt - anhand der Prozentzahl erfolgreicher Asylanträge im jeweiligen Zeitraum, der sogenannten „Schutzquote“. Im Jahr 2019 sind das Irak, Iran, Syrien, Eritrea und Somalia. Zwar ist das BAMF eine Bundesbehörde und alle Asylanträge sollten unter den gleichen Maßgaben entschieden werden, doch gibt es erhebliche Unterschiede der Schutzquoten in den verschiedenen Bundesländern. 2017 etwa lag die „bereinigte Schutz-



Das sogenannte „Zentrum für Ankunft, Entscheidung, Rückführung" (AnkER) in Zirndorf. Dessen Ziel ist es, die Lebensbedingungen so unattraktiv wie möglich zu gestalten, damit sich ein Gefühl der Hoffnungs- und Perspektivlosigkeit ausbreitet.

quote" für Afghan_innen bundesweit bei etwa 47 Prozent, in Bayern jedoch bei nur 38 Prozent und in Brandenburg bei etwa 32 Prozent. Im oberbayerischen Ankerzentrum in Manching, damals noch „Transitzentrum" genannt, sogar nur bei 27 Prozent.

Insgesamt soll die Aufenthaltszeit eines Erwachsenen dort in der Regel 18 Monate nicht überschreiten, bei Familien mit minderjährigen Kindern in der Regel sechs Monate. Streben Asylsuchende allerdings Gerichtsverfahren gegen negative Asylbescheide an, müssen sie oft Jahre auf eine Entscheidung warten. Während dieser Zeit müssen sie im Lager bleiben. Gegen rund 90 Prozent der negativen Asylbescheide wird geklagt. In den ersten drei Quartalen 2018 gingen knapp ein Drittel aller Gerichtsentscheidungen zu Gunsten von Geflüchteten aus, bei Afghan_innen sogar etwa 58 Prozent.[5]

Die Probleme der politisch schön geredeten Effektivitätssteigerung und der Maßgabe der Asylpakete I & II 2015/2016, schnell viele Entscheidungen zu produzieren, werden hier ersichtlich. Besonders deutlich wird der Irrsinn bei Geflüchteten, die zwar „ausreisepflichtig" sind, bei denen aber die „Abschiebung vorübergehend ausgeschlossen" ist. Geflüchtete mit solch einer „Duldung" müssen ebenso in den AZs bleiben, wie Geflüchtete, deren Identität nicht eindeutig geklärt ist oder deren Heimatländer nicht mit den deutschen Behörden kooperieren. 2017 lebten 25.318 Menschen länger als acht Jahre in diesem prekären aufenthaltsrechtlichen Zustand der Duldung.

Besonders Kinder und Familien leiden unter der Lagerunterbringung und ihnen steht gesetzlich besonderer Schutz zu. Von den etwa 8.000 Geflüchteten in bayerischen AZs sind 2.000 Kinder und Jugendliche. 2017 waren fast 45 Prozent der Geflüchteten Kinder und Jugendliche. Alleinreisende Jugendliche müssten laut Sozialgesetzbuch (SGB) vom Jugendamt betreut werden, werden aber zwecks Altersfeststellung auch in AZs verbracht. Kinder müssten laut EU-Recht nach drei Monaten Zugang zum Regelschulsystem erhalten, der unterkunftsinterne Ersatzunterricht ist unzureichend. Oft wird der Schulbesuch jedoch erst nach einer Gerichtsentscheidung gewährt.

Und dann sind da noch die Abschiebungen. Menschen, die nach ihrer Flucht in die Lager „aufgenommen" werden, müssen mit ansehen, wie Geflüchtete mit Polizeigewalt abgeschoben werden. In diesem Klima der Hoffnungslosigkeit und Angst, vielleicht auch Wut, sollen sich Geflüchtete deutsche Werte einverleiben, sich dankbar zeigen. Der deutschen Bürokratie in ihrer ungerechtesten Form ausgeliefert, schwebt über ihnen stets die Ablehnung des Asylantrags, die Ausreisepflicht, Verzweiflung. Und Warten. Jahrelanges Warten. Diese Perspektivlosigkeit, das Gefühl, völlig machtlos und allein zu sein, ist zynisches Kalkül. Menschen und ihre Rechte werden fahrlässig mit Füßen getreten. Alles für die Abschreckung und ein fadenscheiniges Gefühl der Sicherheit. •

1 Orig.: „mad world"; Hannah Arendt: „We Refugees" **2** www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/effektive-verfahren-fruehe-integration-316304 **3** www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Broschueren/das-deutsche-asylverfahren.pdf?__blob=publicationFile **4** www.brak.de/zur-rechtspolitik/stellungnahmen-pdf/stellungnahmen-deutschland/2018/oktober/stellungnahme-der-brak-2018-33.pdf **5** Außergerichtliche Einigungen werden hier nicht berücksichtigt (z.B. Anderung des Bescheids durch BAMF, Klagerucknahme von Gefluchteten).

RASSISMUS

NichtMeineLager

PRO ASYL

Während weltweit immer mehr Menschen auf der Flucht sind, werden die Abwehrmaßnahmen gegen Schutzsuchende in Europa und in Deutschland stetig verschärft. Abschreckung, Festsetzung und Isolierung in Lagern – so lautet offenbar die Antwort darauf, dass Menschen vor Gewalt, Unrecht und Unterdrückung fliehen.

Zweifellos ist es für die Betroffenen ein großer Unterschied, ob sie sich in einem libyschen Folterlager, einem elenden EU-Hotspot oder einem deutschen Ankerzentrum befinden. Aber ganz gleich, um welche Lager es sich handelt: Lager sind Orte der Kontrolle, der Stigmatisierung, der Entwürdigung und der Gewalt. Innerhalb der EU dienen sie der Abschreckung von Flüchtlingen und sollen es erleichtern, Asyl zu verwehren und Menschen abzuschieben. Die deutschen AnkER-Zentren stehen damit durchaus in einer Linie mit verschiedensten existenten und geplanten „Lagertypen".

AnkER-Zentren

In den sogenannten AnkER-(Ankunfts-, Entscheidungs- und Rückführungs)-Zentren sollen zunächst alle in Deutschland ankommenden Flüchtlinge untergebracht werden. Mit dem bis zu 18-monatigen Zwangsaufenthalt in abgeschiedenen Massenunterkünften droht die Isolation mit allen verbundenen Belastungen und Einschränkungen: Der Kontakt zu ehrenamtlichen Helfer*innen wird massiv erschwert, ebenso der Zugang zu unabhängiger Beratung. Zusammen mit extrem kurzen Fristen im Asylverfahren stellt das hohe Hürden für die Wahrnehmung der eigenen Rechte dar. Das betrifft sogar besonders Schutzbedürftige sowie Kinder und Jugendliche. Mit Residenzpflicht, einem Arbeits- und Ausbildungsverbot und dem Sachleistungsprinzip, wie in Bayern, werden Selbstbestimmung und Integration verhindert. Dafür sorgen Perspektivlosigkeit, fehlende Privatsphäre und Verelendung für Konflikte innerhalb der Lager.

Transitverfahren und „besondere Aufnahmeeinrichtungen"

Das soll aber noch nicht alles sein. Zunächst lautete der Plan von Innenminister Seehofer, „Transitzentren" an der deutsch-österreichischen Grenze zu schaffen, um in anderen EU-Ländern registrierte Flüchtlinge aufzuhalten und zurückzuweisen. Laut Koalitionsbeschluss wurden daraus „Transitverfahren": An der deutsch-österreichischen Grenze sollen Asylsuchende ohne weitere Prüfung zurückgewiesen werden. Die deutsche Bundespolizei agiert in diesen Transitverfahren vorbei am EU-Recht ohne Kontrolle durch die Justiz. Für die Betroffenen ist es faktisch unmöglich, Rechtsmittel einzulegen. Nun sollen möglichst alle, auf die dies zutrifft, bis zu ihrer Rückführung in bereits vorhandenen „besonderen Aufnahmeeinrichtungen" oder in den AnkER-Zentren isoliert werden.

Grenznahe „Transitzonen" gibt es beispielsweise bereits in Ungarn. Dort können Schutzsuchende nur noch in zwei solcher Transitzonen an der Grenze zu Serbien einen Asylantrag stellen und werden für die Dauer des Verfahrens dort festgehalten. Seit Januar 2018 wird maximal zehn Asylsuchenden pro Woche Zugang gewährt. Das Ungarische Helsinki-Komitee (HHC) musste im August 2018 mehrmals vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg klagen, um die Orbán-Regierung zu verpflichten, Asylsuchende in den Transitzonen mit Nahrung zu versorgen.

EU-Hotspots

An den Außengrenzen der EU wurden seit 2015 zehn EU-Hotspots eingerichtet – jeweils fünf in Italien und in Griechenland. Hier werden ankommende Schutzsuchende registriert und festgesetzt. Menschen, die auf ihrer Flucht einen angeblich sicheren Drittstaat wie z.B. die Türkei durchquert haben, sollen direkt aus den Hotspots wieder abgeschoben werden.

In den EU-Hotspots wie z.B. Moria auf Lesbos sitzen die Menschen oft Jahre unter elenden Bedingungen fest. Die Verfahren, die in den Hotspots durchgeführt werden, verletzen systematisch die Rechte der Schutzsuchenden sowie rechtsstaatliche Prinzipien.

Noch mehr Lager: „Kontrollierte Zentren" für Bootsflüchtlinge?

Aber das ist noch nicht das Ende der Fahnenstange: Die Verantwortlichen in Europa erarbeiten fleißig weiter Lagerkonzepte. Eines davon – dieses Mal stammt es von allen Europäischen Regierungschefs gemeinsam – sieht die Schaffung „Kontrollierter Zentren" auf dem Gebiet der EU vor. In diesen „Kontrollierten Zentren" sollen gerettete Bootsflüchtlinge festgehalten werden, um zwischen „irregulären Migranten, die zurückgeführt werden, und Personen, die internationalen Schutz benötigen [...] zu unterscheiden." (Tagung des Europäischen Rats, 28. Juni)

Die Funktion der „Kontrollierten Zentren" hat die bereits existierenden Hotspots an den Außengrenzen zum Vorbild. Die systematischen Menschenrechtsverletzungen und elenden Lebensbedingungen in den griechischen EU-Hotspots verdeutlichen, was Flüchtlinge in „Kontrollierten Zentren" zu erwarten haben. Sie dienen



der Abschottung und Abschreckung, Flüchtlingsschutz auf europäischem Boden soll möglichst verhindert werden.

Lager schon vor der EU: Ausschiffungsplattformen und Rückkehrzentren

In der Wunschvorstellung vieler europäischer Politiker*innen kommen die Menschen aber gar nicht mehr erst nach Europa: Die „Ausschiffungsplattformen“ sollen dabei ähnlich funktionieren wie die „Kontrollierten Zentren“ innerhalb der EU. Der entscheidende Unterschied: Mit den „Ausschiffungsplattformen“ will die Europäische Union die Verantwortung nach Nordafrika verlegen. Bootsflüchtlinge, die im Mittelmeer gerettet werden, sollen dann eben nicht in EU-Zentren, sondern in dort befindliche „Ausschiffungsplattformen“ gebracht werden, wo darüber entschieden wird, wer internationalen Schutz erhält und wer nicht. Ungewiss ist dabei, in welchen Ländern selbst die vermutlich wenigen Menschen, denen überhaupt ein solcher Schutz zugesprochen würde, Aufnahme fänden. Eine Bereitschaft dazu ist europaweit kaum vorhanden.

Während der EU-Ratspräsidentschaft Österreichs wurden außerdem sogenannte Rückkehrzentren mit ähnlichem Konzept ins Spiel gebracht: Auf dem Boden der EU sollen überhaupt keine Asylanträge mehr akzeptiert werden, Flüchtlinge stattdessen außerhalb der EU in Rückkehrzentren festgesetzt werden. Dorthin sollen gleich auch „abgewiesene Ausländer gebracht werden, so es – etwa mangels Kooperationsbereitschaft des Herkunftsstaates oder der betreffenden Person selbst – unmöglich ist, sie in ihre Heimat zurückzuschicken.“

Schon jetzt: Flüchtlinge hängen außerhalb der EU fest

Tausende Menschen sitzen in verschiedensten Haftlagern in Libyen und werden oftmals von der sogenannten „libyschen Küstenwache“, die in europäischem Auftrag agiert, dorthin zurückgebracht. Obwohl die Verantwortlichen in der Europäischen Union genau über die Zustände dort Bescheid wissen. „Eine Form dieser äußerst schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen in privaten und libyschen Auffanglagern ist der faktische Verkauf von Flüchtlingen auf libyschen Sklavenmärkten ...“ antwortete beispielsweise die Bundesregierung auf eine Bundestags-Anfrage. „Menschen werden dort vergewaltigt, es gilt kein Recht“, konstatierte der luxemburgische Premier Asselborn und das Auswärtige Amt spricht sogar von „KZ-ähnlichen Verhältnissen“. Trotzdem wird nichts dagegen unternommen – denn es passt zum Plan der Externalisierung von Grenzkontrollen: Schon jetzt werden auch mit etlichen anderen afrikanischen Staaten, wie dem Niger oder dem Sudan, Kooperationen vereinbart, die Fluchtrouten in die EU schon im Ansatz abschneiden sollen.

#NichtMeineLager

Unabhängig davon, welche Lagerkonzepte schließlich noch alle realisiert werden – die generelle Strategie scheint klar und deutlich: Schutzsuchende werden erstmal wo es nur geht in Lager gesteckt, damit möglichst wenig Flüchtlinge zu uns kommen und wir sie im Zweifel schnell wieder loswerden.

Wir wehren uns gegen diese systematische Entrechtung und Entwürdigung von Menschen. Schon fast 5.000 Menschen haben auf www.nichtmeinelager.de ihr Statement dazu abgegeben und klar gesagt: Das sind nicht unsere Lager, die ihr da baut. Wir stehen nicht hinter dieser Politik der Inhaftierung und Abschreckung. Wir wollen eine EU, die Menschenrechte achtet und den Zugang zu Schutz und Asyl weiter gewährleistet! •

GESCHICHTE

Zielobjekt Rechts

ANDREAS FÖRSTER

Am Vormittag des 30. November 1982 öffnet sich eine elektrisch betriebene Tür der Haftanstalt im niedersächsischen Celle. Ein mittelgroßer junger Mann, 27 Jahre alt, tritt heraus. Er ist etwas füllig um die Hüften, hat ein rundes Gesicht unter kurzgeschnittenem dunklem Haar. Der Mann ist Michael Kühnen, der gerade eine vierjährige Haftstrafe wegen Volksverhetzung und Verbreitung von neofaschistischen Propagandamaterialien abgesessen hat. Im sogenannten Bückeburger Prozess 1978/79, dem ersten Strafverfahren in der Bundesrepublik, in dem Rechtsextremisten als Terroristen verurteilt wurden, war er mit der geringsten Strafe aller sechs Angeklagten davongekommen.

Vor den Mauern der Justizvollzugsanstalt Celle I blickt sich Kühnen suchend um, dann entdeckt er ein Taxi mit Braunschweiger Kennzeichen. Kühnen geht zielsicher auf das Fahrzeug zu, steigt ein und fährt los. Irgendwann an diesem Tag wird er das Taxi in Hamburg wieder verlassen. Wie lange die Fahrt dauert, was in dem Auto besprochen wird und ob man vielleicht sogar eine Pause unterwegs einlegt, ist nicht bekannt. Nur das Kennzeichen des Taxis ist überliefert: BS-EK 528.

Das Kennzeichen steht in einem „Sachstandsbericht" Lauschabteilung III der Staatssicherheit (Stasi) vom 10. Januar 1983. Den Bericht hatte am Tag darauf der damalige Leiter der Hauptabteilung (HA) III, Horst Männchen, dem stellvertretenden Stasi-Minister Generalleutnant Gerhard Neiber persönlich zugesandt, was die Bedeutung des Vorgangs unterstreicht. Gegenstand des Berichts war die „festgestellte Zusammenarbeit zwischen dem westdeutschen Verfassungsschutz und dem Rechtsextremisten Kühnen, Michael", wie es in dem Begleitschreiben Männchens an Neiber heißt.

Demnach sei Kühnen am 30. November 1982, als er das Gefängnis in Celle verließ, in ein dort „auf ihn wartendes Kraftfahrzeug (gestiegen) ..., das als Taxi kenntlich gemacht worden war". Anhand des Kennzeichens konnte die HA III feststellen, dass es sich bei diesem Auto „nachweislich um ein Dienstfahrzeug des LfV Niedersachsen" handele, heißt es in dem Bericht weiter. Das Fazit des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS): „Aus dem Umstand, dass Kühnen nach mehrjährigem Aufenthalt in einer Haftanstalt bei seiner Entlassung unmittelbar Kontakt zum westdeutschen Verfassungsschutz findet, lässt sich der Schluss ableiten, dass er mindestens bereits während seiner Haft Kontakt zu Mitarbeitern des westdeutschen Verfassungsschutzes hatte. Möglicherweise war die mehrjährige Inhaftierung des K. dazu genutzt worden, ihn als Informanten oder für eine Zusammenarbeit in anderer Form zu gewinnen."[1]

Die Stasi-HA III berief sich in ihrem Bericht über Kühnens Taxifahrt auf eine „zuverlässige inoffizielle Quelle". Damit umschrieb die Lauschabteilung gemeinhin Erkenntnisse, die sie aus abgehörtem Funkverkehr und Telefongesprächen gewonnen hatte. Der Umstand, dass die HA III ihren Bericht erst gut anderthalb Monate nach der Entlassung Kühnens verfasste und an die MfS-Führung weitergab, weist zudem darauf hin, dass in der Zwischenzeit weitere Überprüfungen erfolgten, um die Stichhaltigkeit der Information zu überprüfen. Gut möglich, dass die HA III dabei auch Hilfe von der für Auslandsspionage zuständigen HVA erhielt, die zu dieser Zeit gleich zwei Agenten im Landesamt für Verfassungsschutz in Niedersachsen führte.

War Kühnen tatsächlich in der Haft mit dem Verfassungsschutz ins Gespräch gekommen und hatte sich ihm angedient? Einen Beleg dafür gibt es nicht.[2] Der Publizist Werner Bräuninger schreibt in seiner Kühnen-Biographie, dass der bekennende Hitler-Verehrer in seiner Celler Haft Besuch von einem Beamten der Führungsaufsichtsbehörde Lüneburg mit Namen „Edelbüttel" erhalten habe. In dem Besuch, der einige Monate vor dem geplanten Entlassungstermin stattfand, habe ihm „Edelbüttel" eine vorzeitige Haftentlassung vorgeschlagen, wenn er denn seinen nationalsozialistischen Ideen abschwöre. „Das aber kam für ihn nach wie vor nicht in Frage. Eine vorgezogene Haftentlassung stand für ihn nicht im Vordergrund", schreibt Biograph Bräuninger unter Berufung auf ein seinerzeitiges Schreiben Kühnens an seinen Anwalt.[3] Das kann natürlich eine Schutzbehauptung Kühnens gewesen sein. Denn schon der Verdacht, die charismatischste und einflussreichste Führungspersönlichkeit der rechtsextremen Szene der 1980er Jahre habe sich im Gefängnis mit einem Verfassungsschützer unterhalten, wäre für Kühnens Position verheerend gewesen.

Auch dem MfS waren die Aktivitäten des Verfassungsschutzes zur Unterwanderung der rechten Szene in der Bundesrepublik nicht verborgen geblieben. In einer von der für die Überwachung der westdeutschen Rechtsextremisten zuständigen Abteilung XXII/1 im Oktober 1988 vorgelegten „Analyse des neonazistischen Potentials des Operationsgebietes" heißt es, die Szene sei, „wie vorliegende Informationen sowie Äußerungen führender Politiker beweisen, in hohem Maße von

Informanten gegnerischer Sicherheitsorgane durchsetzt. In der Abteilung XXII/1 liegen Hinweise zu 17 erkannten und 22 vermuteten V-Männern des Gegners vor."[4]

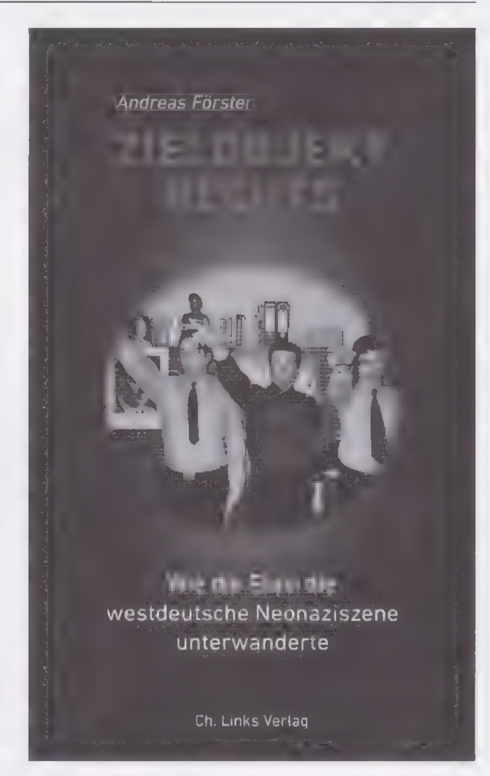
Schon Ende der 1970er Jahre hatte die Stasi-Abteilung XXII/1 damit begonnen, ein Dossier über Kühnen anzulegen. Darin erhielt er den Decknamen „Hummel", offenbar eine Anspielung auf sein zeitweise etwas pummeliges Äußeres. 1981 eröffnete die XXII zusätzlich den Operativvorgang OV „Hansa", mit dem – so eine Stasi-Einschätzung – der „intellektuelle Drahtzieher des neonazistischen Untergrundes der BRD", der über „umfangreiche Verbindungen zu führenden Mitgliedern von rechtsextremistischen Terrororganisationen" in Deutschland und ganz Westeuropa verfüge, sowie seine Organisation ANS aufgeklärt werden sollten.[5] Allerdings gelang es dem MfS nie, einen eigenen Spitzel im näheren Umfeld Kühnens zu rekrutieren.

Bei der operativen Bearbeitung Kühnens und seiner ANS fiel der Abteilung XXII das lasche Vorgehen westdeutscher Sicherheitsbehörden gegen „Hummel" auf. So hatte er seit seiner Haftentlassung wiederholt gegen gerichtliche Auflagen – etwa Kontaktverbote zu Gesinnungsfreunden und ANS-Mitgliedern sowie eine unverzügliche Information der Behörde über Wohnsitzwechsel – verstoßen und in Interviews offen angekündigt, Verbindung zu neofaschistischen Organisationen in der Bundesrepublik aufzunehmen, um sie zu einer „Bewegung" zusammenzufassen. Nicht zuletzt war Kühnen bei Festnahmen – etwa bei einem Treffen der wenige Wochen zuvor verbotenen ANS/NA in Westdeutschland sowie in Wien, wo er sogar eine Waffe bei sich führte – nach kurzer Zeit stets wieder freigekommen. „Obwohl die entsprechenden staatlichen Stellen der BRD davon Kenntnis erhielten, wurden gegen Kühnen keine Maßnahmen daraufhin eingeleitet", wunderte sich die Stasi. „Diese Tatsache unterstützt die Vermutung, ... dass Kühnen möglicherweise während seiner Haft oder unmittelbar danach durch den Verfassungsschutz der BRD als Kontaktperson angeworben wurde."[6]

Auch der westdeutsche Rechtsterrorist Odfried Hepp nährte das Misstrauen in der XXII gegen Kühnen weiter. Hepp hatte Anfang 1982 den Kontakt zur Stasi gesucht und war nach dem Auffliegen seiner terroristischen Hepp-Kexel-Gruppe im Jahr 1983 nach Ostberlin geflohen, wo er bei der Stasi Unterschlupf gefunden hatte. „Friedrich" – so sein Deckname beim MfS – machte bei der Stasi umfangreiche Aussagen über die rechte Szene der Bundesrepublik. Was die Kühnen-Organisation anbelangte, glaubte er an eine Unterwanderung durch die westdeutschen Behörden. „Zum eventuellen Zeitpunkt eines Verbots der ANS/NA schätzte der operative Kontakt ‚Friedrich' bereits Anfang 1983 ein, dass die ANS/NA von gegnerischen Abwehrorganen mit V-Männern durchsetzt sei und die Existenz der ANS/NA davon abhängt, wann ihre Verbindungen und Hintermänner aufgeklärt sind", notierte die Stasi im OV „Hansa".[7] Hepp alias „Friedrich" verwies zudem auf die seltsamen Umstände, unter denen der ANS-Gründer im März 1984 über die Schweiz und Italien nach Frankreich geflohen war. Tatsächlich hatte Kühnen, obwohl gegen ihn eine Ausreiseuntersagung durch die deutschen Behörden vorlag, die Grenze zur Schweiz passieren dürfen. Allerdings erst, nachdem ihm westdeutsche Grenzbeamte eine Hakenkreuzfahne, Hitlers „Mein Kampf" und weiteres Propagandamaterial abgenommen hatten.[8]

Im Oktober 1984 aber zog sich die schützende Hand über Kühnen – sollte sie denn tatsächlich existiert haben – wieder zurück: Die französischen Behörden schoben ihn nach Deutschland ab, nachdem er fünf Monate zuvor mit anderen ANS/NA-Aktivisten und ehemaligen SS-Leuten in Spanien ein Europakomitee zur Vorbereitung des 100. Geburtstages von Adolf Hitler gegründet hatte. Am Flughafen Köln/Bonn wurde er festgenommen und im Januar 1985 wegen Verbreitung neofaschistischer Propaganda zu einer Haftstrafe von drei Jahren und vier Monaten verurteilt. •

1 BStU, MfS AP 73204/92. **2** Das Landesamt für Verfassungsschutz in Niedersachsen konnte auf Anfrage keine Auskunft geben. Die Verfassungsschutzakten aus jener Zeit seien bereits vernichtet worden. **3** Werner Brauninger: „Kuhnen. Portrait einer deutschen Karriere", 2016, S 119 **4** BStU, MfS HA IX, Nr. 1478, S. 233 **5** BStU, MfS AOP 10921/88, Bd. 1, S. 156 **6** ebd., S. 157 **7** ebd., S. 161 **8** BStU, MfS AOP 10921/88, Bd. 2, S. 33



Andreas Förster
Zielobjekt Rechts
Wie die Stasi die westdeutsche Neonaziszene unterwanderte
Erschienen: Dezember 2018
Ausstattung: Broschur
Format: 12,5 x 20,5 cm
Seitenzahl: 264
ISBN: 978-3-86153-987-2

GESELLSCHAFT

Zwischen September und Dezember 2018 wurden zehn Brandanschläge auf linke Projekte im Rhein-Main-Gebiet verübt. Beim letzten Anschlag wurde ein Tatverdächtiger gefasst, der sehr wahrscheinlich auch für die gesamte Serie verantwortlich sein dürfte. Was ist er für eine Person und was ließ ihn vermutlich zu einem „Mann der Tat" werden?

Der unauffällige Durchschnitts-Typ

Am 14. September 2018 wurde auf dem Grundstück des Wohnprojektes Knotenpunkt in Schwalbach / Taunus nahe Frankfurt am Main ein Feuer gelegt, das auf das Wohnhaus übergriff. Eine Person, die sich darin aufhielt, flüchtete rechtzeitig ins Freie. Das Haus brannte lichterloh, der Sachschaden beträgt über 200.000 Euro. Es war der Auftakt einer Serie von zehn Brandanschlägen auf linke Wohn- und Kulturprojekte im Rhein-Main-Gebiet, die bis zum 21. Dezember 2018 andauerte. Neben linken Zentren waren auch drei Häuser des Mietshäuser-Syndikats (MHS), einem bundesweiten Verbund selbstorganisierter Hausprojekte, betroffen. Manche Brände konnten schnell gelöscht werden und richteten nur wenig Schaden an, andere hingegen waren lebensgefährlich. So brannte am Abend des 3. Dezember ein Bauwagen auf dem Gelände des MHS-Projektes Schwarze 7 in Hanau nach einem Anschlag fast vollständig aus. Hätten sich zu diesem Zeitpunkt darin Menschen aufgehalten, sie wären in höchster Gefahr gewesen. Längst war offensichtlich, dass die Anschläge ausschließlich auf linke Einrichtungen zielten. Die Polizei sah darin keine Serie und ermittelte ohne erkennbare Motivation.[1]

Der (mutmaßliche) Täter

Für den 22. Dezember 2018 war eine Demonstration in Frankfurt angekündigt, die die Öffentlichkeit auf die Brandserie aufmerksam machen und die (Nicht-)Ermittlungen der Polizei thematisieren sollte.

Am Abend des Vortages betrat ein Mann das autonome Kulturzentrum Metzgerstraße in Hanau, stellte sich den Anwesenden als Joachim vor und begann über die Brandserie zu reden. So fragte er, ob es denn für die Betroffenen nicht schlimm sei, dass diese von der Polizei nicht ernst genommen würden. Etwas später wurde beobachtet, wie er aus einem Nebenraum trat und eilig das Gebäude verließ. Man sah im Nebenraum nach und entdeckte ein Feuer. Es konnte schnell gelöscht werden, doch hätte es nur ein oder zwei Minuten länger gebrannt so hätte enormer Schaden entstehen können. Joachim S. wurde wenige Minuten später am Hanauer Busbahnhof von Besucher*innen der Metzgerstraße gestellt. Er saß wie paralysiert auf einer Bank und machte keine Anstalten zu fliehen. Er wurde der Polizei übergeben, die ihn am nächsten Tag laufen ließ, da sie keinen Zusammenhang mit den anderen Brandanschlägen erkannte. Dabei kam sie nicht auf die Idee, bei den betroffenen Projekten nachzufragen, ob ihnen der Tatverdächtige bekannt sei.

Bei dem mutmaßlichen Brandstifter in der Metzgerstraße handelt es sich um den 46-jährigen Joachim S. aus Frankfurt. Er war in den MHS-Häusern bereits hinreichend bekannt, denn seit 2015 versucht S. Projekte des MHS zu schädigen. S. durchforstete akribisch die öffentlich einsehbaren Bilanzen und Internetseiten von dutzenden MHS-Projekten und meldete kleinste Formfehler den Behörden. Betroffen hiervon war 2015 der Knotenpunkt. Auch über das Frankfurter MHS-Projekt Assenland, das am 13. November 2018 Ziel eines Anschlags war, hatte S. Erkundigungen angestellt. Wahrscheinlich ist S. auch Verfasser eines gefälschten Schreibens an die Metzgerstraße, das darauf zielte, die dort geleistete Unterstützung von Geflüchteten zu sabotieren. Es kann vermutet werden, dass S. möglicherweise für die gesamte Anschlagsserie verantwortlich ist. Bisher gibt es keine Hinweise darauf, dass mehrere Personen gemeinschaftlich handelten.

Der Durchschnitts-Typ

Man hat über Joachim S. zu wenige Informationen, um ein konkretes Persönlichkeits-Profil zu erstellen. Er war bis dato ein politisch unbeschriebenes Blatt, man findet ihn nicht auf rechten Versammlungen, in rechten Verteilern und Bestelllisten rechter Versände. Von ihm ist kein Social-Networks-Profil bekannt, in dem er sich politisch äußert.

Nach außen ist Joachim S. der unauffällige Durchschnitts-Typ. Er hat einen festen Job und verdient 2.500 Euro netto im Monat. Er lebt in einer kleinen Wohnung in einem tristen Wohnblock am Rande Frankfurts und leistet sich – so scheint es – kaum Ausbrüche aus einem durch und durch normierten Alltag, keine ausgefallenen Hobbys, kein Rock'n'Roll, nicht einmal eine Tätowierung lässt sich bei ihm erkennen.



Foto: Anne Fuchs, Wohnprojekt Knotenpunkt



Liebe Anwohner*innen der Auerfeldstrasse,

Mit diesem Schreiben möchten wir sie über ihren Nachbarn **Joachim S** wohnhaft in der informieren.

Joachim S ist ein **rechter Brandstifter** und hat seit September 2018 nachweislich **neun Brandanschläge** begangen. Ziel seines Hasses waren linke Wohnprojekte und Kulturzentren in Schwalbach (Taunus), Frankfurt und Hanau.

Die meisten seiner Anschläge wurden rechtzeitig bemerkt und es konnte schlimmeres verhindert werden. **In Schwalbach allerdings brannten ein Wohnhaus und eine Scheune völlig nieder**. Nur durch ein Wunder gab es keine Toten oder Verletzten.

Bei allen Feuern die Joachim S legte, nahm er stets den Tod von Menschen in Kauf. Am 21.12.18 wurde er in Hanau auf frischer Tat ertappt und für eine Nacht von der Polizei inhaftiert. In der Folge kam es bei ihm zu einer Hausdurchsuchung.

Bis zu seiner Verhandlung ist Joachim S nun auf freiem Fuß. Ob er noch weitere Brandstiftungen

Links: Das Wohnprojekt Knotenpunkt nach dem Anschlag. Daneben: Faksimile eines Flugblattes, das in Frankfurt / Main an Anwohnende verteilt wurde.

Sein sozialer Freundeskreis scheint klein zu sein und offensichtlich hat er keinen Lebenspartner und keine Lebenspartnerin. Die vermeintlich witzigen Bilder, die man bei ihm findet, zielen voller Häme und Gemeinheiten gegen Geflüchtete, Schwule, Frauen und sozial Benachteiligte. Es drängt sich der Eindruck auf, dass S. der Typ ist, der nur nach unten lachen kann bzw. über die, die seiner Meinung nach gefälligst unter ihm zu stehen hätten.

Man weiß nicht, ob sich S. als politischer Mensch versteht. Es ist unklar, ob er linke Projekte und Lebensentwürfe aus einer tiefen politisch-ideologischen Überzeugung heraus verachtet oder ob er vor allem von Neid erfüllt ist und glaubt, dass diese zu Unrecht etwas erhalten, was ihm selbst verwehrt werde. Doch diese Fragen sind nicht erheblich. Denn die Angriffe, die ihm vorgeworfen werden, waren geplant und sie zielten explizit darauf, die Existenzen von Menschen zu zerstören und deren Leben zu gefährden, weil der Täter sie als anders und links ansah. Dieser politische Handlungsrahmen wird nicht unpolitischer, wenn man bei Joachim S. eine Obsession erkennt und ihn pathologisiert. Was kein Widerspruch ist, denn Wahnvorstellungen und rechte Einstellungen bedingen und erzeugen sich oft gegenseitig.

Vom Denunzianten zum „Mann der Tat"?

Eine weitere Frage ist, was Joachim S. bewegte, seinen sicheren Platz hinter dem Computer zu verlassen, wo er jahrelang seine Denunziations-Schreiben verfasste. Was ließ ihn in mindestens einem Fall zu einem „Mann der Tat" werden, der abends vermutlich loszog und Häuser angezündet haben könnte? Die Brandanschläge fielen in eine Zeit, in der im Nachhall der Proteste gegen den Hamburger G20-Gipfel linke Projekte öffentlich zur Disposition gestellt wurden. Im Rhein-Main-Gebiet zogen CDU und FDP eine aggressive Kampagne gegen linke Freiräume auf, die von der Tageszeitung Frankfurter Neue Presse (FNP) flankiert wurde. Im Mittelpunkt dieser Kampagne standen die Szenetreffpunkte Cafe Exzess und Au in Frankfurt, auf die jeweils zwei Anschläge verübt wurden. Es kann vermutet werden, dass Joachim S. durch diese Kampagne aktiviert bzw. sich dadurch in seinem Handeln legitimiert sah.

Bei der FNP profiliert sich der Autor Daniel Gräber als Scharfmacher gegen Projekte, die er für irgendwie links hält. Er spannt mühelos den Bogen von einem Mehrgenerationen-Bauprojekt zum linken Szene-Treffpunkt Cafe Exzess. Denn der Vorstand des Bauprojekts und dessen Partnerin Anne L. hatten vor über 20 Jahren – er als Architekt, sie als Mitglied des Trägervereins – mit dem Cafe Exzess zu tun, in dem sich laut Gräber „gewaltbereite Extremisten" treffen würden.[2] Dabei prangert Gräber Anne L. vollnamentlich an. Möglicherweise lieferten derartige Artikel Joachim S. die Ziele. Denn gibt man den Namen von Anne L. in Internet-Suchmaschinen ein, so erhält man als ersten Treffer den Link zum feministischen Wohnprojekt Lila Luftschloss im Frankfurt, in dem sie sich engagiert. Am 9. und 10. Dezember 2018 wurden Brände am Cafe ExZess gelegt und zwei Tage später, am 12. Dezember, wurde ein Brandschlag auf das Lila Luftschloss verübt. Dabei geriet Isoliermaterial in Brand und 20 Personen, die sich im Haus befanden, mussten von der Feuerwehr evakuiert werden.

Die Behörden können in den Anschlägen keine politischen bzw. politisch motivierten Taten erkennen. Ihr antiquiertes Verständnis dessen, was eine (rechte) politische Tat ist, setzt voraus, dass der Täter oder die Täterin einer entsprechenden Organisation angehört und ein eindeutiges politisches Bekenntnis ablegt. Doch Joachim S. schweigt und gibt nicht einmal die Passwörter seines Computers und seines Handys preis. Noch ist nicht abzusehen, ob er sich jemals für einen der Anschläge wird verantworten müssen. Denn die Polizei hielt es nicht einmal beim Anschlag in der Metzgerstraße für nötig, Spuren zu sichern. •

1 Eine Chronologie der Brandstiftungen sowie eine Kritik an den Ermittlungen findet sich in einer Pressemitteilung der Regionalen Koordination Rhein-Main des Mietshäuser-Syndikats vom 7. Januar 2019, nachzulesen unter www.syndikat.org/de/aktuelles. **2** Baugemeinschaft wartet auf den Startschuss ihres Wohnprojekts, Frankfurter Neue Presse vom 03.11.2017, www.fnp.de/frankfurt/baugemeinschaft-wartet-startschuss-ihres-wohnprojekts-10447597.html

GESELLSCHAFT

Schock zum Jahresanfang in Bremen: Am 7. Januar 2019 ist auf den Bremer AfD-Landesvorsitzenden und Bundestagsabgeordneten Frank Magnitz ein Mordanschlag verübt worden. Die AfD ist entsetzt: Unbekannte hätten ihm in einer Passage aufgelauert, mit einem Kantholz niedergeschlagen und mit Tritten an den Kopf schwer verletzt. Das Leben gerettet hätten ihm, so das Opfer später gegenüber der Polizei, zwei Handwerker, die ihm auch den Hergang des ruchlosen Mordanschlags geschildert hätten.

Framing mit dem Kantholz

Vorverurteilung und Hetze gegen Links hat in Deutschland Tradition

FRIEDRICH BURSCHEL

Auf allen verfügbaren Kanälen wurden Bilder der Blessuren am Kopf des Parlamentariers lanciert und auch gleich noch die Täter benannt, ohne jeden Zweifel: Linke! Schlimme, gewaltbereite, autonome, verharmloste, staatsfeindliche, unterschätzte Linksextremist*innen und Antifas haben hier ihr skrupelloses Gesicht enthüllt. Ist doch klar: das linke Gelichter, das sich unweit des Tatortes – keine 30 Meter entfernt – versammelt hatte, um einen Gedenkort für Laye-Alama Condé zu fordern und seiner zu gedenken, wollte Magnitz ermorden, keine Frage. Wenn jemand schon eines schwarzen Drogendealers gedenkt! Condé war im Januar 2005 an den Folgen einer polizeilich angeordneten und ärztlich im Polizeigewahrsam durchgeführten Verabreichung von Brechmitteln gestorben.

„Wer sich jetzt nicht eindeutig und öffentlich gegen diese Angriffe ausspricht, macht sich stillschweigend mit den brutalen Tätern gemein", legte die AfD auf ihrer Website reißerisch bebildert die Meßlatte für Politik und Medien auf, wie der „Mordversuch" am Parteigenossen zu bewerten sei. Und alle sprangen über das Stöckchen, allen voran die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), die die kurze Entfernung vom Tatort bis zur Versammlung der Linken augenzwinkernd vermaß. Auch diesmal hat das Framing, auf das die Polizei ohnehin abonniert ist, prima geklappt. Jeder Kasper fühlte sich bemüßigt, den Angriff auf Magnitz zu dämonisieren und einer weiß Gott wie gefährlichen Linken zuzuschreiben. Selbst der Bundespräsident meldete sich zu Wort und sprach ein majestätisches Machtwort zur Verrohung der Sitten, die den Rechtsstaat gefährdeten.

Dass die Geschichte so, wie von Magnitz verbreitet, frei erfunden war und von der AfD gerne zum Agenda-Setting aufgegriffen wurde, wird erst in den darauffolgenden Tagen klar: Die Aufzeichnung der Überwachungskamera zeigt einen Täter und einen Stoß in den Rücken Magnitz', ein Kantholz und Tritt gegen den Kopf hat es nicht gegeben. Seine Platzwunde zog sich Magnitz durch den Sturz zu. Und auch die als Zeugen hofierten Handwerker wiesen die Behauptungen zurück, sie hätten die Tat überhaupt gesehen. Aber wie das so ist mit Framing: Die Meldung vom Antifa-Mordanschlag auf einen redlichen AfD-Politiker war in der Welt und wird sicher noch nachklingen in den Debatten der kommenden Zeit.

Ein Kantholz, mit dem der Poliker auf den Kopf geschlagen worden sei, und die Tritte gegen den Kopf des am Boden Liegenden waren einfach zu verlockend und ein nur zu willkommenes Futter für das groß orchestrierte Mimimi einer Partei der verfolgten Unschuld. Dass Tritte gegen wehrlos am Boden Liegende und ihre Köpfe jedoch Kennzeichen mörderischer neonazistischer und rassistischer Gewalt sind, der seit der Inbesitznahme der DDR in Gesamtdeutschland bald 200 Menschen zum Opfer fielen und viele Tausend verletzt worden sind, wird zugunsten der klickstarken, bluttriefenden Aufmachergeschichte dann schon gerne in den Skat gedrückt. In seiner Wahnwelt konsequent spricht denn Parteichef Gauland auch davon, dass wegen der Medien- und Parteienhetze gegen die AfD „Schlägerbanden" entstünden, die dieser verbalen Verunglimpfung Taten folgen ließen: Eine krudere Täter-Opfer-Umkehr war selten.

Wie leicht die AfD es mit dieser Art von Opfernarrativ hat und wie gerne bürgerliche Kommentator*innen auf den bereitgestellten Zug aufspringen, zeigt ein weiteres Beispiel aus Berlin-Neukölln: Dort ging am 31. Januar das Auto des AfD-Politikers und Neonazis Tilo Paulenz in Flammen auf. Einer der drei Tatverdächtigen, die von einer Zivilstreife beobachtet worden sein sollen, konnte festgenommen werden. Für den der Extremismusdoktrin huldigenden, stets staatstreudoofen Tagesspiegel ein klarer Fall: „In Berlin-Neukölln eskalieren die gewaltsamen Auseinandersetzungen

zwischen links und rechts." Ohne einen Moment zu zögern und vielleicht ein Sekündchen über die Persönlichkeitsrechte und die Unschuldsvermutung gegenüber dem Verdächtigten nachzudenken, verkündete das in seiner Exklusivität vor Erregung nur so vibrierende westberliner Bürger*innenblatt gleich mal ein paar Details aus dem Berufsleben des Festgenommenen. Und holte sich bei einer diensteifrigen ehemaligen Arbeitgeberin, der Amadeu-Antonio-Stiftung, einen Disclaimer ab, der eine Vorverurteilung, eilfertige Distanzierung und den Bruch der Fürsorgepflicht gegenüber – auch ehemaligen – Mitarbeiter*innen gleich freihaus mitlieferte: „Sie [die Gewalt] ist kein Mittel der Auseinandersetzung, egal aus welcher Richtung sie kommt. Der Verdächtige war nie bei der Stiftung angestellt!" Es blieb der Anwältin des kurze Zeit später auf freien Fuß Gesetzten überlassen, festzuhalten, dass kein dringender, konkreter Tatverdacht gegen ihren Mandanten bestehe und deshalb auch kein Haftbefehl vom Staatsanwalt beantragt worden sei. Gegen die Erzählung, „linker Rechtsextremismus-Experte begeht Brandanschlag auf arglosen AfD-Politiker", konnte diese Klarstellung freilich nichts mehr ausrichten.

Kritik an der zivilgesellschaftlichen Stiftung und ihren vorverurteilenden Äußerungen aus der Warte der beflissenen Staatstreue und unter Mobilisierung der alten, aber zuverlässigen antikommunistischen Beißreflexe weist u.a. Martin Jander auf hagalil zurück. Sein Befund: "... die 'antifaschistische Militanz', ähnlich wie rechte Bürgerwehren, höhlt die Legitimität des staatlichen Gewaltmonopols aus...". Seit Jahrzehnten im wissenschaftlichen Bereich des Linken-Bashings unterwegs, zeitweise in der Ecke der „Aufarbeitung des DDR-Unrechtsstaats", vulgo „Forschungsverbund SED-Staat", gibt es für Jander zwar unschöne Verrohungen nicht nur der deutschen Gesellschaft hin zu einer „illiberalen Demokratie", aber eine Faschisierung durch den parlamentarischen Blitzdurchmarsch der AfD hält er für abwegig. Für ihn sind, Überraschung, die Extremist*innen von links und rechts gleichermaßen daran schuld und gefährden den besten aller deutschen Staaten ever. Sein in Stein gemeißeltes Bild einer völlig irren und widersinnigen radikal-linken Position verortet er selbst in den 1970er Jahren, über die er schreibt: „Es ist die linksradikale Welt (...), in der 'Faschisten', 'Kapitalisten', 'Imperialisten', 'Amerikaner', 'Zionisten', 'Cops', Professoren sowie Abgeordnete des Parlaments als 'Schweine' tituliert wurden und Begriffe wie 'bürgerlich' und 'liberal' Schimpfworte waren." Diese dümmliche Pauschalisierung und Verkürzung linker Diskurse weist ihn nicht nur als den Kommunist*innenhasser aus, der er sein muss, um auf dem Feld zu glänzen, auf dem er forscht, sondern auch als ahnungslos von aktuellen Auseinandersetzungen in einer emanzipatorischen und menschenrechtlich orientierten radikalen Linken. Diese werden vielfach bereits wieder mit dem Rücken zur Wand geführt aufgrund – ja! – einer dramatischen Faschisierung von Teilen der deutschen Gesellschaft.

Während bis auf höchste Ebene ein Geschrei um antifaschistische Gruppen anschwillt und ein Verbot von Roter Hilfe und Antifa gefordert wird, ignoriert eine bürgerliche Mitte mit ihren Medien schlicht, wie sehr sie mal wieder von der in Teilen offen neofaschistischen AfD für ihre Zwecke eingespannt wird. Den Kitt liefert dafür der traditionelle deutsche Antikommunismus, dem es nicht möglich ist, in Ideologie, Auftreten, Absichten, Taten und Verbrechen der neuen, alten und Neuen Rechten eine Gefahr für Staat, Demokratie und Gesellschaft zu erkennen. Während bei rassistischem und rechtem Terror das Auge stets fest zugedrückt bleibt, gilt schon der geringste Verdacht auf der Linken als rechtskräftiges Urteil. Das war schon vor hundert Jahren so, als das Bürgertum und die Sozialdemokratie den linken Aufstand der Novemberrevolution blutig niederschlugen: Der Heidelberger Mathematikprofessor Emil Julius Gumbel veröffentlichte 1922 seine Untersuchung „Vier Jahre politischer Mord" und listete von 1919 bis 1922 376 politisch motivierte Morde auf: 354 waren dem rechten Spektrum zuzuordnen, lediglich 22 dem linken. In einer Würdigung des weitgehend vergessenen und später vor den Nazis in die USA geflohenen Gelehrten im Spiegel heißt es zu seinen Ergebnissen: „Die Gerichte ahndeten jedoch die 22 Linksmorde mit zehn Hinrichtungen und zusammengenommen knapp 249 Jahren Zuchthaus sowie dreimal Lebenslänglich. Für die 354 Rechtsmorde hingegen, die hauptsächlich von ehemaligen Militärs verübt wurden, verhängten sie insgesamt lediglich 90 Jahre und zwei Monate Haft, eine einzige lebenslängliche Gefängnisstrafe und insgesamt 730 Reichsmark Geldstrafe. 326 Morde blieben sogar völlig ungesühnt. Perfider ausgedrückt: Ein durchschnittlicher Mord von links kostete das Leben, einer von rechts gerade einmal vier Monate Haft und zwei Reichsmark."

Sicher, Geschichte wiederholt sich nicht und es ist auch gar nicht nötig, unhistorische Vergleiche vorzunehmen angesichts dessen, was auf diesem Globus gerade vor sich geht. Aber die identifizierbaren Traditionslinien stechen doch ins Auge. •

REPRESSION

Die Repression gegen kurdische Aktivist*innen und Organisationen in Deutschland hat eine lange Tradition. Auch nachdem die kurdischen Milizen YPG[1] und YPJ[2] in Nordsyrien die Einnahme der Stadt Kobanê durch den ›Islamischen Staat‹ verhindert und sich dadurch weltweit viel Sympathie erworben haben, blieb der Kurs der deutschen Behörden derselbe. Noch nie wurden so viele Verfahren gegen vermeintliche oder tatsächliche Kader der PKK[3] wegen § 129b StGB geführt, wie in den letzten Jahren. Dieser ohnehin schon harte Kurs wurde jetzt nochmals verstärkt.

Verschärfte Repression gegen die kurdische Bewegung in Deutschland

DR. PEER STOLLE

Deutsche Behörden zeigen viel Kreativität, wenn es um die Kriminalisierung der kurdischen Bewegung geht. Auch wenn sich Teile von ihr ändern oder politische Schwerpunkte verlagern, rücken diese nicht von ihrer 1993 getroffenen Bewertung der PKK als „terroristisch" ab und kriminalisieren weiter jede politische Äußerung, die eine ideologische oder politische Nähe zu dem zeigt, was von den politischen Behörden als PKK angesehen wird. In Deutschland wird die PKK – anders als in anderen europäischen Ländern – nicht nur als „terroristische Organisation" angesehen und ihre vermeintlichen Mitglieder nach §129b StGB[4] verfolgt, sondern hier gilt auch seit 25 Jahren ein Verbot der PKK als Organisation.

Eine Betätigung für die PKK, in welcher Form auch immer, ist somit auch nach dem Vereinsgesetz strafbar. So ist z.B. das Verwenden sämtlicher Kennzeichen dieser Organisation strafbar. Ferner gibt es Möglichkeiten, das Verbot versammlungsrechtlich umzusetzen, weil eine verbotene Organisation keine Versammlung durchführen darf. Für eine verbotene Versammlung darf auch nicht auf Veranstaltungen geworben und ihre Kennzeichen verwendet werden. Es gibt also über das Versammlungsrecht und das Vereinsgesetz weitere Einfallstore für staatliche Behörden, Kurd*innen zu kriminalisieren.

Verschärft hatte sich dieses Vorgehen nach dem Kampf von YPG und YPJ in Zusammenarbeit mit der internationalen Koalition gegen den IS um Kobanê 2014 und gegen den „Islamischen Staat". Dies führte europaweit zu einer anderen Diskussion über die kurdische Bewegung und über deren bewaffnete Einheiten. Auf einmal wurden diese zu Verteidiger*innen von Errungenschaften der westlichen Gesellschaft gegen die islamistische Barbarei. Es war en vogue, die kurdische Bewegung zu unterstützen oder Sympathie zu zeigen. Dies führte in Deutschland aber nicht zu einer Änderung der Sichtweise der Behörden. Denn diese haben ein ureigenes Interesse und auch eine lange Tradition, linke emanzipatorische Bewegungen als staatsfeindliche Bedrohung anzusehen und zu kriminalisieren. Noch während die internationale Koalition in Zusammenarbeit mit den Kurd*innen den IS bekämpfte, wurden vom Generalbundesanwalt Strafverfahren wegen Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung gegen Personen aus Deutschland eingeleitet, die in syrischen Gebieten auf der Seite der YPG/YPJ gekämpft haben sollen. Diese wurden mit der Behauptung begründet, YPG/YPJ seien eine Teilorganisation der PKK. Deshalb würden sich Personen, die dort gekämpft haben, grundsätzlich nach §129b strafbar machen.

Die Verfahren wurden in der Regel eingestellt, weil es auch dem Generalbundesanwalt damals absurd erschien, Anklage gegen Personen zu erheben, die Teil einer von NATO-Staaten geführten internationalen Koalition sind und von diesen Staaten auch Waffen erhielten. Die Verfahren dienten eher dazu, der weit verbreiteten Sympathie gegenüber den syrischen Kurd*innen entgegen zu wirken, indem sie in die Nähe terroristischer Organisationen gerückt wurden.

2017 gab das Bundesinnenministerium einen neuen Runderlass an sämtliche Sicherheitsbehörden mit dem Inhalt heraus, wie die PKK aktuell aufgestellt sei, die dazugehörigen Organisationen bezeichnet werden und welcher Kennzeichen sich die PKK bedienen soll. In der Anlage befand sich eine mehrseitige Darstellung von Symbolen angeblich PKK-naher Organisationen, darunter auch PYD, YPG und YPJ als angebliche PKK-Ableger-Parteien. Was das genau zu bedeuteten hatte, wurde nicht gesagt. Indirekt bedeutete das, dass nicht nur originäre Vereinskennzeichen der PKK unter das Verbot fallen, sondern

auch solche, derer sich die PKK möglicherweise als Ersatz bedient. Das führte dazu, dass absurde Strafverfahren eingeleitet wurden. So am 1. Mai 2017 in Frankfurt am Main wegen eines Transparents „Wir danken den Volksverteidigungseinheiten und Fraueneinheiten für den Kampf gegen den IS“, darauf Symbole von YPG und YPJ. Es gab keinen PKK-Bezug, dennoch wurde erstmals ein Strafverfahren eingeleitet. Weiter gab es Auflagen, die das Zeigen dieser Symbole auf Versammlungen untersagten. Die rechtliche Grundlage war völlig unklar, weil der Erlass nicht beinhaltete, dass YPG und YPJ mit der PKK gleichzusetzen seien. Wenn nun ihre Symbole verboten wurden, bedeutet das auch, dass das PKK-Verbot auf sie ausgeweitet wird und sie als Terrororganisation gelistet würden? Auf Grund einer Kleinen Anfrage der Bundestagsfraktion der Linkspartei, wie das zu verstehen sei, äußerte sich die Bundesregierung: Grundlage des Erlasses sei eine Auswertung des aktuellen Versammlungsgeschehens, bei dem festgestellt worden sei, dass sich die PKK der in der Anlage gelisteten Symbole für ihre Anliegen bediene. YPG und YPJ seien nicht verboten und auch nicht grundsätzlich das Verwenden ihrer Symbole, sondern nur, wenn sie in einem PKK-Kontext als Ersatzsymbole für Sympathiekundgebungen mit oder als Werbung für die PKK verwendet würden. Diese Regierungsauffassung setzte sich zwar nur zum Teil in den Behörden durch, führte aber zu einer enormen Verunsicherung und zu einem regional unterschiedlichen Umgang mit diesen Symbolen. Verschiedene Verfahren endeten mit Freisprüchen bzw. Einstellungen. Auch verwaltungsgerichtliche Entscheidungen verwarfen ein generelles Verbot von PYD, YPG/YPJ-Symbolen als Versammlungsauflage. Möglich sei dies nur, wenn damit Sympathiekundgebungen für die PKK bezweckt seien. Es gab aber auch andere Entscheidungen. Vor allem in Bayern wird sehr rigoros vorgegangen.

Die Frage stellt sich, was ein PKK-Kontext überhaupt sein soll. Die Polizei stellt sich – regional sehr unterschiedlich – auf den Standpunkt, dass dies nicht vor Ort feststellbar, sondern Sache der folgenden Ermittlungen sei. De facto wird erst einmal davon ausgegangen, dass eine Straftat vorliegt und Personalien aufgenommen, Demonstrationszüge eng begleitet sowie sämtliche Personen, die solche Fahnen tragen, und deren Umfeld gefilmt. Dieses polizeiliche Vorgehen führt regelmäßig zu Auseinandersetzungen darüber, ob die Verwendung der Symbole erlaubt sei. Ähnlich sieht es bei der Verwendung von YPG/YPJ-Symbolen in den sozialen Medien oder etwa an Hauswänden aus. Es folgen Hausdurchsuchungen bei den Betroffenen. Ob dann wirklich ein PKK-Kontext vorliegt oder nur eine Solidaritätsbezeugung für den Kampf der syrischen Kurd*innen gegen den IS, kann angeblich später ermittelt und entschieden werden. Es ist ein Einfallstor für Strafverfolgungsbehörden, um die kurdische Bewegung zu kriminalisieren und politisch zu paralysieren.

Gerichts- und Auflagenbescheide ergeben folgendes Bild: Jede politische Äußerung aus kurdischen Gebieten, von kurdischen Personen oder Vereinen wird automatisch als PKK zugehörig angesehen. Dabei sind sich die Sicherheitsbehörden völlig uneinig, wie die PKK aufgebaut sein soll oder wer dazugehört. Sind PYD und YPG „Ablegerparteien“ oder nur mit der PKK liiert? Wurden sie von ehemaligen PKK-Mitgliedern gegründet oder gab es eine Anweisung von Öcalan[5], sie zu gründen? Sind sie Teil der PKK? All das wird unterschiedlich bewertet, aber gewollt. Die unklare Rechtslage führt dazu, dass eine Vielzahl von politischen Äußerungen automatisch als Werbung für die PKK angesehen wird. Gerade bei der Person Öcalan und der Auflage, sein Bild auf Versammlungen nicht zeigen zu dürfen, außer es gehe um seinen Gesundheitszustand, zeigt sich die Verworrenheit.

Jüngst hat das Bundesinnenministerium die auf die Verlegung und den Vertrieb von kurdischer Literatur und Musik spezialisierten Mezopotamien Verlag sowie die MIR Multimedia GmbH als angebliche Teilorganisationen der PKK verboten. Die beiden Unternehmen haben sowohl kurdische Literatur und Musik jeglicher Couleur, als auch Übersetzungen von Klassikern


Foto: Kurdishstruggle (CC BY 2.0)

der Weltliteratur in die kurdische und türkische Sprache vertrieben. Bei einer Razzia im März 2018 wurden mehr als acht LKW-Ladungen mit Literatur und Musik aus den Verlagsräumen abtransportiert. Betroffen davon waren auch ein komplettes Tonstudios und das wohl größte Archiv an kurdischer Musik in Europa. Begründet wurde dieses Verbot mit der Behauptung, sämtliche betriebswirtschaftliche Aktivitäten würden der PKK zugutekommen. Da beide Gesellschaften defizitär gearbeitet haben, kommen sie als Einnahmequelle der PKK aber gerade nicht in Betracht.

Mit diesem rigorosen Vorgehen steht Deutschland in Europa ziemlich alleine da. Jüngst hat ein belgisches Revisionsgericht entschieden, dass die belgische Anti-Terror-Gesetzgebung nicht auf die PKK anwendbar ist, da es sich um einen bewaffneten Konflikt handelt. Von einer derartigen realistischen Sichtweise sind die Behörden in Deutschland noch meilenweit entfernt. •

Dr. Peer Stolle ist Rechtsanwalt in Berlin, Mitglied im Vorstand des Republikanischen Anwältinnen- und Anwältevereins (RAV) und vertritt die Mezopotamien Vertrieb GmbH und MIR Multimedia GmbH.

1 Yekîneyên Parastina Gel / Volksverteidigungseinheiten 2 Yekîneyên Parastina Jin / Frauenverteidigungseinheiten 3 Partiya Karkerên Kurdistanê / Arbeiterpartei Kurdistans 4 Der §129b StGB stellt die Mitgliedschaft in und Unterstützung von ausländischen „terroristischen" Vereinigungen unter Strafe. 5 Abdullah Ocalan ist Gründungsmitglied der PKK

REPRESSION

In den vergangenen Jahren wurden Antifaschist_innen in den USA, die sich etwa in Portland, Berkeley und Washington DC gegen Neonazis stellten, aggressiv von den Sicherheitsbehörden strafrechtlich verfolgt, obwohl tödliche Angriffe in den USA in diesem Zeitraum ausschließlich durch die extreme Rechte erfolgt sind.

Der Fall Sacramento

Durch den Guardian[1] wurde Ende Januar 2019 aufgedeckt, dass ein Polizeioffizier in Kalifornien aktiv gewalttätige Neonazis von der Strafverfolgung verschont und dafür ihre Opfer ins Visier der Ermittlungen genommen hatte. Die Transparenz-Organisation „Property of the People" – eine Bürgerrechtsgruppe, die mit Anfragen auf Grundlage des „Freedom of Information Act" Licht in die Funktionsweise staatlicher Behörden bringt – erstritt sich in dem Zusammenhang FBI-Unterlagen und stellte diese der Öffentlichkeit zur Verfügung[2]. Aus ihnen ging hervor, dass das „Federal Bureau of Investigation" (FBI) – die zentrale Sicherheitsbehörde der Vereinigten Staaten – eine umfassende Untersuchung der antifaschistischen Gruppe „By Any Means Necessary" (BAMN) veranlasst hatte. Deren Anhänger_innen wurden während einer Neonazi-Kundgebung in der kalifornischen Hauptstadt Sacramento im Juni 2016 von Neonazis niedergestochen und schwer verletzt. Die Logik dahinter: Die Neonazis seien durch die antifaschistischen Gegenproteste in ihrem Recht auf eine ungestörte rassistische Machtdemonstration gefährdet worden. BAMN ist nicht der einzige linke Zusammenschluss, der ins Visier vom FBI geraten ist. Auch Klima-Aktivist_innen oder „Pro-Choice"-Gruppen (auch als „Pro-Abortion Extremists", Pro-Abtreibungs-Extremist_innen bezeichnet), die sich für die reproduktiven Selbstbestimmungsrechte von Frauen einsetzen, gehören gleichermaßen ins Feindbild der staatlichen Behörde[3].

Im AIB 112 hatten wir Ende 2016 im Beitrag „Schwerverletzte bei Neonazikundgebung in Sacramento (USA)" über die Vorgänge berichtet[4]. Folge der Messerattacken auf linke Demonstrant_innen waren verschiedene Strafverfahren gegen Antifaschist_innen, es kam jedoch zu keiner einzigen Anklage gegen die bewaffneten Neonazis.

Die Aussage eines kalifornischen Polizisten, der die Untersuchung der Verletzungen durch Messerstiche bei der Neonazikundgebung leitete, zeigt hingegen, dass er seine Ermittlungen lieber auf linke Aktivist_innen konzentriert hatte. Der Offizier Donovan Ayres sagte als Hauptzeuge im Prozess gegen drei Antifaschist_innen aus, die nach den Auseinandersetzungen beim Neonaziaufmarsch vor dem Capitol in Sacramento im Juni 2016 wegen Körperverletzung und „Aufruhr" angeklagt worden waren. Bei den Auseinandersetzungen wurden mindestens acht antifaschistische Demonstrant_innen schwer verletzt. Ayres Aussage vor Gericht, die Ermittlungsberichte sowie seine einseitige Ermittlungsführung zeigen nicht nur dessen Zustimmung für den Neonaziaufmarsch, sondern verdeutlichen darüber hinaus, wie sehr er sich dafür einsetzte, dass es strafrechtliche Konsequenzen nicht für Neonazis, sondern einzig für Antifaschist_innen geben sollte.

Ayres sagte vor Gericht aus, er habe einen Durchsuchungsbeschluss eingereicht, um auf die Facebook-Konten der linken Demonstrant_innen und Antifaschist_innen zugreifen zu können. Er entschied sich aber dafür, keine gleichwertigen Informationen über neonazistische Verdächtige zu suchen – für einen Strafverfolgungsbeamten der Neonazi-Gewalt untersuchen soll, erstaunlich. Nach eigenen Aussagen wollte er die politische Einstellung der Anwesenden auf der Neonazidemonstration nur aufgrund ihrer Teilnahme an der dortigen Versammlung nicht beurteilen.

Zur Erinnerung: Die Kundgebung am 26. Juni 2016 in Sacramento war von zwei rassistischen Gruppierungen, der „Traditionalist Worker Party" (TWP) und einer angeschlossenen kalifornischen Einheit, den „Golden State Skinheads" organisiert worden. Ayres war einem „taktischen Team" auf dem Dach des Kapitols zugewiesen. Von dort aus konnte er die Auseinandersetzungen zwischen den Neonazis und linken Gegenprotestant_innen, die zu mindestens acht Messerstichen und Dutzenden anderer Verletzungen führten, genau beobachten.

Nach der Veranstaltung begannen Ayres und andere Polizei-Offiziere der „California Highway Patrol" (CHP), verletzte Antifaschist_innen im Krankenhaus zu befragen und ihre politischen Hintergründe zu ermitteln. Die Polizei suchte hierbei nach „Zugehörigkeiten" zur „AntiFa" und zur „Black Lives Matter"-Bewegung.

Drei Monate später beantragte auch die CHP Durchsuchungsbeschlüsse für die Facebook-Konten von Antifaschist_innen. Gesucht wurden Informationen über „mehrere hundert Demonstrant_innen", die „sich illegal versammelten (...) mit dem erklärten Ziel, die traditionelle Arbeiterpartei daran zu hindern, ihr Recht auf Versamm-



Foto: Change.org/BAMN

In der Bildmitte mit Messer: Derik Punneo. Der Polizei-Ermittler kam zu der Auffassung, dass der Abgebildete hier seine Bürgerrechte wahrnähme, „ein rechtmäßiges Messer besaß, von den Demonstranten angegriffen wurde und sich gegen die Angriffe wehrte".

lung und Äußerung ihrer Botschaft auszuüben". Zu den Protestgruppen gehören „AntiFa" und „Black Lives Matter", schrieb die CHP in ihrer Antragsbegründung und fügte hinzu, dass sie „private Nachrichten", „Metadaten", „Freundeslisten", Informationen über vergangene und zukünftige Ereignisse und anderes Material über Personen suche, die mit Antifa- und Protestseiten in Verbindung stehen.

Daneben führte Ayres eine umfassende Überwachung der politischen Aktivitäten der Antifaschist_innen durch und entdeckte dabei Verbindungen einiger Demonstrant_innen zu „Native American" und „Chicano"-Gruppen. Ayres schrieb mehr als 120 Einzelberichte über die Anwesenden in Sacramento. Für Antifaschist_innen und Gegendemonstrant_innen war der Sprachgebrauch im Allgemeinen der Gleiche: Sie „randalierten" und „bedrohten das freie Rederecht", eine strafrechtliche Verfolgung sei zu empfehlen.

Bei den identifizierten Neonazis kam er hingegen zu dem Schluss, dass er nicht mit Sicherheit feststellen könne, ob sie „allein verantwortlich für bestimmte Verletzungen" seien. Dazu gehören auch Neonazis, die aufgrund von Videobeweisen als Messerführer zu sehen sind. Bei viele gäbe es angeblich nicht genügend Beweise für die Begehung von Straftaten.

Der Neonazi Sean Würzburg wurde beispielsweise dabei „beobachtet, wie er ein scheinbar klappbares Klingenmesser in der rechten Hand hielt, als er sich zunächst mit einem Gegendemonstranten beschäftigte". Dann ist zu sehen, wie sie in den Büschen rollen: „ … und Würzburg wurde gesehen, wie er einige nach unten schiebende Bewegungen machte. Der Demonstrant erlitt eine Stichwunde am Bauch". Für Ayres jedoch keine ausreichenden Beweise, um festzustellen, ob Würzburg für die Wunde verantwortlich ist, die der Gegendemonstrant erlitten hat. In einem anderen Bericht empfahl er hingegen, den Verletzten wegen 13 verschiedener Straftaten anzuklagen, darunter wegen eines Angriffs mit einer „tödlichen Waffe" (Fahne), Verschwörung, Teilnahme an einem Aufstand, Mitführen eines unrechtmäßigen Transparentes „über 30 Zoll" und so weiter.

Im gleichen Atemzug verkündete Ayres, dass der tatverdächtige Neonazi Derik Punneo auf dem Aufmarsch „ein rechtmäßiges Messer besaß, von den Demonstranten angegriffen wurde und sich gegen die Angriffe wehrte". Auch hier empfahl der Ermittler keine Anklage gegen Punneo zu erheben, drängte aber auf die Verfolgung der drei niedergestochenen Antifaschist_innen aufgrund verschiedener Straftaten.

Insgesamt empfahl Ayres, keine Anklage auch nur gegen einen einzigen neonazistischen Messerstecher zu erheben, aber Strafanzeige gegen alle 100 Gegendemonstrant_innen zu stellen, die er identifiziert hatte – darunter acht Schwerverletzte und eine Vielzahl von friedlichen Demonstrant_innen. Die Staatsanwaltschaft beschloss schließlich, drei der von Ayres denunzierten Antifaschist_innen anzuklagen: Yvette Felarca, eine 48-jährige Lehrerin und die zwei indigenen Aktivisten Michael Williams (58) und Porfirio Paz (21). Die für die Lehrerin Yvette Felarca zu verhandelnde Straftat: Sie soll den Keltenkreuz-Fahne schwingenden Neonazi Nigel Walker an seinem Rucksack gezogen haben. •

1 Guardian: How a California officer protected neo-Nazis and targeted their victims. Sam Levin, 25. Januar 2019 **2** http://propertyofthepeople.org/document-detail/?doc-id=5686261-2019-01-11-FBI-Antifa-RL **3** Jezebel: FBI Warned Law Enforcement Agencies of Threat Posed by Non-Existent ‚Pro-Choice Extremists'. Anna Merlan, 31. Januar 2019 **4** www.antifainfoblatt.de/artikel/schwerverletzte-bei-neonazikundgebung-sacramento-usa

POLEN

Die Regierung jongliert am rechten Rand – mit tödlichen Folgen

@KAPTURAK

Mit über 200.000 Menschen fand in Warschau am 11. November 2018 der nationalistische sogenannte Unabhängigkeitsmarsch statt. Seit 2010 veranstalten extreme Rechte den Umzug am Nationalfeiertag in seiner heutigen Form. Federführend sind dabei das neofaschistische „Nationalradikale Lager" (ONR)[1] und die „Allpolnische Jugend" (MW)[2], die in der Tradition gleichnamiger antisemitischer Organisationen der Zwischenkriegszeit stehen. Als Parteiorganisation mit diesen verbunden ist die „Nationale Bewegung" (RN)[3]. Inzwischen hat sich der Marsch auch zu einem Schaulaufen der internationalen rechten Szene entwickelt.

Novum war 2018 die offizielle Beteiligung der polnischen PiS-Regierung[4]. Der Grund: Das 100-jährige Jubiläum der 1918 erlangten staatlichen Unabhängigkeit. Anders als in den Vorjahren wollte man dem neofaschistischen Bündnis die Hauptstadt diesmal nicht allein überlassen. Ursprünglich hatte die Regierungspartei PiS noch versucht, die Ausrichtung der Jubiläumsfeierlichkeiten an sich zu ziehen. Nach gescheiterten Übernahme- und Auflageversuchen sah sich die Regierung zu direkten Verhandlungen mit ONR & Co. genötigt. Die extreme Rechte war nun ebenbürtiger Partner. Regierungsbeteiligung und Jahrhundertjubiläum sorgten für eine Rekordteilnahme und hoben das für den Marsch typische Verschmelzen von extrem rechten Kadern, Hooliganverbänden und einer breiten Masse nicht politisch organisierter polnischer PatriotInnen auf ein neues Niveau. Für die extreme Rechte bedeuteten die Verhandlungen und deren erfolgreicher Ausgang nicht nur einen Legitimationsschub, sie fühlte sich damit als eigentliche Trägerin der nationalen Bewegung „von unten". Auf dem Unabhängigkeitsmarsch wurde die Regierungspartei PiS verhöhnt: „Das ist unser Marsch!", skandierte der Block der „Allpolnischen Jugend". Der 11. November spiegelt das ambivalente Verhältnis zwischen der nationalistisch-autoritären PiS und der organisierten extremen Rechten wider. Einerseits erweitert die Regierung die Spielräume nach rechtsaußen und einschlägige AkteurInnen genießen Schutz vor Repression durch Justiz und Exekutive. Immer wieder gelangen Kader des ONR oder der MW auf Posten in öffentlichen Institutionen. Historische antikommunistische Heldenreferenzen der extremen Rechten sind inzwischen prominent in den staatlichen Gedenkkanon integriert. Andererseits verfolgt das extrem rechte Lager einen Konfrontationskurs. PiS habe nicht nur viele Versprechen gebrochen, sondern sich ganz grundsätzlich als „pseudorechte" Systempartei erwiesen. Dabei geht es unter anderem um die Forderung nach einem PolExit, das von PiS auf Eis gelegte totale Abtreibungsverbot, steigende Zuwanderungszahlen oder ein angebliches „Kriechen" vor Israel auf der diplomatischen Ebene. Außerdem sehe man sich Versuchen der Vereinnahmung durch PiS ausgesetzt. Letzteres scheint der Fall des früheren Vorsitzenden der „Allpolnischen Jugend" Adam Andruszkiewicz zu bestätigen, der zum Jahreswechsel zum Staatssekretär im Ministerium für Digitalisierung ernannt wurde. Noch bis 2016 stand Andruszkiewcz an der Spitze jener Organisation, die zu den wichtigsten extrem rech-



ten Formationen in Polen zählt. Es gibt Aufnahmen, die den heutigen Staatssekretär beim Skandieren homophober Parolen oder als Organisator rassistischer Aufmärsche gegen muslimische Zuwanderung zeigen. Neben anderen extremen Rechten war auch Andruszkiewicz 2015 über die Wahlliste des rechtspopulistischen Ex-Popstars Paweł Kukiz in das polnische Parlament gelangt. Während sich der extrem rechte Abgeordneten-Zirkel in immer neuen Grabenkämpfen aufrieb, gelang es Andruszkiewicz, seine Marke weiter aufzubauen, um schließlich von PiS in die Regierung geholt zu werden. Dabei handelt es sich jedoch um keinen direkten Schulterschluss von PiS mit der organisierten extremen Rechten. Mit dieser hatte Andruszkiewicz schon vor geraumer Zeit

gebrochen. Er gilt dort als rückgratloser Karrierist und Verräter. Die RN-Führung hält Andruszkiewicz für eine künstlich aufgebaute „PiS-Atrappe" - gefördert unter anderem durch häufige Auftritte im staatlichen Fernsehen, von dem sich die RN konsequent übergangen sieht. Die Beförderung Andruszkiewiczs entspricht somit der Linie, extreme Rechte auf Posten und Ämter zu hieven, zugleich aber das extrem rechte Spektrum organisatorisch kleinhalten zu wollen. Daneben geht es für PiS auch darum, den rechten Rand der eigenen Wähler_innen bei der Stange zu halten. Für Wahlergebnisse wie 2015 muss die Partei ein breites Spektrum bedienen und mit unterschiedlichen Impulsen in Balance halten. Gegenüber sporadisch gemäßigteren Tönen im Wahlkampf schafft die Personalie Andruszkiewicz einen dauerhaften Anreiz für das extrem rechte Wahlvolk. Neben dem Jonglieren auf der „Akteursebene" setzt PiS die Öffnung des medialen Diskurses für extrem rechte Denkmuster ungehemmt fort. Über das staatliche Fernsehen schürt die Regierung nicht nur rassistische, antisemitische und homophobe Ressentiments, hier werden auch Vorurteile über vermeintliche „Polen der schlechteren Sorte" (O-Ton Kaczyński), eine gewalttätige putschbereite und vom Ausland unterstützte „totale Opposition", eine vaterlandsfeindliche Richterkaste und (post-)kommunistisch durchsetzte korrupte Eliten verbreitet. Vor diesem Hintergrund ist auch die Ermordung des Oberbürgermeisters von Gdańsk zu bewerten. Paweł Adamowicz war am 14. Januar 2019 während eines Charity-Events auf der Bühne erstochen worden. Im Anschluss erklärte der Täter der Menge, dass er unschuldig im Gefängnis gesessen habe. Verantwortlich sei die Bürgerplattform (Platforma Obywatelska, PO) - die liberalkonservative Oppositionspartei - der Adamowicz bis 2015 angehört hatte. Durch PiS-Medien werden immer wieder unliebsame Personen gezielt diskreditiert. In einer Hetzkampagne wurde Adamowicz zu einer der finstersten Gestalten der politischen Szene stilisiert. Monatelang suggerierte das Staatsfernsehen Verbindungen zu Korruptions- und Betrugsaffären sowie mafiösen Immobiliengeschäften. Aber



auch eine anti-polnische, pro-deutsche oder gar pro-nazistische Haltung wurde Adamowicz unterstellt - der Bürgermeister schließe an die Tradition des Danzigs der Dreißigerjahre an. Sogar eine Lügengeschichte über die Benennung einer Straßenbahnlinie nach einem Nazi-Schergen fand Verbreitung. Besondere Feindschaft erfuhr Adamowicz von rechtskatholisch-fundamentalistischen Gruppen im Verbund mit der extremen Rechten aufgrund seiner Unterstützung für die LGBT-Bewegung[5]. Denn als Bürgermeister hatte er an der Gdańsk-Pride teilgenommen. Auch für seine offene Haltung gegenüber Migrant_innen und Geflüchteten wurde Adamowicz angegriffen. Gdańsk gehörte zu jenen polnischen Städten, die 2017 entgegen der Regierungslinie ihre Bereitschaft zur Aufnahme von Geflüchteten erklärt hatten. Als Reaktion stellte die „Allpolnische Jugend" medienwirksam „politische Totenscheine" für die betreffenden Bürgermeister_innen aus. Die Hetze der extremen Rechten ging hier Hand in Hand mit der Propaganda des staatlichen Fernsehens, wo der Bericht über eine angebliche Einladung Adamowiczs für Migrant_innen mit Horrorfilmklängen untermalt wurde. Nach dem Mord zog sich die Rechte auf die Strategie zurück, das Attentat durch den Fokus auf psychische Probleme des Täters zu entpolitisieren. Stefan W. ist wohl kein organisierter oder ideologisch gefestigter extrem Rechter. Dass er aber seine individuelle Rache ausgerechnet auf Adamowicz richtete und diesen zum legitimen Ziel erklärte, kommt nicht von ungefähr. Seinen stereotyp gegen die PO-Eliten gerichteten Hass und eine antidemokratisch-autoritäre Grundhaltung bekräftigt Stefan W. auch über das Attentat hinaus. Gdańsk lehnt er für seinen Prozess als angebliche Heimstätte der Bürgerplattform ab. Bereits früher hatte er den Wunsch nach einem Dikator Jarosław Kaczyński geäußert[6]. Kurz nach dem Attentat bezeichnete der Verschwörungstheoretiker Grzegorz Braun Adamowicz als nationalen Verräter. Braun kandidiert nun für dessen Nachfolge. Passend zu den rechten Projektionen wirbt er mit dem Slogan „Gdańsk. Hier ist Polen". Unpolnisch sei dagegen das vermeintliche Adamowicz-Gdańsk, wie seine Wahlspots suggerieren - nämlich jüdisch, deutsch, korrupt, feministisch und homosexuell. Braun gehört auch zu jener neuen extrem rechten Allianz, zu der sich zu Beginn des Jahres der RN, der rechtslibertäre Janusz Korwin-Mikke und die zentrale Protagonistin der polnischen Anti-Choice-Bewegung, Kaja Godek, zusammengeschlossen haben. Das erklärtermaßen EU-feindliche Bündnis ist bestrebt, sich bei den EU-Parlamentswahlen als Alternative zu PiS und als einzig wahre polnische Rechte zu etablieren. •

1 poln. Obóz Narodowo-Radykalny (ONR) **2** poln.: Młodzież Wszechpolska (MW) **3** poln.: Ruch Narodowy (RN) **4** Die Partei „Prawo i Sprawiedliwość" (PiS), zu deutsch „Recht und Gerechtigkeit" wird als nationalkonservativ, rechts und autoritär charakterisiert. **5** Abkürzung für Lesbian, Gay, Bisexual and Transgender **6** Vorsitzender der „Prawo i Sprawiedliwość" (PiS)

UNGARN

(Neo)Faschismus als Krisenmanagement?

RED JACK

In Osteuropa – und anderen peripheren und semiperipheren Regionen der Welt – kann eine marktorientierte Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung langfristig nur mit autoritären Mitteln gelenkt werden. Die liberale Demokratie ist „Luxus" der Länder des Zentrums. In Ungarn hat die bürgerliche Demokratie seit dem 20. Jahrhundert autoritäre, auf demokratischem Weg nicht abwählbare Regierungen nur für eine kurze Zeit abgelöst. Die letzte und längste Phase dauerte von 1990 an 20 Jahre.

Im Jahr 2010 gewann die Partei Fidesz[1] mit großer Mehrheit die Wahlen. Seither baut sie sukzessive rechtsstaatliche Institutionen ab um sicherzustellen, dass sie alle vier Jahre wieder gewinnen wird. Die Opposition lässt man dahinvegetieren. Die neofaschistische Partei Jobbik („Bewegung für ein besseres Ungarn") hat diese Politik von außen unterstützt. Als Jobbik aber an der Macht beteiligt werden wollte, wurde auch sie von der Regierung zermürbt. Nun steht die Partei, die vor einem Jahr noch die stärkste Oppositionspartei gewesen ist, kurz vor der Auflösung. Fidesz kann nicht von rechts überholt werden. Die meisten traditionellen Elemente der faschistischen Ideologie wurden in die Regierungspolitik übernommen. Als Feind gilt alles „Fremde": Migrant_innen, unabhängige Intellektuelle, die Ärmsten – unausgesprochen die Roma, Drogenabhängige, Homosexuelle, Atheist_innen und Kommunist_innen, aber auch das internationale Finanzkapital (was in Ungarn kaum verdeckt der „Jude" bedeutet), die Nachbarstaaten und die EU. Ziel ist eine „auf Arbeit basierende", rein ungarische und christliche Gesellschaft.

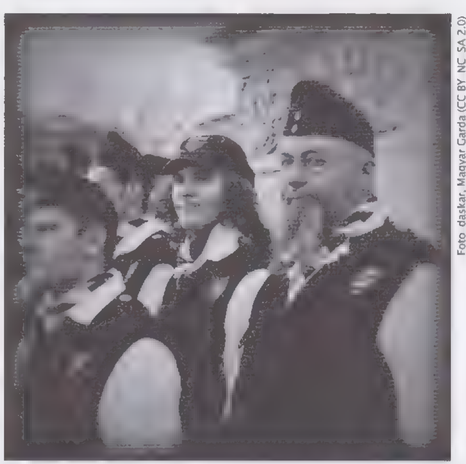
Das Regierungsprogramm von 2019 sieht vor, dass alle Frauen vier Kinder bekommen sollen, vor allem „anständige ungarische" Frauen, die gut verdienen. Die Wirtschaftspolitik von Fidesz ist im Wesentlichen neoliberal. Von der staatlichen Unterstützung bekommt die Mehrheit immer weniger. Für jene, die weit über dem Durchschnitt verdienen[2] – das sind ca. zehn bis 20 Prozent der Gesellschaft – werden Förderungen ausgebaut. Es gibt zwar keine offene Diktatur und noch keinen Faschismus, aber das autoritäre System in Ungarn steht auf festem Grund. 90 Prozent der traditionellen Medien sind unter staatlicher Aufsicht. Dass die Unabhängigkeit der Gerichte aufgehoben wurde, fällt besonders auf, wenn es um Wirtschaftskriminalität geht. Ministerpräsident Viktor Orbán und seine Familie sind über Strohmänner zu den reichsten Menschen des Landes geworden. Das ökonomische Umfeld birgt Vorteile: Die Fördermittel der europäischen Union und die riesige Steuervorteile genießenden, deutschen Autofabriken ermöglichen Lohnerhöhungen. Aufgrund von Auswanderung – bereits fünf Prozent der Bevölkerung lebt in Westeuropa – gibt es kaum Arbeitslosigkeit. Die staatliche Propaganda ist stark und grob. Die permanenten Kampagnen gegen Geflüchtete, György Soros[3] und jegliche Opposition atmen einen Nazigeist.

Die ungarische Rechte ist nach rechts hin vollkommen offen. Im geistigen Hinterland der Regierung findet die Alt-Right-Bewegung eine Heimat sowie alle Vertreter des Geschichtsrevisionismus. Die gemäßigte Rechte gilt in Ungarn als links. Die Gesellschaft ist stark durchdrungen von einem antiziganistischen Rassismus und wegen der xenophoben Regierungspropaganda feindlich gegenüber Migrant_innen eingestellt. Eine Art nationale Romantik, etwa in Form von „nationaler Rockmusik", ist insbesondere unter Jugendlichen weit verbreitet. Unter diesen Sammelbegriff fallen sowohl gemäßigte irredentistische[4] Bands als auch offene Neonazibands.

Die Mitgliederzahlen organisierter Neonazigruppen in Ungarn sind gering, es sind vielleicht ein paar Tausend. Jedes Jahr treffen sie sich im Februar am „Tag der Ehre", um an den Ausbruchsversuch deutscher und ungarischer Truppen im Jahr 1945 zu erinnern, die in Budapest eingekesselt waren (Siehe Seite 32). Größer ist die Basis jener uniformierten und offen mit Nazisymbolik arbeitenden Gruppen, die zum Bewegungsflügel von Jobbik gerechnet werden: Die paramilitärische Bürgerwehrorganisation „Betyársereg" („Armee der Ausgestoßenen"), die verbotene ultra-rechte Jugendorganisation „64 Vármegye Ifjusagi Mozgalom" („64 Gespanschaften") und „Légio Hungária", die zum „Hammerskin"-Netzwerk gehört. Diese Gruppen waren lange eng mit dem der Neonaziszene nahestehenden Flügel der Jobbik verbunden, was sich erst änderte, als die Partei versuchte, sich vor den Wahlen das Image einer gemäßigten Zentrumspartei zuzulegen. Das ist ihr nicht gelungen. Fidesz sah in ihr eine Konkurrentin und in den regie-







Die Jobbik-nahe „Magyar Gárda" („Ungarische Garde") im Rahmen eines Aufmarschs

rungsnahen Medien wurde der frühere Bündnispartner nunmehr als „nazistisch" betitelt[5]. Ein Teil der Partei schied aus und gründete die regierungsloyale Oppositionspartei „Mi Hazánk Mozgalom" („Bewegung Unsere Heimat"). Sie rekrutiert sich hauptsächlich aus den Reihen der früheren radikalen Mitglieder, aber die Neonazibasis hat sich nicht ganz hinter sie gestellt. Als Arbeiter_innen im Dezember vergangenen Jahres gegen den Abbau ihrer Rechte demonstrierten, drohte einer der führenden Köpfe von Jobbik damit, die paramilitärische „Betyársereg" gegen sie einsetzen zu wollen. Doch diese weigerte sich.

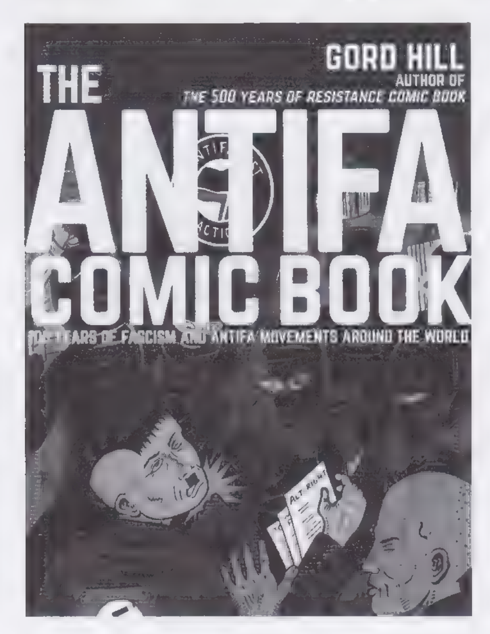
Die öffentliche Meinung in Ungarn steht Neonazis nicht ablehnend gegenüber, es herrscht eher eine allgemeine Gleichgültigkeit. Die Mehrheit betrachtet vielmehr linken Antifaschismus als eine extremistische Ideologie. Die liberale bürgerliche Mittelschicht setzt ein Gleichheitszeichen zwischen linken und rechten „Radikalismus". Die Mittelschicht mag zwar auch Neonazis nicht, diskutiert aber dann doch lieber über die „Gräuel des Kommunismus". Oppositionelle Politiker_innen tolerieren die Hetze gegen Migrant_innen, da sie sich vor den Wahlen doch lieber mit Jobbik verbünden wollen. So wehen auf Demonstrationen neben den Fahnen der „sozialistischen" Partei die Fahnen von Jobbik. Antifaschismus ist in Ungarn eine Subkultur. Am aktivsten und sichtbarsten ist die autonome antifaschistische Bewegung seit Jahren bei den Gegendemonstrationen zum „Tag der Ehre". In diesem Jahr nahmen rund 200 Aktivist_innen daran teil. Da die Verhältnisse immer diktatorischer werden und die Neonazipropaganda zunimmt, steigt auch die Aufmerksamkeit für antifaschistische Aktivitäten. Antifa-Strukturen in Ungarn verbinden Antifaschismus mit Antikapitalismus: Man möchte mit den „liberalen oder sozialdemokratischen Illusionen" brechen, der Kapitalismus könne nicht zu einem mit „menschlichen Antlitz" gemacht werden. Die Barbarisierung des Systems gehe weiter und stärke präfaschistische Lösungsversuche wie das Orbansche System. Daher wird versucht, antifaschistische Ideen in oppositionelle, orbanfeindliche Bewegungen hineinzutragen und gleichzeitig den Antifaschismusbegriff zu einem allgemeinen Antikapitalismus zu erweitern.

Orban gilt hier als typische Figur: Er ist noch kein (Neo)Faschist, übernimmt aber, um seine Macht zu erhalten, bestimmte Methoden aus dem klassischen Faschismus – beispielsweise in der Propaganda und der permanenten Mobilisierung der Basis gegen einen „gemeinsamen Feind". Orban nutzt keinen offenen Staatsterror, weil er ihn nicht braucht – seine Macht kann er auch zwischen der entleerten demokratischen Dekoration aufrechterhalten.

Neonazigruppen entwickeln sich in Ungarn zwar nicht zu Massenorganisationen, aber ihre Mitglieder können in staatliche Institutionen wechseln. Die geistige Basis des (Neo)Faschismus wird mit staatlicher Unterstützung gestärkt, während unabhängiges, kritisches Denken aus der Öffentlichkeit verbannt wird. Das Prinzip gesellschaftlicher Solidarität wurde zu einem, das verfolgt wird. Die gegenwärtige Krise hat den (Neo)Faschismus als Form des „Krisenmanagements" zu einer „Alternative" werden lassen.

Die Stärkung des extrem rechten Charakters der Regierung hat verdeutlicht: „Kapital und Faschismus sind verbandelt", wie es in einem Gedicht des berühmten ungarischen sozialistischen Dichters Attila József (1905–1937) heißt. Zu Beginn der 2000er Jahre hat sich die neofaschistische Bewegung ein rebellisches Image verschafft und konnte eine breite Basis unter Jugendlichen aufbauen. Die Zeit ist gekommen, diese Pseudo-Rebellion zu entlarven und eine wirkliche Rebellion zu ermöglichen. •

1 Nationalkonservative oder rechtspopulistische Partei, die ursprunglich als Bund junger Demokraten als liberale Protestorganisation gegründet wurde. 2 Der Nettodurchschnittslohn liegt bei 650 Euro im Monat, 70 Prozent der Beschäftigten weniger verdienen. Die Durchschnittsrente beträgt 400 Euro. 3 Soros selbst wird als der Teufel dargestellt, der die Figur eines alten antisemitischen Topos, „des Juden" verkörpert. Er ist gleichzeitig Kapitalist und wegen seiner liberalen Prinzipien auch „Kommunist". Orbán, wie fruher bereits die Nazis, stellt sich als Antikapitalisten dar, ist aber eigentlich Antikommunist. 4 In den Texten der Bands geht es u.a. darum, dass die vor dem 1. Weltkrieg noch zu Ungarn gehörenden Gebiete (z.B. die Slowakei, Siebenburgen in Rumänien) wieder zu Ungarn gehören sollen, weil mit [illegible] 5 [illegible] war vor 20 Jahren noch unter dem Namen „Roy" ein Neonaziskinhead-Führer



Gord Hill
The Antifa Comic Book. 100 Years of Fascism and Antifa Movements

Sprache: Englisch
Taschenbuch
Arsenal Pulp Press
17 Euro, 112 Seiten
ISBN: 1551527332

■ Das „Antifa Comic Book. 100 Years of Fascism and Antifa Movements" hält, was es verspricht. Einhundert Jahre Geschichte von Faschismus und antifaschistischem Widerstand drängen sich auf 112 dicht beschriebenen und bunten Seiten. Dabei liegt der Fokus auf einer chronologischen, historischen Erzählung von den Anfängen des Faschismus im Ersten Weltkrieg in Italien und Deutschland bis in die Gegenwart und den zahlreichen antifaschistischen Kämpfen während des Zweiten Weltkriegs, über die Gründungen antifaschistischer Gruppen bis heute.

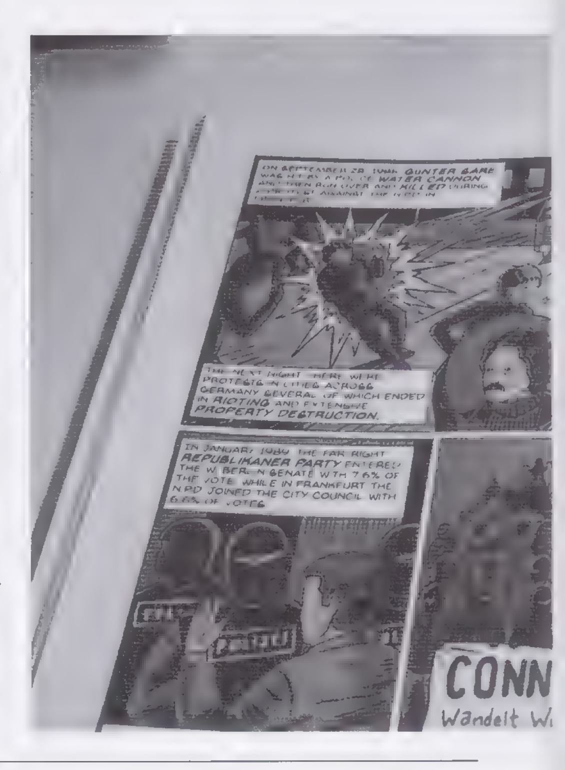
Zunächst leitet Gord Hill jedoch mit Begriffsdefinitionen in seinen Sach-Comic ein und erklärt, was Faschismus und Antifaschismus sind, um dann die historischen Wurzeln zu beleuchten. Im ersten Drittel geht es um die Entstehung des Faschismus während des Ersten Weltkriegs in Italien, von den Schwarzhemden bis zur Gründung der Partito nazionale fascista (PNF). Dabei benennt Hill die Überforderung der Regierung, aber auch die entstehenden Gruppierungen, die sich den Faschisten in den Weg stellten, wie die Arditi del Popolo. Spannend sind die Einblicke, wie sich die antifaschistischen Aktivist*innen organisierten und kämpften. Hill spart nicht mit Details, sondern gibt, soweit das in einem 112-seitigen Buch möglich ist, einen detaillierten Einblick in die antifaschistischen Kämpfe.

Anschließend blickt er nach Deutschland, erläutert die Entwicklung des Nationalsozialismus von seinen Anfängen bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs und beleuchtet die Arbeit von Widerstandsgruppen wie der Weißen Rose, der Edelweiss-Piraten und Partisan*innen. Weiter geht es mit dem Spanischen Bürgerkrieg und einem Überblick über die Zusammenarbeit von Mussolini, Hitler und Franco. Das Hauptaugenmerk liegt jedoch immer auf dem antifaschistischen Widerstand. Dabei rückt Hill besonders emanzipatorische Bewegungen in den Mittelpunkt, in denen Frauen* eine wichtige Rolle gespielt haben, etwa die italienischen Partisan*innen, die Mujeres Libres und die Milicianas in Spanien.

Nach einem Blick nach England während des Zweiten Weltkriegs gelangt Hill über die Group 43, die nach dem Zweiten Weltkrieg faschistische Treffen und Aufzüge angriff, und die rassistische National Front schließlich in die Nachkriegszeit. Hill erläutert die Kämpfe der Roten Front, der United Black Youth League, der Antifascist Action und antifaschistischer Fußballcrews gegen die White Power-Bewegung, Blood and Honour, Combat 18 und E.D.L. Der Blick in die jüngere Vergangenheit in Deutschland zeigt u.a. die NPD, die Wehrsportgruppe Hoffmann und die Republikaner, die Ausschreitungen von Hoyerswerda, Solingen, Mölln, Rostock Lichtenhagen und den NSU, aber auch die Gründung des Antifaschistischen Infoblatts 1987, der A.A./B.O., der Antifa Gençlik und die Gegendemonstrationen in Wunsiedel und Dresden. Nach etwas kürzeren Abschnitten zum Antifaschismus in Italien, Griechenland, Russland, Frankreich, der Ukraine, Schweden und Syrien schaut Hill in die USA und nach Kanada, um in der Gegenwart die Alt-Right Bewegung mit ihren Akteuren unter die Lupe zu nehmen. Am Ende des Comics steht der Tod von Heather Heyer, wobei Jill jedoch auch die wachsende Organisierung von antifaschistischen Aktivist*innen in den USA betont. Sein Plädoyer: ein breiter, diverser antifaschistischer Widerstand.

Die historischen Darstellungen, die hier nur schlaglichtartig herausgegriffen werden können, werden durch Analysen ergänzt. Hill macht dabei eine Kontinuität faschistischer Bedrohung und einen Zusammenhang von Faschismus, Kapitalismus, Kolonialismus und Patriarchat erkennbar.

Die visuelle Gestaltung bleibt etwas hinter dem Text zurück. Die Bilder illustrieren mehr den Text als dass sie selbst Handlung tragen, was jedoch für einen Sach-Comic nicht selten ist und den Zugang zu komplexen historischen Ausführungen erleichtern kann. Während die gezeichneten Bilder der Deportationen durch die Nazis an reale Aufnahmen erinnern, haben die Widerstandskämpfer*innen kaum individuelle Gesichtszüge. Mark Bray weist in seinem Vorwort darauf hin, dass es Hill nicht darum gehe, antifaschistische Superheld*innen zu zeigen. So wird antifaschistischer Widerstand für alle möglich und notwendig. Eine sehr lohnenswerte Lektüre. •



CHRISTIAN FUCHS
PAUL MIDDELHOFF

DAS NETZWERK DER NEUEN RECHTEN

Wer sie lenkt, wer sie finanziert und wie sie die Gesellschaft verändern

rowohlt POLARIS

Christian Fuchs, Paul Middelhoff
Das Netzwerk der Neuen Rechten – Wer sie lenkt, wer sie finanziert und wie sie die Gesellschaft verändern

Paperback
rororo
16,99 Euro, 288 Seiten
ISBN: 978-3-499-63451-2



In „Das Netzwerk der Neuen Rechten" wollen die beiden Journalisten der Wochenzeitung „Die Zeit", Christian Fuchs und Paul Middelhoff, den Blick auf eine Bewegung von rechts werfen, die mit der AfD ihre bisher erfolgreichste Vertreterin in die Parlamente gebracht hat. In diesem Dunstkreis entwickelten sich zahlreiche weitere Zeitschriften, Verlage und Organisationen, die zum Teil schon seit Jahrzehnten aktiv sind. Im Untertitel heißt es: „Wer sie lenkt, wer sie finanziert und wie sie die Gesellschaft verändern" und tatsächlich würde eine Beantwortung dieser Punkte das Buch zu einem wichtigen Nachschlagewerk machen. Leider erfüllen die beiden Autoren diesen selbstgesteckten Anspruch nicht.

Herausgekommen ist eine Skizzierung der aktuell relevanten Akteure und wie diese auf unterschiedlichen Ebenen zusammenarbeiten. Dem Buch fehlt dabei jedoch eine politische Kontextualisierung und gesellschaftliche Einordnung. Da verwundert es kaum, dass der Entstehungsgeschichte der sogenannten Neuen Rechten knappe drei Seiten eingeräumt werden und die Rolle konservativer Akteure und Debatten nicht mal mit einem Satz erwähnt wird. Zwar wird festgestellt, dass sich „die Gesellschaft im Kern verändert" und die AfD „auf einigen Themenfeldern den politischen Diskurs" bestimmt, die im Buch genannten AktivistInnen agieren aber weiterhin „am rechten Rand". Eine gesellschaftspolitische Debatte, die für das Verständnis der neuen Bewegung von rechts zwingend scheint, wird so erneut in das Gewand der Extremismusideologie gehüllt. Der Verweis auf linke Feinde der Demokratie darf da nicht fehlen. Über „publizistische Persönlichkeiten" des rechten Netzwerks, zu denen etwa Akif Pirincci, Roland Tichy oder Jürgen Elsässer gezählt werden heißt es, „sie sind ideologisch offener und weniger theoriefest als die Intellektuellen. Damit bieten sie auch Anknüpfungspunkte für die extreme Linke und stoßen so die Türen auf für eine sogenannte ‚Querfront' gegen die offene Gesellschaft." An welchen Beispielen Fuchs und Middelhoff sich hierbei orientieren bleibt unbeantwortet. Auch die Einordnungsversuche von Propagandaaktionen z.B. der „Identitären" zeugen von einer ähnlichen Oberflächlichkeit. Demnach werden vermeintlich linke Konzepte adaptiert und bringen die Autoren zu Stilblüten wie „auch die Aktion ‚Defend Europe' (...) wirkt wie eine Kopie der Aktion des Greenpeace-Schiffes ‚Rainbow Warrior'." Dass die einzige Gemeinsamkeit darin besteht, dass in beiden Aktionen jeweils ein Schiff vorkommt, muss die Annahme, „der Aktivismus wird oftmals nach dem Vorbild radikaler linker Antifa-Gruppen organisiert" nicht zwangsläufig untermauern.

Von solch fragwürdigen Thesen abgesehen liegt das größte Ärgernis darin, dass die Autoren das Bild einer 270-seitigen Investigativrecherche mit Reisen von Halle bis nach Budapest entwerfen, ohne auch nur irgendetwas Neues zu Papier zu bringen. Es wird etwa über die Betreiberin des rechten Blogs radikal feminin „'Franziska', die ihren Namen geheim halten möchte" und ihr „Interview mit einer Szene-Zeitschrift" berichtet. Dass „Franziska" die Identitäre Annika Stahn aus Tübingen ist, wie das Rechercheportal „Tübingen rechtsaußen" schon im März 2018 öffentlich gemacht hat und es sich bei der Zeitschrift um „Arcadi", die im Buch sogar selbst vorgestellt wird, handelt, ist schnell herausgefunden. Fuchs und Middelhoff bedienen sich nicht nur hier der Darstellung eines quasi abgeschotteten konspirativen Bereichs, dem sie sich in journalistischer Kleinarbeit angenähert haben, nur um die eigene Rolle aufzuwerten. Durch das gesamte Buch ziehen sich Verweise auf vorherige Publikationen bzw. Einschätzungen und Recherchen anderer Autor_innen, auffällig ist allein die konsequente Negierung explizit antifaschistischer Recherchezusammenhänge. Gerade solchen Projekten Aufmerksamkeit oder Unterstützung zukommen zu lassen, dürfte jedoch gewinnbringender sein als die Lektüre dieses Buches. •

RÜCKSCHAU

Im Antifaschistischen Infoblatt Nummer 22 berichteten wir im Sommer 1993 in einem fünfseitigen Text über „Neonazis in Uniform“ und bilanzierten „Neonazis in der Polizei sind gewiss nichts Neues, selten genug wird jedoch darüber etwas bekannt.“

Freiwillige Polizei-Reserve (FPR)

Eine Freiwillige Polizei-Reserve (FPR) unterstützte von 1961 bis 2002 die Berliner Polizei und sollte insbesondere bei „Unruhen“ die reguläre Polizei entlasten. SPD-Senator Joachim Lipschitz erklärte 1961, man wolle „örtlichen Störenfrieden rasch und wirkungsvoll entgegentreten“. Im selben Jahr trat ein Gesetz über die Freiwillige Polizei-Reserve in Kraft. Geleitet wurde die circa 2.400 Mann starke FPR vom Polizeidirektor Klaus Karau, der als „graue Eminenz“ der Landespolizeidirektion bezeichnet wurde. Karau galt 1989 als Teil einer „Interessensgemeinschaft“, die sich gegen Umstrukturierungs- und Personalpläne vom rot-grünen Senat stellte, ein „who is who“ der (rechten) Hardliner in der Berliner Polizeiführung. Die FPR war offenkundig ein Ziehkind der (West)Berliner CDU. Ursprünglich war die Reserve zur Verhinderung von Sabotage-Anschlägen von Seiten der DDR vorgesehen gewesen. Später wurde sie zu einer allumfassenden Hilfspolizei weiterentwickelt. Im Jahre 1993 musste der Polizeipräsident Hagen Saberschinsky zur Kenntnis nehmen, dass rund 500 der um die 2.500 Mitglieder eine „problematische“ Vergangenheit hatten. Der Berliner Staatsschutz hatte gegen eine Bande von Waffenhändlern ermittelt und Erddepots im Grunewald und im Spandauer Forst enttarnt. Unter den Tatverdächtigen waren fünf Mitglieder der Freiwilligen Polizei-Reserve, davon waren drei im Jahr 1986 bei „Wehrsportübungen“ und bei der Gründung der neonazistischen „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ (FAP) aufgefallen[1]. Ein FPR-Reservist brachte im Polizeiverhör den paramilitärischen Wehrsport der 1980er Jahre mit „ungeklärten Todesfällen unter Soldaten der ehemaligen DDR-Grenztruppen“ im Harz in Verbindung.[2] Bereits im Jahr 1985 war bekannt geworden, dass Michael Abbas-Jacoub, bekannt als „Waffenmeister der rechtsextremen Szene“, ebenfalls ein FPR-Reservist war.[3] Zufällig verschwand der Abschlussbericht über den Fall Abbas-Jacoub. Bei der Befragung des stellvertretenden FPR-Leiters Michael Thürnagel (der von 1984 bis 1986 das Einstellungsreferat der FPR leitete), berief sich dieser auf Gedächtnislücken. Mitte März 1994 verschwanden aus dem FPR-Büro laut einem taz-Bericht drei Ordner aus verschlossenen Aktenschränken[4]. 1996 wurde der Berliner Aurel Archner zum Problem für die FPR: Archner war Direktkandidat für die rechten Republikaner (REPs), aber auch im Impressum der Zeitung „Denkzettel“ zu finden, einem Blatt der NPD-Jugendorganisation. 1995 hatte er nicht nur an einer „Reichsgründungsfeier“ der „Berliner Kulturgemeinschaft Preußen“ (BKP) teilgenommen, sondern auch als FPR-Mitglied in einer Polizeikantine eine BKP-Weihnachtsfeier organisiert. Pikant dabei: Archners Anschrift in Zehlendorf grenzte an das Grundstück des damaligen Regierenden Bürgermeisters Eberhard Diepgen (CDU), der seit 1964 selbst Mitglied der FPR war[5].



Kurz darauf flogen zwei Neonazis vom „Radio Germania“ der „Kameradschaft Beusselkiez“ als Mitglieder der Freiwilligen Polizei-Reserve auf[6]. 1999 wurde die FPR in einen „Freiwilliger Polizeidienst“ (FPD) überführt und 2002 aufgelöst. Die CDU fordert seit 2003 die Neueinrichtung und kündigte dies auch für zukünftige Wahlsiege an.

Der AIB-Artikel bilanzierte damals: Die Aktivitäten der Neonazis in Uniform, die jetzt aufgeflogen sind, wurden drei Jahre lang von den Behörden ignoriert. Das ist weder Zu- noch Einzelfall. Bisher wurde noch jede polizeiliche Aktivität gegen extreme Rechte im Sicherheitsapparat erst durch Druck von außen veranlasst. •

1 Neonazis und Ganoven in Berlin auf Streife, Focus, 15. Februar 1993 **2** Berliner Hilfssheriffs in Morde verwickelt?, Focus, 23. Februar 1993 **3** Wolfgang Wieland: Die unendliche Geschichte der Freiwilligen Polizei-Reserve, CILIP 66, 2000 **4** Kein Licht im Reservisten-Dickicht, Taz, 8. Juni 1994 **5** Polizeireserve gerät erneut ins Zwielicht, Berliner Zeitung, 5. Januar 1996 **6** Rechtsextreme in der Freiwilligen Polizeireserve. Wolfgang Wieland im Abgeordnetenhaus von Berlin. Plenarprotokoll 13/14 vom 26. September 1996

Abonniert

das Antifaschistische Infoblatt

KONTAKT

Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

mail@antifainfoblatt.de
www.antifainfoblatt.de

facebook.com/Antifaschistisches Infoblatt
twitter.com/AntifaInfoBlatt

www.antifainfoblatt.de/pgp
PGP-Fingerprint:
0DEA A79A 9738 7F2B 5245 62BF
8DC1 51B9 9FAE 15B1

IMPRESSUM

Antifaschistisches Infoblatt
33. Jahrgang
Nummer 122 | 1.2019

Preis: 3,50 Euro
Auslandspreis 4,50 Euro

ISSN: 1862-7838

Redaktion:
Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustraße 2a | 10961 Berlin
mail@antifainfoblatt.de

Herausgeber:
Das AIB wird von einem Redaktionskollektiv herausgegeben.

V.i.S.d.P.: Ulrike Müller (Adresse s.o.)

Konto AIB
BIC: BFSWDE33BER
IBAN: DE48100205000003251800
Bank für Sozialwirtschaft, Berlin

ABOKONDITIONEN

Preise*

• 5 Ausgaben im Abonnement	17,50 Euro
• 10 Ausgaben im Abonnement	35,00 Euro

Weiterverkauf

• ab 3 Exemplaren je	3,50 Euro
• ab 5 Exemplaren	20 % Rabatt
• ab 50 Exemplaren	25 % Rabatt

* Alle Preise inklusive Porto und Verpackung

Das Abonnement kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich **widerrufen** werden. Es verlängert sich automatisch um 5 bzw. 10 Ausgaben, wenn es nicht schriftlich gekündigt wird.

Für alle Bestellungen, außer dem Weiterverkauf, gilt Vorkasse, Zahlung per Überweisung oder per Einzugsermächtigung.

Bitte bei allen Zahlungen auf unser Konto deutlich schreiben, von wem und wofür das Geld ist.

Für **Bestellungen ins Ausland** setze Dich bitte vorher mit uns in Verbindung.



AIB 121

TITEL
Rechte Security - Rassisten. Hooligans. Neonazis

NS-Szene
German-British Terrormachine

Antifa
Antifa.Fußball.Kroatien

Repression
Kriminalisierung der Seenotrettung



AIB 120

TITEL
Chemnitz — Der Mob und seine Akteure

Schwerpunkt
Das Ende des NSU-Prozesses

NS-Szene
Heidenau im Rückblick

Geschichte
Lichtenhagen im Gedächtnis

Absender_in

____

____

____

____

Ich abonniere das AIB ab der Ausgabe ☐
für 5 ☐ 10 ☐ Ausgaben (bitte ankreuzen)

Das Abonnement kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden. Es verlängert sich automatisch um 5 bzw. 10 Ausgaben, wenn es nicht schriftlich gekündigt wird.

Ich will das AIB weiterverkaufen und bestelle ☐ Exemplare.
Ich erhalte die Hefte mit beiliegender Rechnung.

Ich bestelle folgende Ausgaben des AIB nach:

☐

Datum, Unterschrift

Antifaschistisches Infoblatt (AIB)

Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin



Wir haben im Mittelmeer 14.000 Menschen das Leben gerettet.
Dafür droht uns eine Gefängnisstrafe von bis zu 20 Jahren.

Hier geht es nicht nur um uns, die #Iuventa10.
Überall in Europa werden Menschen vor Gericht gestellt,
weil sie sich solidarisch gezeigt haben.

Wenn es ein Verbrechen sein soll, Leben zu retten,
dann bekennen wir uns schuldig.

#guilty of solidarity

Wir werden nicht aufgeben.
Unterstütze uns mit Deiner Spende!
solidarity-at-sea.org/spenden